4,00 €
Oktober
20. Jahrgang

10|22

Im Porträt: Preisträgerin des Deutschen Kulturpolitikpreises Bénédicte Savoy. Seite 13

Politik 20 Jahre Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikkultur.de

In dieser Ausgabe:
Tobias Bank
Friederike Fless
Rainer Robra
Michael M. Rind
Bénédicte Savoy
und viele andere

Kulturpolitik
Vor die Krise kommen: Ein »Zukunftsprogramm Kultur«, das die verschiedenen kulturpolitischen Ebenen in den Blick nimmt, wird benötigt. **Seite 3**

Analoge Spiele
Bislang fehlen analoge Spiele im Sammlungskatalog der Deutschen Nationalbibliothek. Wird es zugunsten der Spieleautoren endlich geändert? **Seite 6**

Notfallvorsorge Kultur
Thüringen schreitet bei der Notfallvorsorge von Kultureinrichtungen voran: Was können Bund und andere Länder von den Innovationen lernen? **Seite 7**

Ukraine
Monopol der Oligarchen: Kultur und Struktur des Wohnungsmarktes in der Ukraine offenbaren baupolitische Versäumnisse der letzten 30 Jahre. **Seite 9**

Handwerk

Kulturpolitik ist hauptsächlich Handwerk. Doch Handwerk kann schmutzig machen und hat wenig Glamour. Die Arbeit der kulturpolitischen Handwerker ist nicht besonders angesehen. Der Kulturbereich hat doch so viele schöne, glitzernde Seiten zu bieten, warum soll man sich dann die Hände schmutzig machen.

Die Medien tragen einen gehörigen Anteil daran, dass die kulturpolitische Kärrnerarbeit eher verpönt ist. Wer von den Feuilletons wahrgenommen werden will, muss Bilder erzeugen und möglichst pathetische Auftritte absolvieren. Kulturpolitisches Handwerk wird von den Medien nur selten bemerkt.

Viele wichtige kulturpolitische Baustellen brauchen aber dringend mehr kulturpolitische Handwerker. Zu nennen sind die Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Weiterentwicklung des Humboldt Forums, der Ausbau des Bundesarchivs mit Entwicklung des ehemaligen Geländes der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR zu einem zeitgemäßen Museum, die umfänglichen Kulturgutschutzmaßnahmen in der Krise – von der Priorisierung von Kulturgut, das im extremen Notfall in Sicherheit gebracht wird, bis zum Auflösen des energetischen Investitionsstaus in vielen Kultureinrichtungen. Und natürlich die Entwicklung der neuen Milliarde schweren Energiefonds zur Unterstützung von Kulturorten in der Gas- und Stromnotlage in diesem Winter. Ebenso wie die ins Stocken geratene Großbaustelle zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Künstlerinnen und Künstler.

Immer stehen Bund und Länder bei diesen kulturpolitischen Großbaumaßnahmen in gemeinsamer Verantwortung. Und auch wir als Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft stehen in Mitverantwortung.

Besonders deutlich wird, dass kulturpolitische Handwerker fehlen, gerade in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Massive Kürzungspläne im Auswärtigen Amt betreffen das Goethe-Institut, den Deutschen Akademischen Austauschdienst, aber auch kleine, extrem wichtige Initiativen, wie die Webseite qantara.de. Qantara hat sich in den letzten Jahren zu einer zentralen Plattform des Austauschs zwischen dem Westen und der arabischen Welt entwickelt. Ein kulturelles Juwel!

Gerade jetzt, in diesen Krisenzeiten bei der auswärtigen Kulturpolitik zu sparen, ist ein kapitaler handwerklicher Fehler.

Um im Bild des Handwerks zu bleiben, für die vielen Kultur-Baustellen brauchen wir noch mehr Handwerker, die bereit sind, sich die Hände schmutzig zu machen.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: ADOBE STOCK / SCALIGER

Schatzgräber, Dieb und Dilettant?

Schliemann, eine Provokation für Archäologen?

MATTHIAS WEMHOFF

Heinrich Schliemann ist seit den späten 1970er Jahren eine Projektionsfläche für einfache Deutungen gewesen. Aus dem beispielhaften Gelehrten, der in dem ganze Generationen prägenden Buch von C.W. Ceram »Götter, Gräber und Gelehrte« so hervorgehoben und als Vorbild hingestellt wurde, ist seit den 1970er Jahren in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit immer stärker der Schatzgräber, der Dieb und der Dilettant geworden.

Es ist leicht, Denkmäler zu stürzen und mit dem Wissen von heute Kritik an den, wie Tilman Krause in seiner Ausstellungsbesprechung in der Welt vom 13. Mai 2022 schrieb, Giganten des 19. Jahrhunderts zu üben. Es ist auch in vielen Fällen berechtigt, das gilt natürlich auch für Heinrich Schliemann. Aber schießen wir Heutigen nicht schnell mit unserer aus bequemer Position geäußerten Kritik über das Ziel hinaus? Verkennen wir nicht die Leistung, die noch heute des Staunens wert ist? Schauen wir uns die drei genannten Zuschreibungen zur Person des Archäologen an:

Heinrich Schliemann gehört sicher zu den wenigen Archäologen, die auch Indiana Jones sprachlos machen könnten

Der Schatzgräber

Zunächst einmal stimmt diese Zuschreibung zweifellos. Heinrich Schliemann gehört sicher zu den wenigen Archäologinnen und Archäologen, die auch Indiana Jones sprachlos machen könnten. Er entdeckte in seiner archäologischen Schaffensphase von gerade einmal 20 Jahren gleich zwei bis heute einzigartige »goldene« Komplexe: den Schatz des Priamos in Troja und die mit so viel Gold ausgestatteten Schachtgräber in Mykene. Doch ein reiner Schatzgräber hätte nach dem Fund in Troja aufgehört auszugraben. Ein Mehr an Ruhm war für Schliemann auch mit weiteren Funden dort nicht zu erreichen. Dass er trotzdem in Troja weitere Kampagnen durchführte und sogar in seinen letzten Lebensjahren dort noch aktiv war, macht deutlich, dass er viel weitergehende Interessen verfolgte. Schliemann ist schon sehr früh auch an kleinsten keramischen Objekten interessiert, er versteht, gerade bei seinen Grabungen in Griechenland, dass erst der Vergleich von Keramikfunden an verschiedenen Orten datierende Hinweise erbringen kann. Gerade hier wird deutlich, dass er als Pionier der Vorgeschichte in der Ägäis tätig ist, es gab bis zu seinen Grabungen keine Möglichkeiten, vergleichend zu datieren, wie auch: Die Materialität der bronzezeitlichen Kulturen von Mykene und Troja ist bis dahin unbekannt gewesen. Seine Publikationen, die er nahezu nach jeder Grabung unmittelbar vorlegte und die neue Maßstäbe setzten, zeugen von seinem Interesse an jedem Detail, ein Schatzgräber hätte sich mit dem Gold begnügt.

Der Dieb

Zweifellos verstieß Heinrich Schliemann gegen die osmanische Grabungserlaubnis, als er den Schatz des Priamos widerrechtlich aus dem osmanischen Reich nach Athen brachte. Der osmanische Staat verklagte Heinrich Schliemann vor dem griechischen Gericht in Athen. Alle Mittel wurden eingesetzt, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Reiseverbote. Schließlich endete der Prozess mit einem Vergleich, Schliemann wurde zu einer hohen Geldzahlung verurteilt und überwies für den Bau eines Museums in Konstantinopel gleich das Mehrfache der festgelegten Summe. Damit ist das Verfahren für beide Seiten beendet gewesen und Schliemann erhielt die erneute Erlaubnis für Ausgrabungen in Troja. Es ist eine sehr spannende Frage, was Heinrich Schliemann zu diesem Verstoß gegen die Grabungserlaubnis gebracht hat. Der materielle Gewinn kann es bei diesem so wohlhabenden Mann nicht gewesen sein, schließlich hat er niemals Grabungsfunde verkauft, sondern alle seine Objekte für wissenschaftliche Forschungen und für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Vielleicht ist das Bild seiner griechischen Frau Sophia mit goldenem Diadem, Ohrringen und dem Brustschmuck aus dem Schatz des Priamos der Schlüssel zum Verständnis. Schliemann schreibt seiner Frau eine große Rolle bei der Auffindung zu, sie soll dabei gewesen sein und die Funde in ihrem Schal geborgen und fortgebracht haben, was definitiv falsch war, da Sophia zu diesem Zeitpunkt schwanger in Athen weilte. Die Teilnahme der Griechin, die in dem Bild geradezu als die schöne Helena erscheint, macht die tieferen Zusammenhänge deutlich. Der Schatz steht für die direkte Verbindung der damaligen Griechen mit den Zeiten Homers, ein so mit Bedeutung aufgeladener Fund musste wieder zu den Griechen kommen, die sich gerade erst von der osmanischen Herrschaft befreien konnten.

Nicht der Trojanische Krieg, sondern erst Schliemann habe, so ein häufig genutztes Bonmot, Troja zerstört

Der Dilettant

Mit einem leichten Grinsen hört man oft den Hinweis, dass Schliemann mit seinen Deutungen völlig überzogen habe. Der Schatz des Priamos sei viel älter und könne niemals dem König Priamos gehört haben. Ja, heute können wir zwar immer noch nicht sagen, ob es den Trojanischen Krieg so gegeben hat und wann er stattgefunden haben könnte. Aber wir wissen dank Schliemanns Ausgrabungen, dass mykenische Keramik, die die angreifenden Griechen auch genutzt haben, deutlich oberhalb der Schicht mit dem Schatz gefunden worden ist. Schliemann ist mithilfe

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 10/2022
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Handwerk
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Schatzgräber, Dieb und Dilettant?
Matthias Wemhoff 01

SEITE 2

Kulturmensch Jürgen Dusel 02

AKTUELLES

Vor die Welle kommen. Zukunftsprogramm Kultur: Mehr als bis zur nächsten Krise
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Kulturinstitutionen können der drohenden Demokratiekrise entgegenwirken: Agenda einer transformativen Kulturpolitik
Tobias Bank 04

In Bewegung: Das Zukunftsprogramm »RE.INVENTING GRASSI« fördert die Neuausrichtung des Museums
Léontine Meijer-van Mensch 05

Förderung analoger Spiele: Ein Dreiviertelerfolg
Christian Beiersdorf im Gespräch 06

Nachhaltige Allianzen für Notfallvorsorge von Kultureinrichtungen in Thüringen: Notfallverbünde
Sandra Werner 07

Image-Pflege als Weltpolitik: Wahrheit und Lüge
Regine Möbius 07

Das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation: Ein Ort der Vergangenheit und der Zukunft
Katrin Budde 08

Möller meint: Wo ist die laute Stimme des Goethe-Instituts?
Johann Michael Möller 08

EUROPA

Wohnen in der Ukraine: Das Monopol der Oligarchen
Philipp Meuser 09

INTERNATIONALES

Die türkische Republik feiert 2023 ihr 100-jähriges Jubiläum: Bestehen oder vergehen
Klaus-Dieter Lehmann 10

»Eines Tages werde ich zurückkehren«
Fatimah Hossaini im Gespräch 11

MEDIEN

Der Streaming-Boom ist ausgebremst: Die Besucherzahlen im Kino steigen wieder – doch was bringt der Herbst?
Helmut Hartung 12

KULTURELLES LEBEN

Bénédicte Savoy im Porträt: Mit den Fingern in der Steckdose der Zeit
Andreas Kolb 13

Claussens Kulturkanzel: Früher war mehr »diversity«
Johann Hinrich Claussen 13

Personen & Rezensionen 14

ARCHÄOLOGIE

Welten der Entdecker
Olaf Zimmermann 15

Aktuelle Herausforderungen für die Archäologie: 150 Jahre nach Schliemanns Entdeckungen
Matthias Wemhoff 16

Zur Bedeutung von Archäologie: Nur Schatzgräberei oder doch mehr?
Patrick Schollmeyer 17

Die Archäologie in der Moderne: Jung und offen?
Doreen Mölders 18

Archäologie als Brückenbauer: Zwischen Geistes- und Naturwissenschaften
Alexandra W. Busch 19

Zur Förderung des Fachgebiets Archäologie: Kleines Fach mit beachtlichem Gewicht
Drei Fragen an Christoph Kümmel 19

Zeugnisse vergangener Kulturen
Michael M. Rind 20

»Archäologische Funde stärken die Landesidentität«
Rainer Robra im Gespräch 21

Im stetigen Wandel
Manfred Nawroth 22

Vernetztes Denken
Drei Fragen an Ina Czyborra 22

Archäologie global
Friederike Fless 23

Das erste Konzentrationslager auf der Haifischinsel
Katja Lembke 24

Ausstellung Schliemanns Welten 24

Über Jahrzehnte erprobt
Holger Kieburg 25

»Archäologie ist nichts für engstirnige Menschen«
Drei Fragen an Moritz Fischer 25

Zu den Bildern 25

DOKUMENTATION

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates: Energie 26

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates: Urheberrecht 27

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 28

Lawrows Träume 28

Karikatur 28

Impressum 28

DER AUSBLICK 11|22

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. November 2022.
Im Fokus steht das Thema »Museen der Zukunft«.

Fortsetzung von Seite 1

anderer Archäologen noch zu Lebzeiten auf dem Weg zu dieser Erkenntnis gewesen.

Nicht der Trojanische Krieg, sondern erst Schliemann habe, so ein häufig genutztes Bonmot, Troja zerstört. Damit wird auf den großen Graben angespielt, mit dem Schliemann den Hügel von Troja in zwei Hälften teilte. Ja, so würde heute niemand ausgraben, aber ein Suchschnitt würde heute auch noch angelegt werden. Schliemann ist der Erste, der sich einen prähistorischen Siedlungshügel vornahm, er machte am Anfang viele Fehler, am Ende seiner Lebenszeit hat er unter Hinzuziehung sachverständiger Kollegen das Verständnis für die Schichtenfolge, die Stratigraphie, entwickelt, und bis heute sind die damals getroffenen grundlegenden Einteilungen gültig.

Wir haben allen Grund, uns mit diesem Forscher zu beschäftigen

Dieser Blick auf die vorschnellen Urteile zu Schliemann zeigt, dass wir allen Grund haben, uns mit diesem Forscher zu beschäftigen. In der heutigen, durch strenge Ausbildungswege gekennzeichneten archäologischen Welt ist er eine Provokation. Wie kann ein Privatier mit eigenem Geld ohne Förderprogramme oder staatliche Mittel einfach so ein Fach grundlegend umkrempeln? Was ist die Grundlage für diese enorme Schaffenskraft und diese Rastlosigkeit? Wie würden wir heute mit einer solchen von außerhalb des Faches kommenden Tatkraft umgehen? Zweifellos hat sich die Welt enorm geändert. Giganten wie Rudolf Virchow konnten gleich mehrere Disziplinen prägen und den Menschen in seiner Gesamtheit mit medizinischer Forschung, ethnologischen Vergleichen und archäologischen Erkenntnissen in den Blick nehmen. Sie waren von Wissensdurst angetrieben und kümmerten sich um kleinste Gegenstände, nicht nur um Gold und Kunstwerke. So sind die archäobotanischen Proben, die verkohlten Getreidekörner, die Rudolf Virchow zusammen mit Heinrich Schliemann einsammelte und die noch heute in der von Heinrich Schliemann geschenkten

FOTO: ACHIM KLEUKER

Berliner Sammlung »Trojanischer Altertümer« verwahrt werden, die vielleicht eindrucksvollsten Zeugnisse dieser von Forschungsgeist und Wissensdurst angetriebenen Epoche.

Matthias Wemhoff ist Mittelalterarchäologe und Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie Landesarchäologe des Bundeslandes Berlin

Kulturmensch Jürgen Dusel

FOTO: BEHINDERTENBEAUFTRAGTER/HENNING SCHACHT

Kultur sei unverzichtbar für sein Leben, so beschreibt Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, sein Verhältnis zur Kultur. Er selbst hat das absolute Gehör und lange mit sich gerungen, Musik zu studieren. Dann hat er doch die sichere Bank eines Jurastudiums gewählt. Nach einer Laufbahn bei verschiedenen Behörden wurde er 2018 erstmals zum Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen berufen, im Jahr 2022 erfolgte seine zweite Berufung. Seine beiden Amtszeiten stellt er unter die Überschrift »Demokratie braucht Inklusion«. Dusel wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Menschen mit Behinderungen genauso an der Demokratie teilhaben können müssen wie Menschen ohne Behinderung. Dabei weist er auch darauf hin, dass nur ein sehr geringer Anteil der Behinderten ihre Behinderung seit der Geburt hat. Der weitaus größte Teil erwirbt die Behinderung während seines Lebens. Jeder und jede kann morgen davon betroffen sein.

So wie Dusel dafür eintritt, dass Demokratie Inklusion braucht, genauso macht er sich dafür stark, dass Kultur Inklusion braucht und vice versa Inklusion Kultur braucht. Unter diesem Motto »Kultur braucht Inklusion – Inklusion braucht Kultur« haben der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung und der Deutsche Kulturrat im letzten Jahr eine Tagung durchgeführt. Hieran wird nun mit einer gemeinsamen Werkstattreihe angeknüpft. In vier Werkstattgesprächen, unter anderem zu den Themen Zugang zu Kultur, Zugang zur Ausbildung sowie Zugang zum Arbeitsmarkt, werden ab Herbst dieses Jahres Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Kulturrates, Selbsthilfeorganisationen von Behinderten, Behindertenverbände sowie weitere Expertinnen und Experten diskutieren, wie gemeinsam dem Ziel näher gekommen werden kann, dass Menschen mit Behinderung ganz selbstverständlich mitdiskutieren, wenn es um Neuerscheinungen auf dem Buchmarkt, um Aufreger im Kino, um sehenswerte Ausstellungen, um Aufführungen, die man einfach gesehen oder gehört haben muss, und anderes mehr geht. Jürgen Dusel lebt vor, wie Kultur ein Lebenselixier sein kann. Sein Engagement für Kunst und Kultur ist ansteckend und begeisternd.

Vor die Welle kommen

Zukunftsprogramm Kultur: Mehr als bis zur nächsten Krise

OLAF ZIMMERMANN & GABRIELE SCHULZ

Atemlos, so könnte die Kulturpolitik seit mehr als fünf Jahren beschrieben werden. Atemlos, weil die Anforderungen kein Ende nahmen und die Akteure aus Kunst und Kultur ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachgekommen sind.

Angefangen hat es 2015 mit der Aufnahme vieler Geflüchteter aus Syrien und Afghanistan. Insbesondere die Kommunen mussten sehr viel schultern. Innerhalb kürzester Zeit galt es, Unterkünfte bereitzustellen, Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Schulen zu ermöglichen, Integrationsklassen aufzubauen, Sprachkurse zu initiieren und vieles anderes mehr. Viele Vereine und Einrichtungen aus dem Kulturbereich, die kulturelle Bildung ist dabei eingeschlossen, haben sich in dieser Phase engagiert. Sie waren in Flüchtlingsunterkünften präsent, haben geflohenen Künstlerinnen und Künstlern Auftritts- und Arbeitsmöglichkeiten geboten, standen mit Rat und Tat zur Seite, wenn es darum ging, die bundesdeutschen Kulturstrukturen nahezubringen. Und vor allem haben viele aus Kunst und Kultur ein Zeichen dafür gesetzt, dass Vielfalt zu unserer Gesellschaft gehört, dass Migration und Zuwanderung ein Merkmal des 20. und des 21. Jahrhunderts sind und dass es nicht um Ausgrenzung, sondern um Inklusion gehen muss. Kulturelle Vielfalt ist das Schlagwort aus jener Zeit. »Die Vielen«, ein Zusammenschluss von großen und kleinen Kulturinstitutionen, von Künstlerinnen und Künstlern sowie von Kulturvereinen stehen sinnbildlich für dieses Engagement aus dem Kulturbereich, das sich gegen rückwärtsgewandte Vorstellungen einer deutschen Leitkultur richtete. Der Deutsche Kulturrat hatte auch als Reaktion auf die Flüchtlingskrise die »Initiative kulturelle Integration« gestartet, die ihre Aktivitäten auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt, ausgeweitet hat.

Die drei genannten Krisen – Flüchtlinge, Corona und Energie –, zeigen, es bedarf dringend einer vorausschauenden Kulturpolitik

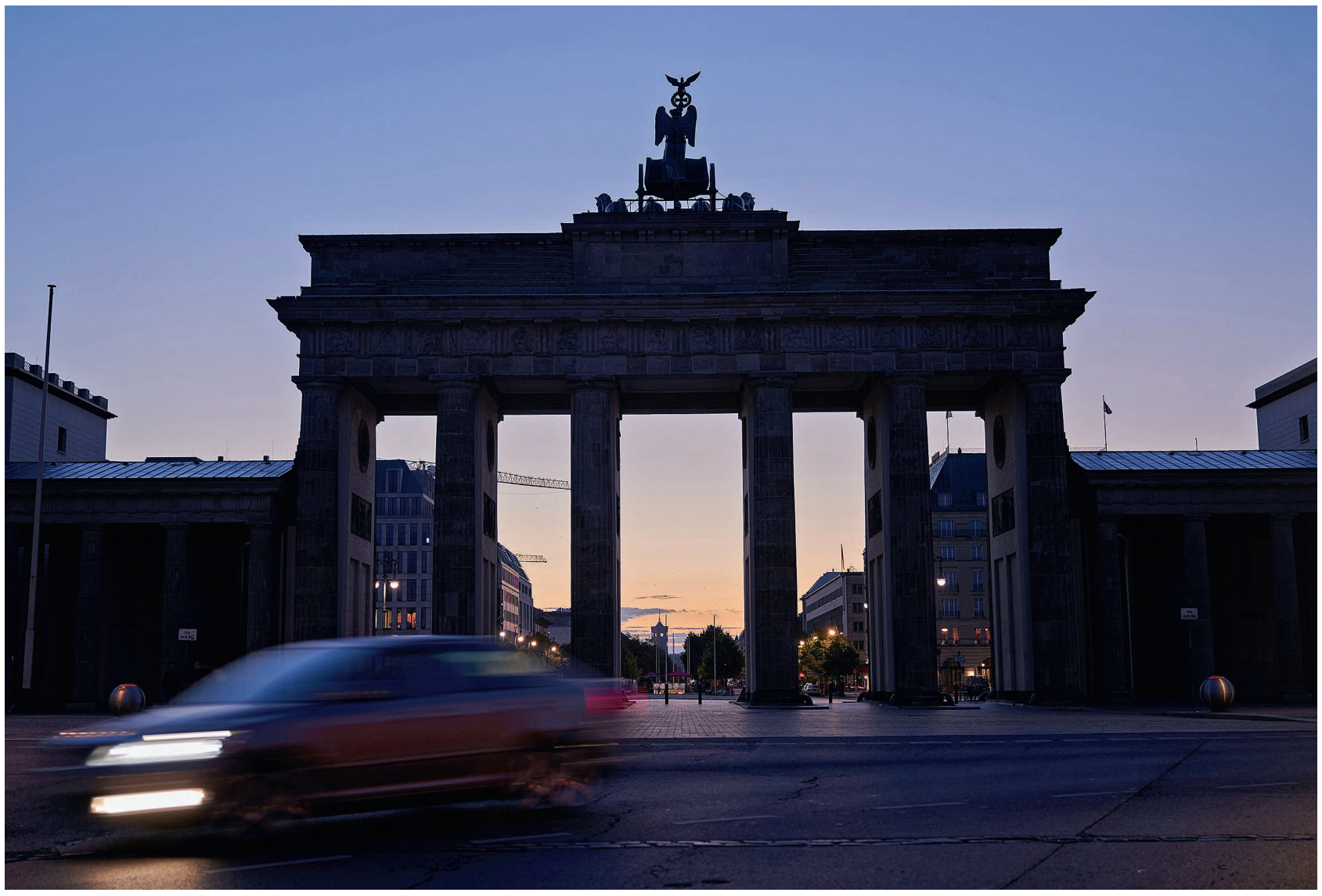


FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | ANNETTE RIEDL

Energiekrise: Wahrzeichen wie das Brandenburger Tor und andere Kulturorte werden aktuell bei Nacht nicht mehr beleuchtet

Auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung spätestens 2018 die sogenannte »Flüchtlingskrise« vorbei war, war das Thema in den Ländern, Kommunen und im Kulturbereich längst noch nicht ad acta gelegt, sondern nach wie vor von großer Bedeutung.

Die Coronapandemie traf Deutschland Anfang 2020 unvorbereitet. Anfangs waren es nur wenige Fälle, doch rasch schnellten die Zahlen in die Höhe. Ab Mitte März 2020 herrschte Lockdown und was sich zuvor sicherlich kaum jemand vorstellen konnte, wurde Realität. Kultureinrichtungen, öffentliche wie private, mussten ihre Türen schließen. Weder fand eine Aufführung statt, noch war eine Ausstellung zu sehen, noch konnte ein Buch ausgeliehen werden, noch konnte Unterricht in einer Musikschule erteilt werden und vieles anderes mehr. Es war auf der einen Seite eine stille Zeit, Kunst und Kultur fehlten, und auf der anderen eine äußerst hektische. Die äußerst prekäre Lage vieler Kulturunternehmen sowie von Künstlerinnen und Künstlern wurde auf einmal sichtbar. Rasch initiierte Wirtschaftsförderprogramme gingen anfangs an der Realität vieler Unternehmen sowie an Soloselbständigen vorbei. Auf einmal wurde offensichtlich, dass der Kulturbereich von vielen Menschen vor und hinter den Bühnen lebt. Die Länder und der Bund legten Programme zur Unterstützung des Kulturbereiches auf. Stipendienprogramme, Programme zur Unterstützung von Vereinen, Programme zur Digitalisierung und anderes mehr. Das Bundesprogramm NEUSTART KULTUR, eine Idee des Deutschen Kulturrates, mit einem Volumen von insgesamt 2 Milliarden Euro und 60 Einzelprogrammen, legte die Latte entsprechend hoch. Dieses von Ex-Kulturstaatsministerin Monika Grütters aufgelegte Programm ist sowohl mit Blick auf das Volumen als auch den Vergabeweg besonders. Es wurde auf die Fachkompetenz der Verbände, Fonds und Stiftungen gesetzt, die die Einzelprogramme fachlich entwickelt und die Mittel vergeben haben. NEUSTART KULTUR war und ist mehr als ein Programm zur Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern oder Kulturunternehmen, es wurden zugleich lange aufgeschobene Investitionen wie z. B. in Lüftungsanlagen und anderes mehr gefördert, um einen Betrieb unter Pandemiebedingungen zu ermöglichen. Der noch zusätzlich auf die Schiene gesetzte Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen, ausgestattet mit 2,5 Milliarden Euro, ermöglichte, insbesondere Konzertveranstaltern, Konzerte zu planen, auch wenn deren Durchführung noch unwirtschaftlich oder es zum Planungszeitraum unklar war, ob das Konzert überhaupt stattfinden konnte. Auch dieses Programm war und ist eine sehr wichtige Hilfe im Kulturbereich.

Trotz der Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen ist der Kultursektor noch längst nicht im Lot. Aus dem Literaturmarkt ist beispielsweise zu hören, dass Verlage eher auf das Sichere setzen, als jetzt Risiken mit wenig bekannten Autorinnen und Autoren einzugehen. Die Kinos haben zwar mit dem Kinotag im September dieses Jahres einen Erfolg gelandet, doch insgesamt konnte das Publikum noch nicht von den Streamingdiensten weggelockt werden. Auch wenn so manches Theater ausverkauft ist, viele andere Häuser können noch längst nicht an die Vor-Corona-Zeiten anknüpfen. Und: Kulturvereine klagen über Mitgliederschwund.

In dieser Situation, nach zwei Jahren Auseinandersetzung mit der Coronapandemie, die noch längst nicht vorbei ist, kommt die Energiekrise. Der Deutsche Kulturrat hat frühzeitig am 21. Juni Bund, Länder und Kommunen aufgefordert, Unterstützungsmaßnahmen für öffentliche Kultureinrichtungen vorzusehen. Am 21. September hat er ein neues Positionspapier verabschiedet. Die zentrale Forderung darin: die Kultureinrichtungen offenzuhalten, auch wenn Energie eingespart werden muss. Der nicht ausgeschöpfte Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen muss zu einem Energiefonds weiterentwickelt werden, um Kulturorte zu unterstützen. Bei den Wirtschaftsprogrammen dürfen die Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Soloselbständige aus dem Kulturbereich nicht vergessen werden und das Kulturgut gilt es zu schützen. Dazu gehört, dass Kultureinrichtungen wie Bildungseinrichtungen behandelt werden und daher auch in einer möglichen Gasnotlage der Stufe III versorgt werden.

Im Unterschied zur Coronapandemie haben verschiedene Fachverbände aus dem Kulturbereich einschließlich der Kultur- und Kreativwirtschaft Vorschläge zum Energiesparen erarbeitet. Diese Vorschläge gehen konkret auf die Kulturorte und ihre jeweiligen Anforderungen ein. Ebenso wird deutlich gemacht, dass insbesondere Kulturgut bewahrende Einrichtungen jetzt verbindliche Entscheidungswege etablieren müssen, was passieren muss, wenn die Strom- oder Gasversorgung unterbrochen oder gar ganz eingestellt wird. Wie soll wertvolles Kulturgut priorisiert werden? Wer muss letztlich den Kopf dafür hinhalten, wenn wertvolle Handschriften, Zeichnungen oder anderes Kulturgut aufgrund starker klimatischer Schwankungen Schaden nehmen?

Infrastrukturen sichern

Die drei genannten Krisen – Flüchtlinge, Corona und Energie – die einander überlagern und ineinander übergehen, zeigen vor allem eines, es bedarf dringend einer vorausschauenden Kulturpolitik. Einer Kulturpolitik, die nicht auf Moden setzt. Einer Kulturpolitik, die nicht auf medial gut verbreitbare Projekte oder Events ausgerichtet ist. Einer Kulturpolitik, die sich auch um das vermeintlich Langweilige kümmert. Hierzu gehört, den Investitionsstau endlich abzubauen. Viele Kultureinrichtungen sind in einem so bedauernswerten Zustand, dass man sich fragt, wie die geforderten 15 bis 20 Prozent Energieeinsparung überhaupt geleistet werden sollen. Nachhaltigkeit in der Kultur bedeutet auch nachhaltige Gebäude. Viele Digitalisierungsvorhaben, unterstützt von den Ländern, vom Bundesbildungsministerium, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, von der Kulturstaatsministerin,

Es geht um ein Zukunftsprogramm für die Kultur, das die verschiedenen kulturpolitischen Ebenen in den Blick nimmt

werkeln im Klein-Klein vor sich hin. Doch wo ist der große gemeinschaftliche Wurf? Und wo wird ernsthaft hinterfragt, welche Vorhaben tatsächlich einen dauerhaften Mehrwert haben und welche nach Ablauf der Förderphase als Ruine zurückbleiben, bis in einem neuen Projekt das Rad wieder neu erfunden wird? Nicht zu vergessen, dass Künstlerinnen und Künstler weder bei den großen kommerziellen Anbietern noch bei den gemeinwohlorientierten tatsächlich ihr Einkommen substanziell aus digitalen Verbreitungswegen bestreiten können. Das ist keine Maschinenstürmerei, sondern einfach eine nüchterne Beobachtung, dass an der Digitalisierung viele verdienen, nur die Urheberinnen und Urheber, die am Anfang der Wertschöpfungskette stehen und das erschaffen, was uns erfreut, viel zu wenig. Womit das nächste Thema benannt ist: die wirtschaftliche Lage der Künstlerinnen und Künstler. Viel wird nachgedacht über Arbeitslosengeld oder vielleicht Kurzarbeitergeld für Künstlerinnen und Künstler, über weitere Stipendien und anderes mehr. Alles ist wichtig, doch eigentlich muss es doch um etwas anderes gehen, nämlich um die angemessene Vergütung künstlerischer Leistungen. Kunst ist auch ein Markt. Zu diesem Markt sollte gehören, dass adäquat vergütet wird und zwar sowohl von der öffentlichen Hand als auch von den Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Aus dem Kulturbereich heraus gibt es eine Vielzahl von Vorschlägen, wie die genannten und weitere Probleme angegangen werden sollten. Im Deutschen Kulturrat werden sie – teils durchaus kontrovers – diskutiert und schließlich in Positionen verdichtet.

Auch wenn die Krisen noch andauern und – so steht zu befürchten – weitere hinzukommen, wir müssen im Kulturbereich vor die Welle kommen. Es geht um ein Zukunftsprogramm für die Kultur, das die verschiedenen kulturpolitischen Ebenen in den Blick nimmt und das an der Kompetenz und den Erfahrungen aus dem Kulturbereich ansetzt.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Agenda einer transformativen Kulturpolitik

Kulturinstitutionen können der drohenden Demokratiekrise entgegenwirken

TOBIAS BANK

Transformativ aus den Krisen

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Jede und jeder von uns spürt es: die andauernde Coronakrise, der Ukraine-Krieg, die Energiekrise, die Inflation und Wirtschaftskrise samt der anstehenden Rezession oder die Klimakrise, eine Naturkatastrophe mit Ansage und die größte Herausforderung der Gegenwart. In dieser Krisenkonstellation finden Kultur und Kulturpolitik nicht nur statt, sondern sind direkt von ihr betroffen. Bis sie an gesetzliche Grenzen stoßen, reagieren Kulturschaffende meist kreativ und flexibel auf die vielfältigen Krisenauswirkungen. Angesichts der Vielfachkrisen stellt sich uns die Frage: Welchen Beitrag kann Kulturpolitik in existenziellen sozial-ökologischen Transformationsprozessen und damit verbunden Verteilungskämpfen leisten?

Es droht eine Vierfachverödung

Als sozialistische Partei begreifen wir Kulturpolitik in ihrem weitesten und wahrsten Sinne als Gesellschaftspolitik. Kulturpolitik ist folglich auch Klassenpolitik. Krieg, Krise und Inflation sowie eine weiterhin auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich heizen die soziale Ungleichheit weiter an. Es droht eine vierfache Verödung in der Gesellschaft: Erstens die Verarmung der Kulturschaffenden durch wegbrechende Umsätze und gestiegene Lebenskosten. Viele von ihnen gehen in den letzten Jahren bereits alternativen Tätigkeiten nach. Zweitens droht die Verödung der Kommunen. Sie müssen auf hohe Energiepreise reagieren. Der Rotstift wird oftmals bei den freiwilligen Aufgaben und damit beim Kultursektor angesetzt. Museen, Theater, Jugendklubs, Bildungs- und Sozialeinrichtungen sind vor allem davon betroffen. Zudem können zahlreiche oft kleine und frei finanzierte Einrichtungen dem Druck steigender Mieten und Energiekosten nicht mehr standhalten und schließen. Öffentliches Leben schwindet. Drittens veröden ohne Kunst und Kultur jede und jeder einzelne. Menschen brauchen den direkten Austausch, das Senden und Empfangen mit kulturellen Mitteln für ihr Wohlbefinden, aber auch Zerstreuung. Letztlich drohen viertens Gesellschaft und Zusammenleben zu veröden, wenn Prozesse und Debatten nicht mit künstlerischen oder kulturellen Mitteln erzählt und verarbeitet werden können. Kunst und Kultur sind also system- und demokratierelevant, ebenso wie die Menschen, die darin tätig sind. Entsprechend muss es darum gehen einerseits ihre soziale Lage zu verbessern und andererseits die Stärkung der öffentlichen Finanzierung für kulturelle und künstlerische Einrichtungen zu erreichen.

Progressive Transformationen

Als LINKE stehen wir in unterschiedlichen Traditionen, die noch heute unsere Ansätze für eine progressive Transformation der Gesellschaft im Umgang mit Kultur prägen. So ist die Tradition der russischen Futuristen, Konstruktivisten und Suprematisten, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Chance auf die maximale Freiheit und Utopie sahen, sei es im künstlerischen, wie im privaten Bereich, zu nennen. Den Weg und Moment der umwälzenden Transformation künstlerischer Formen, Ansätze und Gewissheiten brachte die Oktoberrevolution als eine im Namen des Sozialismus aufsteigende Macht, die entsprechende Ressourcen bereitstellte und international Anwerbungen unternahm. Auch wenn die Hoffnungen schnell von der Realität eingeholt und durch die Verbrechen Stalins bitterlich enttäuscht wurden, bleibt festzustellen, dass die Revolution selbst den Freiraum für künstlerisches Schaffen herbeiführte. Bezahlt haben ihn jedoch nicht zuletzt auch die Künstlerinnen und Künstler, die den stalinistischen Säuberungen zum Opfer fielen. Ähnlich war es in der französischen Revolution, in dessen Tradition DIE LINKE ebenso steht. Hier war es der dritte Stand, der in revolutionärer Umwälzung die politische und exekutive Macht übernahm. Letztendlich war es die Kritik der Aufklärung, die Rufe nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, verbunden mit einem Kampf gegen Verarmung und Gottesgnadentum, die den Absolutismus in seiner vielschichtigen Ausprägung hinwegfegte.

Nun braucht es keine Revolution, schon gar keine blutige, um die Gesellschaft in einer progressiven Transformation in die Lage zu versetzen, die nötige Grundlage für eine sehr gute Kulturpolitik zu schaffen. Aber erblickte die Idee des Sozialismus nicht das Licht der Welt, als sich in der Industrialisierung die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für breite Teile der Bevölkerung als leere Versprechung erwiesen.

Es geht heute nicht mehr um die Frage, ob wir zu einem radikalen Wandel bereit sind, denn dieser findet bereits statt. Wenn wir nicht durch autoritäre Entwicklungen, Krisen, Katastrophen und materielle Not zum Wandel gezwungen werden wollen, dann muss der Wandel in den Köpfen beginnen und Menschen aktivieren, die gesellschaftliche Entwicklung selbst zu gestalten. Eine sozial-ökologische Transformation – deren Aufschub fatale Konsequenzen hat – geht Hand in Hand mit einer kulturellen Wende. Kunst und Kultur können mittels Kreativität und nachhaltiger Ressourcen auf die globalen Herausforderungen und multiplen Krisen unserer Zeit Antworten suchen und Ideen für eine bessere Zukunft schaffen. Diese Ideen müssen in die Breite getragen werden.

Ob eine rein baulich und in der künstlerischen Produktion nachhaltige Kulturlandschaft ausreicht, um als Speerspitze zu fungieren, ist fraglich. Stattdessen muss auch im ökologischen Umbau des Kultursektors die soziale Frage zentral gestellt werden. Denn solange Kultur exklusiv bleibt und auf bestimmte Milieus zielt, bleibt Nachhaltigkeit in einem elitären Diskurs stecken und mit ihr die praktische sozial-ökologische Transformation. Nicht nur Verwaltungspolitik und Kulturmanagement, sondern auch die Stärkung der Zivilgesellschaft, von sozialen Bewegungen, von Freiräumen und Soziokultur muss auf der Agenda einer Kulturpolitik, die Transformationsmotor sein will, stehen.

Sozial-inklusive Kultur

Umso sozial-inklusiver und diverser Kultur wird, umso mehr Menschen können aus unterschiedlichen Milieus erreicht werden. Daran anschließend können Kulturinstitutionen zu mehr Mitbestimmung und gesellschaftlicher Akzeptanz beitragen und damit einer weiteren drohenden Krise entgegenwirken, nämlich einer Demokratiekrise. Verschwörungstheorien, Fake News, populistische Anfeindungen – antidemokratische Tendenzen machen sich verstärkt bemerkbar. Dies geht nicht zuletzt auf Verlustängste, wachsende Unsicherheiten und einem Gefühl der Ohnmacht zurück. Kulturräume können Individuen in den Multilog bringen, sie kooperativ zusammenführen und der Vereinzelung entgegenwirken. Sie können frei nach Walter Benjamin, Pessimums organisieren. Allen voran in der Verödung von Innenstädten sehen wir eine Riesenchance, um partizipative Räume zu etablieren, die bürgerliches Engagement fördern und für Kultur- und Freizeiteinrichtungen, um Innenstädten ein besonderes Flair zu geben.

Kultur und Medien können als kritische Begleiter und Vermittler von Werten und Identitäten Katalysator für Veränderungen sein. Nicht nur wenn sich Werke mit dem Verhältnis von Gesellschaft, Natur und Kultur auseinandersetzten, sondern auch wenn der Wille besteht, aus dem Hamsterrad aus Produktionsdruck und Ressourcenverschwendung auszusteigen und somit aus der kapitalistischen Produktionsweise. Die sozial-ökologische Frage ist glasklar eine Systemfrage. Gehen wir an diese Frage ran, wird es ungemütlich, denn wir haben mit unterschiedlichen Interessen und Verteilungskämpfen zu tun haben.

Aufgrund der Energiekrise sollen öffentliche Einrichtungen bis zu 20 Prozent weniger Energie nutzen. Das kann im Winter nicht allein durch Absenken der Raumtemperaturen erreicht werden, sondern nur durch reduzierte Öffnungszeiten. Besonders für Bibliotheken wären reduzierte Öffnungszeiten fatal. Bibliotheken sind die besucherstärksten und milieu-übergreifendsten Kultureinrichtungen. In Krisen können sie Menschen Zuflucht bieten, allen voran sozialen Gruppen, die besonders unter den gestiegenen Kosten leiden.

Eine lebenswerte Welt

Um eine Vorstellung davon zu haben, wie die Transformation aussieht, müssen wir uns gesellschaftlich fragen: Wo soll es denn hingehen? Was ist das gute Leben? Für mich als Linker steht »Gemeinnützigkeit« und »soziale Gerechtigkeit« ganz oben auf der Agenda, damit alle ein gutes Leben führen können. Dazu gehört Teilhabegerechtigkeit, Bildungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten – also Freiräume für jede und jeden. Freiräume, die unsere Vordenker erkämpfen mussten und um die es heute immer schlechter bestellt steht, fallen zuerst in der Kultur hinten runter. Doch gerade jetzt müssten sie geschaffen werden und Taktgeber sein. Bislang ist in der Nachhaltigkeitsdebatte die soziale Ungleichheit eher eine Randnotiz wert. Doch wachsende soziale Ungleichheit blockiert transformatorische Prozesse. Daher wäre unsere Gesellschaft gut beraten, in Kultur und kulturelle Freiräume zu investieren, wenn es um sie am schlechtesten bestimmt ist. Am Ende könnte ein Ergebnis stehen, welches nicht nur den Ausweg aus den Krisen zeigt, sondern eine Transformation hervorbringt, die gesellschaftliches Miteinander im Sinne des Menschheiterhalts in einer weiterhin lebenswerten Welt, in der nicht das Geld das Maß der Dinge ist, in den Vordergrund stellt.

FOTO: ADOBE STOCK / LIGHTFIELD STUDIOS

Bibliotheken sind die besucherstärksten und milieu-übergreifendsten Kultureinrichtungen. In Krisen können sie Menschen Zuflucht bieten, die besonders unter den gestiegenen Kosten leiden

Tobias Bank ist Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE

MEHR DAZU

Beginnend mit der Ausgabe 9/22 lädt Politik & Kultur die Generalsekretäre der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ein, Einblick in die Kulturpolitik und die kulturpolitischen Ziele ihrer Partei zu geben. Lesen Sie hier den ersten Beitrag in der Reihe von Kevin Kühnert, Generalsekretär der SPD: bit.ly/3r7jzJA

In Bewegung

Das Zukunftsprogramm »RE.INVENTING GRASSI« fördert die Neuausrichtung des Museums

LÉONTINE MEIJER-VAN MENSCH

Die Ethnologie hat als akademische Disziplin eine bewegte Geschichte. Diese reicht von den Anfängen des Faches mit seinen vielfältigen Verstrickungen mit dem Kolonialismus bis zu ihrer neuen Relevanz als einer Wissenschaft, mit der viele ihrer Vertreter einen hohen gesellschaftspolitischen Anspruch verbinden.

Mit dieser akademischen wie gesellschaftspolitischen Tradition sind auch die ethnologischen Museen eng verbunden, die im deutschsprachigen Raum die höchste Dichte weltweit aufweisen. Diese Verbindungen gelten auch und insbesondere für unsere drei Museen der Staatlichen Ethnographischen Sammlungen in Leipzig, Dresden und Herrnhut. Eine besonders wichtige Dimension ist hier die DDR- und Nachwendegeschichte, die unsere Häuser bis heute prägt – akademisch genauso wie hinsichtlich der vielfältigen internationalen Beziehungen zu Partnern in Ostmitteleuropa und im »Globalen Süden«.

In einem Aufruf in der »Leipziger Zeitung« von 1869 wurde an das Bürgertum der Stadt Leipzig appelliert, seinen Beitrag für die Etablierung einer ethnographischen Sammlung in der Stadt zu legen, deren Grundstock die sogenannte kulturhistorische Sammlung des Dresdner Hofrates Gustav Friedrich Klemm bilden sollte. Die angekauften Dinge kamen aus Asien, Afrika, Amerika, Ozeanien, aber auch Europa. Die Gründung des Museums fällt in eine Zeit der Aufbrüche: Zwischen globalen »Entdeckungsreisen« zur Erforschung der Welt und dem immer schon mitschwingenden kolonialen Blick vervielfachte sich die Sammlung schnell. Besonders unter dem zweiten Direktor des Museums, Karl Weule, der gleichzeitig Leiter des »Ethnographischen Seminars« der Universität Leipzig war, verfünffachte sich die Sammlung auf bis zu 120.000 Nummern. Weule war ein prominenter Akteur in der Ethnologie, genauso wie er auf komplexe Weise in die kolonialen Netzwerke der Zeit eingebunden war. Er wusste vom kolonialen Herrschaftssystem zu profitieren und dessen brutales Macht- und Unterdrückungssystem zum Vorteil des Museums zu nutzen. Er war »eine bedeutende Gestalt in der kolonialen Szene, die in Leipzig vielleicht nur noch von dem Geografen und Kilimandjaro-Bezwinger Hans Meyer überragt wurde«. Der Verleger und Professor für Kolonialgeografie Hans Meyer war einer der größten Gönner des Museums. Weule verdankte ihm ebenso seine erste und einzige »Expedition«, 1906, in die Kolonie »Deutsch-Ostafrika«. Es war die erste »völkerkundliche Expedition des Reichskolonialamtes«, von der er eine Sammlung von Makonde-Masken mitbrachte – der heute wohl größten Sammlung dieser Art in einem europäischen Museum.

FOTO: TOM DACHS

Das GRASSI Museum für Völkerkunde zu Leipzig richtet sich neu aus

Heute wissen wir, dass ein Vielfaches der Sammlung nur unter teils brutaler Machtausübung den Menschen in den Herkunftsregionen genommen wurde. Und hier ziele ich noch nicht auf die »Ancestral Remains« ab – die menschlichen Überreste, die infolge kriegerischer Handlungen, Grabplünderungen bis hin zu gezielten Tötungen an die Museen verbracht wurden und bis heute in unseren Depots liegen. Ihre Rückgabe ist für uns eine der obersten Prioritäten in unserer Museumsarbeit. Wenn wir nun die Quellen und Korrespondenzen des »Sammlermilieus« in dieser Zeit lesen, müssen wir feststellen, dass Persönlichkeiten wie Weule in vollem Bewusstsein ihrer Taten waren. Es gab auch Gegenstimmen zu dieser Zeit, die den Kolonialismus ablehnten. Die in Leipzig wirkende Clara Zetkin ist eine der prominenteren, dazu gehören aber auch die bisher wenig beachteten Stimmen Schwarzer Menschen während dieser Zeit. Gerade die enge historische Verankerung des Museums in den gesellschaftlichen Netzwerken der Zeit verpflichtet uns dazu, diesen bisher wenig aufgearbeiteten Geschichten und Verbindungen nachzugehen. Wie kann vor dem Hintergrund der hier nur fragmentarisch skizzierten Museumsgeschichte die Zukunft eines Hauses wie dem GRASSI Museum für Völkerkunde zu Leipzig aussehen?

Mit dem von der Kulturstiftung des Bundes in der Initiative für ethnologische Sammlungen geförderten Zukunftsprogramm »RE.INVENTING GRASSI« bekennen wir uns zu einer grundlegenden Neuausrichtung des Museums. Diese beinhaltet auch Repatriierung und Restitution als wichtige Pfeiler unserer musealen Praxis. Genauso beinhaltet sie die Einbeziehung unterschiedlichster Partnerinnen und Partner, regional aus Leipzig genauso wie international. Sie bedeutet mehr Debatte, mehr Bewegung und mehr Mut, auch Konflikte zuzulassen; sie beinhaltet, mehr zu hinterfragen und eine andere Zukunft zu wagen.

Museen unterliegen der ständigen Transformation, worüber ihr doch eher statisch wahrgenommener Charakter hinwegtäuscht. Diese Bewegungen und fluiden Prozesse bilden wir gezielt im neu geschaffenen »BACKSTAGE«-Bereich ab. Ein »Care-Room« für präventive Konservierungsmaßnahmen macht den heutigen Umgang mit den Sammlungen im Haus einsehbar. Der »Raum der Erinnerung« verschreibt sich einer relationalen Ethik gemäß Felwine Sarr und Bénédicte Savoy und bietet einen pietätvollen Rahmen für die Rückgaberituale von menschlichen Überresten an die heutigen Nachfahren aus den Herkunftsgemeinschaften. Im »Prep Room« arbeiten Gastwissenschaftlerinnen an zukünftigen Programmen und Ausstellungsformaten. Wissenschaftler aus Brasilien treffen mithilfe von neuen Telepräsenzrobotern in diesem Bereich unsere Kollegen und tauschen sich – ohne hierfür extra anreisen zu müssen – über immaterielle Restitutionen aus. All das bildet einen zugänglichen Mittelpunkt unserer im März 2022 neu eröffneten Ausstellungsräume.

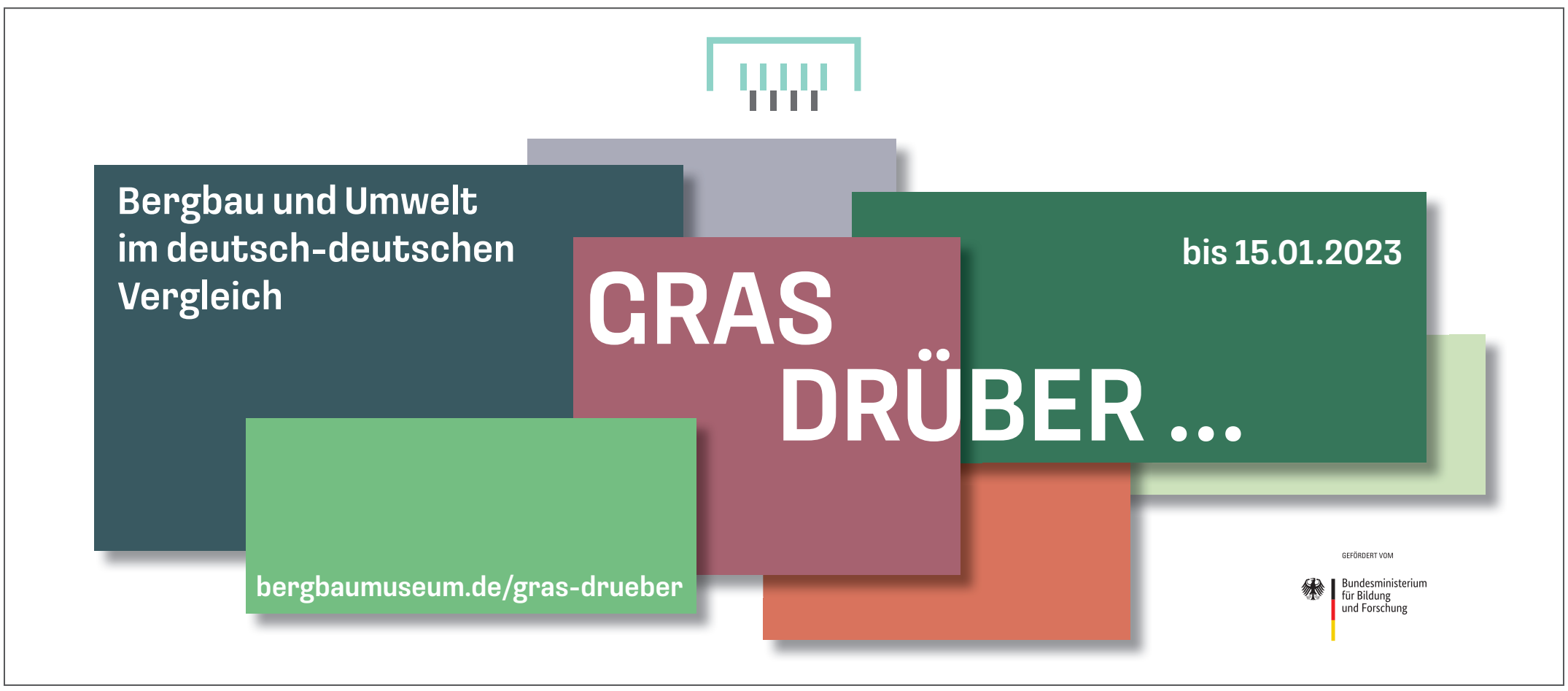
Die Zusammenarbeit mit Vertreterinnen der Herkunftsgemeinschaften ist eine wichtige Komponente. Dass es auch schmerzhaft sein kann, Menschen einzuladen und Raum abzugeben in transnationalen und transdisziplinären Kontexten, muss ein ethnologisches Museum im 21. Jahrhundert aushalten. Ohne die Menschen, die ihre Stimme radikal erheben in diesen mit der Kolonialzeit verbundenen Institutionen, gibt es keine neuen Wege. So verwandelte für die Ausstellung »Berge Versetzen« das Künstlerkollektiv PARA zusammen mit den beiden tansanischen Künstlerinnen Valerie Asiimwe Amani und Rehema Chachage einen Steinsockel, auf dem bis 2019 die Bronzebüste Karl Weules stand, in »Skrupel« um: in Nachbildungen der von Hans Meyer 1889 abgeschlagenen Kilimandscharo-Spitze. Die Skrupel können von Besuchern in der Ausstellung selbst hergestellt werden, als nummerierte Unikate werden sie anschließend verkauft. Der Erlös dient dem Rückkauf der in Österreich befindlichen Hälfte der Spitze, um ihre Rückgabe nach Tansania zu ermöglichen. In diesem Akt der »partizipativen Restitution« kann jede und jeder Teil dieser Geschichte sein und ein Stück Verantwortung übernehmen. Hinter all dem steht ein Netzwerkgedanke, der das Museum in die Zukunft tragen soll. Das Museum als Knotenpunkt zwischen Stadtgesellschaft, Herkunftsgemeinschaften, internationalen Akteuren und »glokalen« Initiativen. Bereits im Dezember 2022 geht es weiter mit der Eröffnung neuer größerer Ausstellungsbereiche, gemeinsam konzipiert mit Partnerinnen von den Andamanen und Nikobaren genauso wie mit lokalen Initiativen aus Leipzig sowie Studierenden zweier kuratorischer Studiengänge. Dazwischen zeigen wir kleinere Projekte, wie beispielsweise eine Ausstellung, die das laufende Forschungsprojekt zur Provenienz von kolonialzeitlichen Sammlungen aus Togo präsentiert und gleichzeitig neue Forschungsmethoden erproben will.

»RE.INVENTING« ist ein Prozess in Bewegung. Das bedeutet auch, dass sich Dinge schnell ändern. Aber hierin liegt die Zukunft eines ethnologischen Museums, welches versucht, die Komplexität der Zeit und unsere vielfältigen globalen Verflechtungen als Netzwerkmuseum immer wieder neu zu perspektivieren.

Léontine Meijer-van Mensch ist Direktorin des GRASSI Museums für Völkerkunde zu Leipzig

ETHNOLOGISCHE MUSEEN

Was kennzeichnet die Arbeit der Völkerkundemuseen in Deutschland? Wie positionieren sie sich in den Debatten um die Rückgabe von Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten? Wie wollen sie sich in Zukunft aufstellen? Beginnend mit dieser Ausgabe widmet Politik & Kultur den deutschen Völkerkundemuseen eine eigene Beitragsreihe.



Ein Dreiviertelerfolg

Christian Beiersdorf im Gespräch über die Förderung analoger Spiele

Analoge Spiele gehören in den Sammlungskatalog der Deutschen Nationalbibliothek – dafür macht sich seit Jahren die Spiele-Autoren-Zunft als Vertreterin der Urheberinnen und Urheber analoger Spiele gemeinsam mit dem Deutschen Kulturrat stark. Nun findet sich diese Forderung im Koalitionsvertrag. Doch was bedeutet das und wie geht es weiter? Theresa Brüheim fragt bei Christian Beiersdorf nach.

Theresa Brüheim: Die Forderung, analoge Spiele in den Sammlungskatalog der Deutschen Nationalbibliothek (DNB) aufzunehmen, findet sich endlich im Koalitionsvertrag. Ein ganzer Erfolg oder doch nur ein halber?
Christian Beiersdorf: Ein Dreiviertelerfolg! Dass diese Forderung im Koalitionsvertrag steht, zeigt den offenbar ernsthaften Willen der Regierung, das auch umzusetzen – wobei für die Umsetzung selbst noch ein paar dicke Bretter zu bohren sind. Denn es gibt diverse Widerstände, auch bei der DNB, angesichts beschränkter Mittel und möglicherweise auch Kürzungen, die zumindest im Rahmen der Haushaltsdebatte im Raum stehen. Es hat aber auch mit der inhaltlichen Bewertung von Spielen zu tun. In den Sammelrichtlinien der DNB werden Spiele unter dem Kapitel »Akzidenzen, die lediglich dem privaten, häuslichen oder geselligen Leben dienen« subsumiert. Fernab der kulturellen Realität ist das eine Abwertung dessen, was Spiele im gesellschaftlichen Leben bedeuten – auch angesichts ihrer jahrtausendealten Tradition.

Die Forderung zur Aufnahme analoger Spiele durch die DNB besteht schon viele Jahre. Wird dem Spiel als Bildungsmedium zu wenig Bedeutung beigemessen? Oder weshalb ließ die Aufnahme der Forderung durch die Regierung so lange auf sich warten?
Das mit der geringen Beimessung stimmt mit Sicherheit. Zugleich sind alle Player in dieser Branche auch gefordert, die gesellschaftliche Bedeutung analoger Spiele mehr und stärker zu unterstreichen. Ich blicke manchmal etwas neidisch auf die Games-Branche, also zu den digitalen Spielen, die eine sehr intensive Lobbyarbeit betreibt, die ich bei den Spieleverlagen etwas vermisse. Wir müssen uns gemeinsam eindeutiger und klarer ebenfalls als kulturelle Medienschaffende positionieren.

Was gilt es jetzt zu tun, damit die Forderung aus dem Koalitionsvertrag auch wirklich umgesetzt wird? Gesetzestechnisch und praktisch?
Im November gibt es einen Termin bei der Nationalbibliothek. Es wird eine Arbeitssitzung sein, bei der die Daten im Vordergrund stehen: Welche Daten müssen aufgenommen werden? Wie erfolgt das praktisch? Wie können bestehende Einrichtungen wie das Deutsche Spielearchiv in Nürnberg eingebunden bzw. deren Expertise genutzt werden? Für die Umsetzung selbst müssten auch die entsprechenden Regelungen in den Sammelrichtlinien und in der Pflichtabgabeverordnung geändert bzw. gestrichen werden. Im Moment stehen Spiele in einem Ausnahmekatalog, der festhält, was nicht gesammelt wird. Diese Ausnahme muss gestrichen werden. Stattdessen müssen Spiele in die Pflichtabgabeverordnung und in den Sammlungskatalog der DNB aufgenommen werden. Die Einbindung des Deutschen Spielearchivs in Nürnberg als Außenstelle der DNB, erscheint uns als die intelligenteste und auch kostensparendste Lösung. Dort existiert nicht nur bereits ein Bestand von 40.000 Spielen, sondern auch die Kompetenz für diese Werkgattung sowie schon eine vielfältige Zusammenarbeit mit Universitäten und Wissenschaftlern.

Wenn die Kapazitäten schon da sind, wieso ist nicht viel früher etwas passiert?
Es fehlten wohl die Lobby und der Gestaltungswille. Es geht zum einen um eine bessere öffentliche Anerkennung des Kulturguts Spiel. Zum anderen geht es um die Bibliothekstantieme. Hier gibt es eine rechtliche – und damit auch finanzielle – Benachteiligung der Spieleautorinnen und -autoren. Der Datenbestand, den die VG Wort nutzt, ist mangelhaft in Bezug auf Spiele. Durch die Pflichtabgabe von Büchern besteht bei der DNB eine umfassende, quasi hundertprozentige Datenbank. Bei Spielen ist eine solche dort nur sehr rudimentär vorhanden, obwohl die Aufgabe der DNB mit dem Sammlungsauftrag für deutschsprachige Medienwerke eigentlich klar definiert ist. Einige Verlage wie KOSMOS und Ravensburger, die auch im Buchbereich tätig sind, melden Spiele auch ans Verzeichnis Lieferbarer Bücher (VLB). Reine Spieleverlage sind in der Regel dort nicht vertreten. Das lässt sich nur damit lösen, dass es eine Pflichtabgabe gibt und eine Datenbank, die auch für Spiele öffentlich anerkannt ist. Die VG Wort sieht da das VLB bzw. die DNB in der Pflicht. Die DNB wiederum sieht es nicht als ihre Aufgabe, die Arbeit der VG Wort zu ermöglichen. Zuständigkeiten werden aktuell hin- und hergeschoben. Hier ist jetzt der Gesetzgeber gefordert.

Stichwort Bibliothekstantieme: Solange die Spiele vom Sammlungsauftrag der DNB ausgeschlossen sind, wird der Rechtsanspruch von Spieleautoren und -verlagen nicht eingelöst.
Genau, der Rechtsanspruch laut Paragraf 27 Urhebergesetz besteht und ist übrigens auch verfassungsrechtlich mit Artikel 14 GG und europarechtlich mit Artikel 6 der Richtlinie 2006/115/EG verankert. Das funktioniert im geringen Umfang schon jetzt, sofern Spiele erfasst sind und sich Spieleautorinnen und -autoren als Wahrnehmungsberechtigte bei der VG Wort eingetragen haben – dann bekommen sie auch die Bibliothekstantieme. Aber angesichts von jährlich knapp drei Millionen Ausleihen mit steigender Tendenz klafft hier eine große Lücke.

Und trotzdem gibt es z. B. im Vergleich zu Buchautorinnen und -autoren eine Benachteiligung.
Der Datenbestand der Spiele ist unvollständig – mangels Pflichtabgabe an die DNB bzw. an eine entsprechend öffentlich anerkannte Datenbank. Es gibt aber derzeit keine solche Basis auf Grundlage derer die VG Wort an die Spieleautoren und -verlage vollumfänglich ausschütten könnte. Solange es keinen kompletten Datenbestand gibt, kann die VG Wort auch nicht hundertprozentig ausschütten. Die Aufnahme von Spielen in die DNB würde die VG Wort in die Lage versetzen, die Bibliothekstantieme vollumfänglich auszuschütten.

Ich wünsche mir ein stärkeres Engagement der Spieleverlage. Digitale Spiele mussten vom Schmuddelimage des Ballerspiels reingewaschen werden. Das wurde mit einer sehr intelligenten Lobbyarbeit der Gamesbranche und deren vielfältigen Aktivitäten auch im kulturellen Bereich erreicht. Bei den Verlagen von analogen Spielen war und ist eine solche Notwendigkeit nicht vorhanden und es fehlt ein bisschen das Bewusstsein für die eigene kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung – und dass man sich dafür auch grundsätzlich engagieren muss

Zusätzlich findet sich im Koalitionsvertrag auch die Forderung, Bibliotheken als sogenannte Dritte Orte zu stärken. In vielen öffentlichen Bibliotheken kann man beispielsweise analoge Spiele ausleihen. Welche Bedeutung haben Spiele für Dritte Orte wie Bibliotheken?
Eine große Bedeutung. Spiele sind verbindende, integrative Medien, an Orten des Zusammenseins verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen und Menschen können sie eine große Rolle spielen. Auch aus diesem Grund erscheint es uns wichtig, beide Forderungen im Koalitionsvertrag gemeinsam zu betrachten.

Sie erwähnten, dass Sie anerkennend auf die starke politische Vertretung der Games-Branche blicken. Was wünschen Sie sich für die Vertretung analoger Spiele gegenüber der Politik? Was muss verändert werden?
Ich wünsche mir ein stärkeres Engagement der Spieleverlage. Digitale Spiele mussten vom Schmuddelimage des Ballerspiels reingewaschen werden. Das wurde mit einer sehr intelligenten Lobbyarbeit der Games-Branche und deren vielfältigen Aktivitäten auch im kulturellen Bereich erreicht. Bei den Verlagen von analogen Spielen war und ist eine solche Notwendigkeit nicht vorhanden und es fehlt ein bisschen das Bewusstsein für die eigene kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung – und dass man sich dafür auch grundsätzlich engagieren muss. Das Selbstverständnis als reine Wirtschaftsunternehmen greift zu kurz. Dabei gerät die kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung der Werke, die sie produzieren und vertreiben, aus dem Blickfeld.

Vielen Dank.

Christian Beiersdorf ist Referent für Urheberthemen und politische Kommunikation bei der Spiele-Autoren-Zunft. Theresa Brüheim ist Chefin vom Dienst von Politik & Kultur

MEHR DAZU

Lesen Sie hier auch die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Thema: bit.ly/3dtMO6g

Notfallverbünde

Nachhaltige Allianzen für Notfallvorsorge von Kultureinrichtungen in Thüringen

SANDRA WERNER

Die großen Schadensereignisse der letzten beiden Jahrzehnte, wie der Großbrand der zum Weltkulturerbe zählenden Anna Amalia Bibliothek in Weimar, der Einsturz des Kölner Archivs, die Hochwasserereignisse und die Zerstörungen durch den Krieg in der Ukraine, haben uns deutlich gemacht, wie unerlässlich die Notfallvorsorge und der professionelle Kulturgutschutz im Schadensfall sind. Die Vorbereitung auf solche Krisen wird bundesweit und weltweit vorangetrieben. Dabei sind die Notfallverbünde als spartenübergreifende Solidargemeinschaften von lokalen Kultureinrichtungen von zentraler Bedeutung. Als kulturelle Allianzen unterstützen sie sich im Schadensfall gegenseitig, um den Verlust von Kulturgütern zu reduzieren. Aus den Erfahrungen der ersten Notfallverbünde, die sich nach den verheerenden Ereignissen des Elbhochwassers 2002 in Dresden und den Brand der Anna Amalia Bibliothek 2004 in Weimar gründeten, entstand in Thüringen der Wunsch, die kulturellen Infrastrukturen gegen Notfallrisiken nachhaltig zu stärken. Dafür brauchte es eine vorausschauende Kulturpolitik, eine sichere materielle Basis und engagierte, kompetente Partner.

Als Kulturland mit einzigartiger Dichte kultureller Orte war Thüringen auch das erste Bundesland, das dieses Thema 2018 komplex anging. Gemeinsam mit der Thüringer Staatskanzlei, dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, dem Gemeinde- und Städtebund, dem Museumsverband, dem Landesarchiv, dem Thüringischen Landkreistag und den Erfahrungen der Notfallverbünde Deutschlands und Partnern wie dem »SicherheitsLeitfaden Kulturgut« (SiLK) entwickelte der Kulturrat Thüringen ein ganzheitliches und nachhaltiges Konzept für den Schutz aller Kulturgüter im gesamten Freistaat, das aus drei Elementen besteht: die Fortbildungen zur Notfallvorsorge, die fünf Ausrüstungssätze und ein Gerätewagen Kulturgutschutz als materielle Basis für die Schadensbewältigung sowie das Kompetenzzentrum der Feuerwehr Weimar als Ansprechpartner für die Feuerwehren Thüringens. Dadurch können die Maßnahmen zur Notfallvorsorge flächendeckend umgesetzt und die Mittel und Möglichkeiten zur Prävention und Schadensbewältigung für alle Kultureinrichtungen erheblich verbessert werden – egal, ob es sich um ein Museum, ein Archiv oder eine Bibliothek handelt. Das Ziel ist es, dass jede Kultureinrichtung in die Lage versetzt wird, auf einen Schadensfall vorbereitet zu sein, denn auch alltägliche Gefahren wie Havarien, Wasserrohrbrüche, Unfälle oder menschliches Versagen können katastrophale Auswirkungen auf Kulturschätze haben, zu denen neben bekannten Kulturgütern auch Bücher, Dokumente und Unterlagen aus Archiven, Museen und Depots gehören.

FOTO: PICTURE-ALLIANCE / ZB | MARTIN SCHUTT

Der Rokokosaal der Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Weimar wurde durch einen Brand in der Nacht vom 2. zum 3. September 2004 schwer in Mitleidenschaft gezogen

Fortbildungen für Kultureinrichtungen

Seit 2019 werden grundsätzlich jeder kulturellen Einrichtung regionale Fortbildungen zum Thema Kulturgutschutz, Notfallvorsorge und Notfallverbünde angeboten. Sie finden digital oder vor Ort statt und beinhalten theoretische und praktische Module zur Schadensvorsorge und Schadensbewältigung. Unterstützt werden sie mit eigens erstellten Fortbildungsfilmen. Vor Ort werden auch die Ausrüstungssätze und der Gerätewagen Kulturgutschutz vorgestellt und in Übungen mit der Feuerwehr erprobt. Die Planung und Durchführung gewährleistet der Kulturrat Thüringen, die Finanzierung übernimmt die Thüringer Staatskanzlei.

Ausrüstungssätze Kulturgutschutz

Um für den Schadensfall gut gewappnet zu sein, gibt es in Thüringen seit 2018 fünf Ausrüstungssätze für den Kulturgutschutz. Diese sind in Altenburg, Nordhausen, Meiningen, Eisenach und Weimar bei den dortigen Feuerwehren stationiert und können vom Ereignisort thüringenweit angefordert werden. Jeder Ausrüstungssatz besteht aus zehn Rollwagen mit Materialien zur Dokumentation, zum Arbeitsschutz, Räumwerkzeuge, Verpackungsmaterialien, Elektro- und Beleuchtungskomponenten mit höchstem Sicherheitsstandard inklusive Stromerzeuger sowie Nass- und Trockensauger und Arbeitstische. Das leicht bedienbare Material ist am Einsatzort für die Kuratoren, Restauratoren und Archivare der betroffenen Einrichtung im Schadensfall wertvoll und sichert die Erstversorgung der Kulturgüter ab. Die Kosten von 100.000 Euro wurden von der Thüringer Staatskanzlei übernommen.

Gerätewagen Kulturgutschutz

Für einen fachgerechten Transport von betroffenem Kulturgut wurde 2019 ein klimatisierter Gerätewagen Kulturgutschutz geplant und bei der Feuerwehr Weimar in Dienst gestellt. Dieses in Europa einmalige Fahrzeug ist speziell auf die Belange des Kulturgutschutzes abgestimmt, führt bei Bedarf einen Ausrüstungssatz Kulturgutschutz mit und kann im Schadensfall innerhalb von zwei Stunden in ganz Thüringen eingesetzt werden. Die Kosten von 186.000 Euro für den Bau dieses Fahrzeugs wurden vom Thüringer Innenministerium übernommen.

Kompetenzzentrum Feuerwehr Weimar

Die Feuerwehr Weimar ist in Thüringen das Kompetenzzentrum für den Kulturgutschutz. Da sie seit mehr als zehn Jahren in einem Notfallverbund beratend mitarbeitet und über große Erfahrungen bei Schadensereignissen mit Kulturgütern verfügt, ist sie Ansprechpartner für alle Thüringer Feuerwehren.

Fachberater für Notfallverbünde

Seit vier Jahren wird dieses Konzept für die Notfallvorsorge des kulturellen Erbes in den Thüringer Kultureinrichtungen erfolgreich erprobt. Die Geschäftsstelle des Kulturrates Thüringen ist für die Planung, Beantragung, Durchführung und Abrechnung des Projektes »Notfallvorsorge für Kultureinrichtungen« verantwortlich. Koordiniert und durchgeführt werden die Maßnahmen durch den Fachberater für Notfallverbünde und Notfallvorsorge des Kulturrats Ralf Seeber. Als erster Ansprechpartner des Freistaates ist er auch national und international gefragt. Aus 40 Jahren Dienstzeit bei der Berufsfeuerwehr Weimar und als erster Einsatzleiter beim Brand der Anna Amalia Bibliothek kennt er die Belange der Feuerwehr und der Kultureinrichtungen bis ins Detail und entwickelte das Thüringer Konzept maßgeblich mit. Vom Brand der Weimarer Bibliothek, bei dem 50.000 Bücher zerstört wurden, ist ihm besonders ein Bild in Erinnerung geblieben: die historischen Bücher, die aus dem Gebäude geborgen wurden und auf dem Pflaster vor der Bibliothek lagen und die Ratlosigkeit der Retter, wie es damit weitergehen soll. Damit sich das nicht wiederholt, gibt er sein Wissen als Referent weiter, schult die Verantwortlichen regionaler Kultureinrichtungen vor Ort, vernetzt und berät bei der Gründung von Notfallverbünden und begleitet die Prozesse mit seinem weitreichenden Wissen, wie Kulturgüter in verschiedenen Schadensfällen fachgerecht gesichert und transportiert werden können. Unter seiner Leitung haben sich in Thüringen neun lokale Notfallverbünde gegründet, die von ihm beraten werden. Weitere stehen unmittelbar vor einer Gründung.

Dafür braucht es einen langen Atem, denn im normalen Arbeitsalltag ist in Kultureinrichtungen oft keine Zeit. Ausstellungen müssen vorbereitet, Bilder restauriert, Notfallpläne für Energieeinsparungen entwickelt oder die Auswirkungen der Pandemie gemanagt werden. Je kleiner die Kultureinrichtung ist und je weniger Personal sie hat, umso schwieriger ist es. Dabei sollten auch kleine Häuser im ländlichen Raum die Möglichkeit haben, Notfallvorsorge zu betreiben.

Kulturpolitik in Zeiten des Klimawandels

Das Thüringer Modell mit der materiellen Bereitstellung der Ausrüstungen, dem Kompetenzzentrum Weimar und den Fortbildungsmodulen für jede Kultureinrichtung in Thüringen bietet hier Chancen, um die Prävention und das Risikomanagement konkret, alltagstauglich und nachhaltig in der Kulturpolitik zu verankern. Der Schutz des Kulturerbes, besonders auch mit Blick auf die Folgen des Klimawandels, wird zukünftig eine der großen Herausforderungen für den Kulturbereich sein. Mit großem Engagement und den auf verschiedenen Ebenen geschlossenen Bündnissen setzen sich die Thüringer Akteure im erfolgreichen Projekt »Notfallvorsorge für Kultureinrichtungen« für den nachhaltigen Schutz unseres kulturellen Erbes ein.

Sandra Werner ist Geschäftsführerin des Kulturrates Thüringen, dem Dachverband der Thüringer kulturellen Dach- und Fachverbände

Wahrheit und Lüge

Image-Pflege als Weltpolitik

REGINE MÖBIUS

»Ich trink aufs zerstörte Haus,/ Auf mein Leben, das schlimm war und rauh,/ Auf die Einsamkeit zu zweit,/ Auf dich auch trink ich eins – /Auf den Lügenmund, der mich verriet,/ Auf die Todeskälte des Blicks,/ Auf die grausam grobschlächtige Welt,/ Auf Gott, der sich fern von mir hält.«

Dieses Gedicht schrieb die russische Lyrikerin Anna Achmatowa 1934. Ich hörte es das erste Mal 52 Jahre später im Rahmen einer privaten Veranstaltung anlässlich ihres 20. Todestages und lese es jetzt, in Zeiten des Krieges gegen die Ukraine, immer wieder.

Die 1889 Geborene erlitt in diesen fast acht Jahrzehnten ihres Lebens eine an Wendepunkten, Katastrophen und Ereignissen kaum zu überbietende Zeit. Zarismus, stalinistisches Blutbad und zwei Weltkriege mit kaum vorstellbaren Folgen für wirtschaftliche, politische und kulturelle Traditionen. In ihren Erinnerungen notierte sie: »Ich bin mit Charlie Chaplin, Tolstois ›Kreuzersonate‹, Hitler (…) zur Welt gekommen.«

Achmatowa galt als Ikone des Widerstandes, gleichzeitig aber hatte sie in ihrer Verzweiflung eine Ode auf Stalin verfasst in der Hoffnung, ihrem Sohn damit die jahrelangen Demütigungen im Straflager erleichtern zu können.

Andrej Schdanow, Stalins radikaler und erbarmungsloser Säuberer, bezeichnete die Achmatowa als »Nonne und Hure zugleich«, sie und andere Autorinnen und Autoren als »ideologisch schädlich«, als »Speichellecker des Westens«. Diese Sprache glaubte ich in einer weit entfernten Vergangenheit angesiedelt und erschrak, als sich Putin am 21. Tag des Krieges gegen die Ukraine mit folgenden Worten an die Bevölkerung wandte: »Jedes Volk, und insbesondere das russische Volk, wird immer die wahren Patrioten von dem Abschaum und den Verrätern unterscheiden können, um diese einfach auszuspucken wie eine Mücke, die versehentlich in ihren Mund geflogen ist«, und in diesem Zusammenhang dem Westen vorwarf, die russische Gesellschaft spalten zu wollen.

Plötzlich offenbart sich im Krieg mit der Ukraine, dass nicht nur der Kampf der Ukrainer um Unabhängigkeit mit den Großmachtfantasien der russischen Seite, sondern die westlichen Bündnisse mit der Politik Putins kollidieren, weil sie sich völlig gegensätzlichen Wertesystemen verpflichtet fühlen.

Trotzdem ist das heutige Russland – obwohl Putin'sche Rhetorik dem widerspricht – nicht das der Stalinära. Seit Gorbatschows Glasnost und Perestroika ist beispielsweise Anna Achmatowa in ihrem Land offiziell rehabilitiert und umfänglich verlegt worden. Dass jedoch kulturelle Zugeständnisse kein Indiz für demokratischen Wandel sind, zeigt der Ukrainekrieg deutlich. Kritische Analyse von Wahrheit und Lüge in der Politik könnte helfen.

Vor fast zwei Jahrzehnten entdeckte ich in einem Piper-Taschenbuch die zwei Essays der Philosophin Hannah Arendt »Wahrheit und Lüge in der Politik«. Zu lesen ist: »Lügen erscheinen dem Verstand häufiger

viel einleuchtender und anziehender als die Wirklichkeit, weil der Lügner den großen Vorteil hat, im Voraus zu wissen, was das Publikum zu hören wünscht. Er hat seine Schilderung für die Aufnahme durch die Öffentlichkeit präpariert (…), während die Wirklichkeit die unangenehme Angewohnheit hat, uns mit dem Unerwarteten zu konfrontieren, auf das wir nicht vorbereitet waren.«

Führt jetzt diese These nicht unweigerlich zu folgenden Fragen: Warum empörten sich so viele in unserem Land über den offenen Brief, den 26 Prominente aus dem Kultur- und Medienbereich an Bundeskanzler Olaf Scholz schrieben und in ihm vor einer weiteren Eskalation des Ukrainekriegs warnten? Warum wird dem Sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer, der forderte, den Ukrainekrieg »ein(zu)frieren« »Anbiederung an Kriegsverbrecher Putin« von seinen Kritikern vorgeworfen? Gleichzeitig blieben sie die Antwort schuldig, wie der Krieg enden kann ohne eine internationale Verhandlungsoffensive, die gleichbedeutend dem Einfrieren des Konfliktes wäre. Erstaunlich, dass es weniger die politischen Akteure sind, auf denen eine Rechtfertigungslast liegt; es wird von denjenigen, die Gegenvorschläge anbieten, Rechtfertigung erwartet. Bereits Anna Achmatowa trank auf den Lügenmund, der sie verriet.

Regine Möbius ist Schriftstellerin und Vorsitzende des Arbeitskreises gesellschaftlicher Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte

Ein Ort der Vergangenheit und der Zukunft

Das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

KATRIN BUDDE

In 2019 und 2020 jährten sich die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit zum 30. Mal. Die Bundesregierung setzte im April 2019 durch Kabinettsbeschluss die Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« unter Vorsitz von Ministerpräsident a. D. Matthias Platzeck ein. Ich gehörte dieser Kommission an. Durch die Coronapandemie konnten zwar in den Jubiläumsjahren viele der Begegnungen, Veranstaltungen und Erfahrungsaustausche nicht wie gedacht und geplant stattfinden, aber dass das stattfinden konnte, war eine gute Erfahrung. Die Kommission hat im Dezember 2020 einen 224-seitigen Abschlussbericht zu den Jubiläumsjahren vorgelegt mit Vorschlägen für die Bundesregierung, wie sie die Erfahrungen aus den Jubiläen nutzen kann. Einer der wichtigsten und weitreichendsten Vorschläge ist die Empfehlung, ein »Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation« zu errichten.

Um diese Idee des Zukunftszentrums zu vertiefen und Vorschläge für Inhalt, Aufgabe, Größe und Anspruch an das neue Zentrum zu konkretisieren, wurde eine Arbeitsgruppe aus acht Personen gegründet. Auch dieser habe ich angehört.

Der Osten Deutschlands und Mittel-Osteuropa haben im Ergebnis der Friedlichen Revolution in Ostdeutschland und der nicht überall ganz so friedlichen Revolutionen im ehemaligen sogenannten Ostblock existenzielle Erfahrungen mit Strukturbrüchen, Strukturwandel und Transformation. Sie alle, wir alle haben Erfahrungen gemacht, die gerade mit Blick auf aktuelle Krisen genutzt werden sollten.

Das neu entstehende »Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation« soll dabei auf drei Säulen setzen: Erstens sollen die gesellschaftlichen Auswirkungen von Strukturbrüchen tiefgreifender und tiefgründiger untersucht werden, eine neue und nachhaltige Form der Transformationsforschung stattfinden. Zweitens soll es einen kontinuierlichen gesellschaftlichen Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, zwischen Ost und West, zwischen den ost- und mitteleuropäischen Ländern und zwischen diesen und Deutschland geben. Drittens wird ein Kulturzentrum entstehen, in dem mittels unterschiedlicher Kunst- und Kulturformate über Transformation, alte und neue Herausforderungen eine gesellschaftliche Debatte geführt wird und bestenfalls Ideen und Lösungen für die Herausforderungen der heutigen Zeit gefunden werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Zukunftszentrums wird aber auch die Würdigung der gesellschaftlichen und individuellen Lebensleistungen der Menschen sein, die die vergangenen Transformationen und Brüche der Gesellschaft gestaltet, gemeistert und zu oft auch erlitten haben.

Mit dem »Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation« soll ein Ort der intensiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Veränderung entstehen. Es soll ein Ort für den wissenschaftlichen und kulturellen Austausch, für nach vorn gerichtete Debatten mit nationalem wie europäischem Blick sein – ein Ort der Begegnung, der Diskussion und der Problemlösung.

Anfang Mai 2022 hat das Kabinett einen Beschluss zur Umsetzung und Ausgestaltung des Zukunftszentrums gefasst und Mitte Mai hat der Deutsche Bundestag unter meiner Federführung hierzu einen Begleitantrag beschlossen. Der Ausschuss für Kultur und Medien wird das Thema eng begleiten. Der Standortwettbewerb ist am 1. Juli 2022 gestartet. Eine Jury wird über den Standort entscheiden.

Fest steht, dass das Zukunftszentrum in einem ostdeutschen Bundesland errichtet wird. Dabei sollen politische, wirtschaftliche und kulturelle Bezüge und Erfahrungen zum Thema Transformation und Deutsche Einheit sowie Vorstellungen, wie diese für das Zukunftszentrum fruchtbar gemacht werden können, in die Konzeption Eingang finden.

Ein Bestandteil des Zukunftszentrums soll die »Galerie der Transformation und Einheit« werden, ein interdisziplinärer Ort des Erinnerns und des Austauschs. Galerien und Ausstellungen sind zentrale Orte der Kultur und der Geschichte. Kunst und Kultur können Geschichte nahbar, erfahrbar machen und mit Unterhaltung verbinden, auf Probleme hinweisen und Situationen verständlicher machen.

Die »Galerie der Transformation und Einheit« soll Ausstellungen konzipieren, die sowohl vor Ort als auch deutschland- und europaweit gezeigt werden. Dabei sollen die voranschreitenden, gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesse gezeigt und diskutiert werden. Die Kenntnis über den Verlauf und die Würdigung gesellschaftlicher und individueller Lebensleistungen in den Reformprozessen nach 1990 in Ostdeutschland, aber auch anderswo in Mittel- und Osteuropa können und werden dabei ein entscheidender Aspekt sein. Die Strukturbrüche, die mit der Gestaltung der Deutschen Einheit in Ostdeutschland entstanden sind, wirken bis heute in die Gesellschaft und sind fester Bestandteil der ostdeutschen Kultur. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema soll sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland eine gesamtgesellschaftliche Verständigung bewirken. Dabei muss die Bedeutung der Friedlichen Revolution für die Freiheits- und Demokratiegeschichte Deutschlands vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit SED-Diktatur und freiheitlicher Grundordnung der Bundesrepublik gebührend gewürdigt werden. Hier sind die beiden anderen Säulen des Zukunftszentrums, Wissenschaft und Forschung und Bürgerinnen- und Bürgerbegegnung, von entscheidender Bedeutung.

Für die Säule Kunst und Kultur gilt der Leitgedanke, dass immer die »Alltagsmenschen« angesprochen werden sollen – jede und jeder, unabhängig von Herkunft oder Vorbildung, soll mit den Ausstellungen angesprochen werden und sich in ihnen wiederfinden. Die Kombination aus Wissensvermittlung, Kunst, Begegnung und Debatte und dem Nachempfinden sind dabei die Besonderheit.

Das Zukunftszentrum ist eines der wichtigsten und größten Projekte dieser Legislaturperiode.

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/ DPA | DPA

Rund eine Million Menschen feierte in der Nacht des 3. Oktober 1990 in Berlin die wiedergewonnene Deutsche Einheit

Katrin Budde ist Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages

STIMME AUS DEM PARLAMENT

In der Beitragsreihe »Stimme aus dem Parlament« berichten die Vorsitzende des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments, Sabine Verheyen, und die Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages, Katrin Budde, von der Ausschussarbeit. Die bisher erschienenen Beiträge von Katrin Budde können Sie hier nachlesen: bit.ly/3UwtuGo

Wo ist die laute Stimme des Goethe-Instituts?

Sparzwänge in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

JOHANN MICHAEL MÖLLER

»Und wenn es wehtut«, liest man am Ende eines erstaunlichen Textes der Direktorin des Leipziger Grassi-Museums, Léontine Meijer-van Mensch über die postkoloniale Umgestaltung ihres Hauses, »dann ist das so«. Richtig weh tut es aber gerade woanders: bei den vertrauten, zum Teil in die Jahre gekommenen Institutionen der auswärtigen Kulturpolitik. Sie haben lange Zeit das Bild Deutschlands in der Welt geprägt und könnten jetzt, nach der nächsten sich ankündigenden Sparrunde im Bundeshaushalt, wieder einmal arg gerupft dastehen. Allein dem Goethe-Institut würden im kommenden Jahr rund 26 Millionen Euro fehlen, was in Zeiten des Krieges und bedrohlicher globaler Verwerfungen für eine erstaunliche politische Kurzsichtigkeit zeugt. Gerade jetzt würden die kulturellen Vermittler gebraucht.

In einer spontanen Reaktion auf die drohenden Einsparungen hat der belarussische Schriftsteller Viktor Martinowitsch der deutschen Leserschaft vor Augen geführt, was es hieße, wenn es etwa das Minsker Goethe-Institut als Insel der Freiheit in einem totalitären Umfeld nicht mehr gäbe. Aber auch als Beobachter von der Seitenlinie kann man sich nur wundern, warum ausgerechnet eine grüne Ministerin, die nicht müde wird, über ihre wertegestützte Außenpolitik zu reden, gerade jene Bereiche ihres Hauses den Sparzwängen preisgibt, auf deren Expertise sie mehr denn je angewiesen ist.

Vielleicht wird es die Goethe-Institute im Osten Europas sogar weniger treffen. Aber davon kann sich der Rest der Welt auch nichts mehr kaufen. Woher soll denn ein besseres Verständnis für die säkularen Emanzipationsprozesse im »Globalen Süden« kommen, wenn nicht über solche Mittlerorganisation, wie es das Goethe-Institut ist. Und warum der für den islamisch-arabischen Raum so wichtigen Internet-Plattform Qantara.de auch die bescheidensten Mittel genommen werden, das verstehe, wer will.

Blättert man in den Zeitungsarchiven nur ein paar Jahre zurück, wird man freilich immer wieder auf ähnliche Klagen stoßen. Sie sind seit den Tagen von Joschka Fischer nicht mehr verstummt. »Kassenwarte attackieren Goethe« hatte die FAZ schon vor Jahren getitelt. Von einem »Kahlschlag« spricht jetzt die Süddeutsche Zeitung. Früher liefen solche Kommentare unter der Kategorie »Abscheu und Entsetzen«, was aber nicht heißt, dass man sich die Dinge nicht noch genauer anschauen soll. Denn es stellt sich zumindest die Frage, ob diese Sparzwänge allgemeiner Natur sind oder auch mit dem Zustand der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik selbst zu tun haben. Warum ist das Goethe-Institut ständig davon betroffen? Warum ziehen sich die Finanzklagen wie ein roter Faden durch seine 70-jährige Geschichte? Was ist der eigene Anteil daran?

Sicher, man ist der Politik, der konservativen zumal, in all den Jahren gehörig auf die Nerven gegangen. Was den amerikanischen Politikwissenschaftler Mark Lilla zu der Bemerkung veranlasste, unter Goethe-Mitarbeitern herrsche eine »heftige Allergie gegen alles, was nach der alten Welt der deutschen Bildung« riecht. Paul Ingendaay von der FAZ pflichtet dem bei. Kultur, zumal die deutsche, so hat er dem Goethe-Institut zum 70. Geburtstag ins Stammbuch geschrieben, spiele im Selbstverständnis des Hauses »kaum noch eine Rolle außer einer funktionalen: als

dienstbare Magd beim Kampf gegen Nationalismus, Autoritarismus, Rassismus, Intoleranz«.

Wenn wenigstens dem so wäre! Aber man hat eher den Eindruck, dass sich das Haus verkriecht und lieber anderen Playern den öffentlichen Raum überlässt. Zu keinem Thema will man sich kontrovers äußern, in keine Debatte mischt man sich ein. Aus einem einst konfliktfreudigen Haus ist tatsächlich eine nachgeordnete Behörde geworden.

Aber warum? Warum schweigt man sich aus oder murmelt von kultureller Bildung in Deutschland, die man in Zukunft »internationaler gestalten« wolle. Wo war die laute Stimme des Goethe-Instituts in der Restitutionsdebatte, wo beim russischen Angriffskrieg auf die Ukraine oder ganz aktuell: Wo bei der Pleite in Kassel? Was nützt es, wenn man erfährt, dass das Goethe-Institut Jakarta schon länger mit der indonesischen Kuratorengruppe ruangrupa zu tun hatte oder dass man beim Aufbau der so dramatisch gescheiterten Lumbung-Idee mit dabei war? Wenigstens jetzt, da sich das documenta-Debakel nicht mehr beschönigen lässt, hätte man doch ein paar klare, klärende Worte erwartet, statt des beiläufigen Geredes von »Spannungsverhältnissen«, die sich nicht durch »harte Standpunkte« lösen lassen. Was denn wohl sonst?

Man wird fairerweise daran erinnern müssen, dass das Goethe-Institut immer noch einen anderen, einen auswärtigen Auftrag hat. Aber lassen sich solche Grenzen heute noch ziehen? Zeigt sich nicht vielmehr, dass es die Trennung von innerer und auswärtiger Kulturpolitik gar nicht mehr gibt? Dass sie in globalisierten Zeiten ihren Sinn verloren hat, weil unsere Einwanderungsgesellschaft die Welt schon längst inkorporiert. Sie weiterhin irgendwo da draußen vermuten zu wollen, ist zum Anachronismus geworden; und wenn man sich auf den »interkulturellen Dialog« beruft, dann muss man ihn auch im eigenen Land führen wollen.

Der Anstoß, etwas ändern zu wollen, hätte eigentlich auch von der grünen Außenministerin kommen können. Kam aber nicht. Weshalb man dem Goethe-Institut dringend nur raten kann, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Geld, ist die bittere Einsicht, gibt es eben nicht für Meriten, sondern nur, wenn man sich wichtig und unentbehrlich macht. Dabei könnte das Goethe-Institut mit seinem wichtigsten Kapital wuchern: seinem in 70 Jahren erworbenen Wissen um die Unterschiede auf dieser Welt. Von seiner Weltklugheit sollte es sprechen, die sonst kein anderer Mitspieler hat. Natürlich tut ein solcher Wandel auch weh. »Aber«, würde die Niederländerin Léontine Meijer-van Mensch sagen, »dann ist das wohl so«.

Johann Michael Möller ist Publizist

Das Monopol der Oligarchen

Zur Kultur und Struktur des Wohnungsmarkts in der Ukraine

PHILIPP MEUSER

Die bisherigen Kriegszerstörungen und der bevorstehende Wiederaufbau des Wohnungsbestands in der Ukraine offenbaren baupolitische Versäumnisse der vergangenen drei Jahrzehnte. Die sieben Millionen Binnenflüchtlinge, die bis August 2022 aufgrund der Angriffe durch die russische Armee fliehen mussten, belasten einen Wohnungsmarkt, der ausschließlich privatwirtschaftlich organisiert ist und dem Staat keine Regulierung der Wohnraumverteilung erlaubt. Die wenigen Instrumente und Programme zur Schaffung von sozial verträglichen Wohnflächen erweisen sich auch unter Kriegsrecht als unbrauchbar. Das Notfallprogramm zur langfristigen Behausung von Vertriebenen, das schon 2014 für die 1,5 Millionen Flüchtlinge aus der Ostukraine und der Krim ins Leben gerufen wurde, hat es bis heute nicht vermocht, angemessen die Bedürfnisse neuer Wohnungssuchender zu befriedigen. Der Großteil der bereits vor acht Jahren heimatlos gewordenen Bevölkerung lebt bis heute in temporären Unterkünften. Den Bedarf an Wohnraum für Vertriebene aus den von der russischen Armee seit Februar 2022 besetzten Gebieten können die Kommunen und Gebietskörperschaften kaum bewältigen. Die Unterbringung erfolgt weitgehend auf privatwirtschaftlicher eben oder durch Nichtregierungsorganisationen.

Krieg macht Reformbedarf sichtbar

Um in den kommenden Jahren die Integration der Ukraine in die Europäische Union zu ermöglichen, wird sich auch der Wohnungsbau verändern müssen. Die Reformen betreffen ordnungspolitische Themenfelder wie das Bodenrecht, darüber hinaus eine Förderung neuer Akteure im Wohnungsbau in Konkurrenz zu den marktbestimmenden Oligarchen und eine neue Wohnkultur, die nicht nur die Monostruktur des Eigentums im vielgeschossigen Investorenprojekt bedient. Käufer von Geschosswohnungen erwerben in der Ukraine nur ein Nutzungsrecht am Boden – aber keinen Grundstücksanteil, der für einen Bankkredit beliehen werden könnte. Für Finanzierungsmodelle mit 20-jähriger Amortisation gibt es in der Ukraine keine Übung. Dieses System erschwert etwa jungen Familien den Zugang zu Wohneigentum, wobei es gleichzeitig an Alternativen auf dem

Seit 1991 hat sich der Wohnungsbestand in der Ukraine lediglich um 7,5 Prozent erhöht

Mietwohnungsmarkt fehlt. Die Förderung von Genossenschaftsmodellen und die Schaffung eines kommunalen Wohnungsbaus – das wesentliche Element einer sozialen Marktwirtschaft – wird sich in den kommenden Jahren zu einer wichtigen Säule der Sozial- und Baupolitik entwickeln. Die gegenwärtige Krise bietet deshalb die einmalige Chance, den Wohnungsmarkt nach dem Krieg zu diversifizieren und sich von postkolonialen Strukturen aus der Sowjetzeit zu emanzipieren. Dies setzt aber auch ein Verständnis voraus, das den Staat von der Erwartungshaltung seiner Bürger entbindet, kostenlosen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Die Ukraine gehört zu den Staaten der ehemaligen sozialistischen Welt, in denen der staatliche Wohnungsbestand Anfang der 1990er Jahre an die Bewohner übertragen und privatisiert wurde. Allerdings wurde in der Ukraine versäumt, den neuen Immobilieneigentümern neben der Wohnung auch einen Grundstücksanteil zu übertragen und diesen im Kataster einzutragen. Eigentümer blieb der Staat, vertreten durch die Kommunen. Hinzu kam, dass der Staat keine Regelung über das Sondereigentum der Hausgemeinschaft traf. Der Bauunterhalt etwa von Treppenhaus, Dachfläche und technischer Infrastruktur fand – wenn überhaupt – nur durch Eigeninitiative der Bewohner statt. An den meisten Wohnbauten der Sowjetzeit zeigt sich die radikale Deregulierung bis heute in Form eines Patchworks von Wohnraumerweiterungen auf Balkonen oder Fassadensanierungen mit dem Ziel einer zusätzlichen Wärmedämmung der Außenwände. Oft wurden diese Basteleien nicht fachgerecht ausgeführt, sodass Bauschäden auch an der Originalsubstanz die Folge sind.

Die kostenlose Übertragung von Immobilieneigentum und die völlige Abwesenheit staatlicher Kontrolle hat auch in der Ukraine zu einem ambivalenten Verhältnis zur Kultur des Wohnens geführt. Erst seit wenigen Jahren organisieren sich Wohnungseigentümer in privaten Gesellschaften, die mit dem ukrainischen Akronym OSBB bezeichnet werden, um gemeinsame Belange des Hauses zu regeln.

Die grundstücksrechtlichen Versäumnisse in den frühen 1990er Jahren beförderten ein System, in dem der Wohnungsneubau nur von großen Entwicklungsgesellschaften übernommen werden konnte, die für ihre Neubauprojekte mit dem Staat über Nutzungsrechte an Grund und Boden verhandelten. In der Ukraine führte das zu einem weitverbreiten Bauträgermodell, bei dem der Käufer vor Baubeginn bis zu 50 Prozent des Kaufpreises anzahlt und den Restbetrag in Raten an den Projektentwickler begleicht. Der Bauträger wird selbst zur Bank und sichert sich die Wohnung bei Zahlungsausfall für sich. Das wirtschaftliche Risiko liegt damit komplett beim Käufer, der je nach finanzieller Potenz seine Altwohnung auf dem Sekundärmarkt verkauft und den Erlös in eine noch nicht existente Neubauwohnung investiert. Bis heute liegt die Eigentumsquote in der Ukraine zwar bei über 85 Prozent. Aber die dramatische Überalterung des Wohnungsbestands und dessen fehlende fachgerechte Instandhaltung wird innerhalb der nächsten Generation dazu führen, dass die sinkenden Verkaufserlöse der wertgeminderten Altbauwohnung einen immer kleineren Anteil bei der Finanzierung der Neubauwohnung ausmachen werden. Steigende Baupreise in der Ukraine werden das gängige Finanzierungsmodell der vergangenen 30 Jahre nach der Auflösung der UdSSR infrage stellen.

Seit 1991 hat sich der Wohnungsbestand in der Ukraine lediglich um 7,5 Prozent erhöht. Selbst während der zehnjährigen sogenannten Stagnationsperiode zwischen 1981 uns 1990 entstanden knapp elf Prozent des heutigen Wohnungsbestands. Auf den Zeitraum zwischen 1971 und 1980 entfallen 16 Prozent. Das heißt, dass zwei Drittel des Wohnungsbestands das Alter eines halben Jahrhunderts überschritten haben. In weniger als zehn Jahren stellen sogar nur noch 20 Prozent des mehrgeschossigen Wohnbaubestands überhaupt noch einen volkswirtschaftlichen Wert dar. Nach Angaben des staatlichen Statistikkomitees der Ukraine zählte der baufällige Wohnraum Ende 2021 bereits 4,3 Millionen Quadratmeter. Hinzu kommen kriegszerstörte Wohnungen im Zeitraum 24. Februar bis 30. Juni 2022 mit einer Gesamtfläche von 15 Millionen Quadratmetern. Nach Angaben der Vorsitzenden der derzeitigen Regierungspartei »Diener des Volkes«, Olena Schuljak, sind von diesen Zerstörungen unmittelbar 800.000 Menschen betroffen. Für den europäischen Flächenstaat mit einer Bevölkerung von über 40 Millionen Menschen stellt die Erneuerung des Wohnungsbestands daher weit mehr als eine Generationenaufgabe dar.

FOTO: PHILIPP MEUSER

Wohnanlage »Fayna Town« in Kiew, entworfen von Archimatika: Am frühen Morgen des 23. März 2022 zerstörte eine russische Rakete drei Apartments. Ein halbes Jahr später sind die Schäden in dieser typischen ukrainischen Wohnimmobilie nicht mehr sichtbar

Eigentümer- statt Mietermarkt

Die sowjetische Wohnungsbaupolitik erreichte einen jährlichen Zuwachs von 0,4 Quadratmetern pro Bürger, was bei einer Bevölkerung von 240 Millionen Menschen etwa 100 Millionen Quadratmetern entsprach – wobei dieser Wert nur zentral erfasst und erst nach parteipolitischer Zustimmung publiziert werden durfte. Dass aber die übliche Wartezeit auf einer Neubauwohnung zehn bis 20 Jahre betrug, mag als Indiz für die Abweichung der tatsächlichen Zahlen von den offiziellen Statistiken dienen. Nichtsdestotrotz bleiben die vom ukrainischen Statistikamt erfassten Jahreswerte von 0,2 Quadratmetern Wohnungsneubau pro Einwohner deutlich unter dem erforderlichen Niveau. In einer freien Wohnungswirtschaft und der üblichen Abschreibung des Immobilienwerts binnen 50 Jahre gilt ein Wert von zwei Prozent als Richtmaß für das jährliche Neubauvolumen. Bei einem Gesamtbestand von knapp über einer Milliarde Quadratmetern Wohnfläche entspräche dies einem jährlichen Bedarf von 20 Millionen Quadratmetern. Tatsächlich betrug die durchschnittliche Jahresproduktion seit 2010 mit zehn Millionen Quadratmetern nur die Hälfte. Diese Unterversorgung des Wohnungsmarkts geht auch

Der ukrainische Immobilienmarkt war seit Einführung der Marktwirtschaft von Turbokapitalismus geprägt

auf die Abwesenheit des Staates bzw. der Kommunen auf dem Wohnungsmarkt zurück. 99 Prozent des Wohnungsbaus in der Ukraine wird Stand 2012 von privaten Bauträgern errichtet. Seit zehn Jahren hat sich dieser Wert nicht wesentlich verändert. Der soziale Wohnungsbau in städtischer Verantwortung, der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten günstige Mieten ermöglicht, spielt keine Rolle.

Der ukrainische Immobilienmarkt war seit der Einführung der Marktwirtschaft nach 1991 zunehmend von turbokapitalistischen Strukturen geprägt. Profite von 30 Prozent und mehr waren nach Einführung der Griwna 1996 infolge einer Hyperflation keine Ausnahme, wenngleich die Rubelkrise 1997 und die globale Finanzkrise 2008 zu einer deutlichen Abkühlung auf dem überhitzten Wohnungsmarkt führte. Die Renditeerwartung der Projektentwickler liegt auch heute noch bei über 20 Prozent, und selbst die privaten Käufer von nicht ausgebauten Wohneinheiten gehen von einer dreifach höheren Rendite als in vergleichbaren westlichen Immobilienmärkten aus. Die Kunden erhalten in Verkaufsprospekten der Developer genaue Übersichten zu monatlichen Zinszahlungen und Tilgungen. Während die Zinsen mit bis zu zehn Prozent deutlich über dem europäischen Niveau liegen, gelten Tilgungsziele von fünf bis sieben Jahre als üblich. Dies führt in der gesamten Immobilienbranche zu einer Dynamik, bei der das eingesetzte Geld schnellstmöglich rückgeführt werden soll. Das in Charkiw ansässige Wohnungsbauunternehmen Worobjowy Gory warb im Herbst 2021 noch mit einer Rendite von 16 Prozent für die Fremdvermietung einer ausgebauten und möblierten Wohnung. Sollte eine solche Immobilie den Angriffen der russischen Armee trotzen, läge die Rendite in der zweitgrößten ukrainischen Stadt nach Kriegsende wohl noch höher. Gegenwärtige Schätzungen gehen in Charkiw von einem Viertel unbewohnbarer Wohnungen aus. Alles spekulativ – in beide Richtungen.

Philipp Meuser ist Ehrenprofessor an der Beketov-Universität in Charkiw

WOHNEN IN DER UKRAINE

Teil 1/3: In einer dreiteiligen Serie erörtert der Berliner Architekt Philipp Meuser den gegenwärtigen Strukturwandel des ukrainischen Wohnungsmarkts.

Bestehen oder vergehen

Die türkische Republik feiert 2023 ihr 100-jähriges Jubiläum

KLAUS-DIETER LEHMANN

Es ist unübersehbar: Die künstlerische Freiheit in der Türkei wird immer stärker eingeschränkt. Allein in den letzten Wochen wurden von den Behörden reihenweise Konzerte, Theaterveranstaltungen und Ausstellungen kurzfristig verboten, weil sie angeblich nicht der türkischen gesellschaftlichen Auffassung entsprechen. Diese Eingriffe geschehen meist kurz vor Beginn, auffallend in Kommunen mit AKP-Verwaltungen. Zwar waren Kulturschaffende und Künstler schon immer im Fadenkreuz der regierenden AKP-Partei, aber das Maß der Behinderung, die Verbotswelle, die Eingriffe durch Zensur und Diffamierung haben eine ganz neue Qualität und Größenordnung. Aktuell erleben wir durch die massive Behinderung eine tiefgehende Spaltung zwischen den säkularen kulturellen und den eher nationalreligiös orientierten Gruppen. Sie wird von Recep Tayyip Erdoğan und seiner AKP bewusst betrieben, um durch die Polarisierung vor allem die Freiheit der Kultur zu treffen, die als unmoralisch und verräterisch dargestellt wird. Es trifft auch Minderheiten, insbesondere Kurden. Auch die vor dem Krieg in Syrien Geflüchteten mit mehr als vier Millionen machen inzwischen einen signifikanten Anteil der Bevölkerung aus. Das ist das Dilemma der Türkei: der immer tiefer werdende Graben in der Gesellschaft, der einerseits bei den Kulturschaffenden zu einer großen Solidarität führt und andererseits die Abwehrkräfte starrer gesellschaftlicher Auffassungen gegen Veränderungen noch weiter unversöhnlich stärkt.

Die Ursachen für dieses rabiate Vorgehen sind wohl die anstehenden Wahlen 2023 zum Präsidentenamt und zum Parlament, die spätestens in zehn Monaten stattfinden müssen. Die AKP liegt bei den Umfragen bei weniger als 30 Prozent, ein Sieger sieht anders aus. Die Regierung Erdoğan steht unter Druck. Die Zahl der Neuwähler ist hoch. Und gerade dort herrscht hohe Arbeitslosigkeit. Offiziell liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei ca. 25 Prozent. Die Türkei leidet unter einer Hyperinflation von offiziell 54 Prozent, die Lira ist im Sinkflug. Ob die außenpolitischen Erfolge ausreichen, dies auszugleichen, ist fraglich, auch wenn Erdoğan die momentane Weltlage, auch mit Russland, strategisch klug nutzt. Der Wahlkampf hat schon längst begonnen. 2023 feiert die Türkei zudem ihr 100-jähriges Bestehen. Damit will man innenpolitisch punkten und schließt deshalb die Reihen so eng wie möglich und lässt keine Veränderungen zu. Die Medien sind überwiegend schon auf Linie in ihrer regierungstreuen Berichterstattung. Gegen Erdoğan wird ein sehr heterogenes Sechs-Parteien-Bündnis antreten, das Chancen haben könnte. Bisher liegt jedoch noch kein gemeinsames Programm vor. Das derzeitige Wahlrecht, bei dem sich mehrere Parteien zu einem Block zusammenschließen können, wird wohl im April abgelöst durch ein Verfahren, bei dem jede Partei einzeln antreten muss und der neuen Sperrklausel von sieben Prozent unterliegt. Es werden also überall Hürden aufgebaut, um der Regierungspartei Vorteile zu verschaffen.

Bildung und Kultur sind die Elemente, die Gesellschaften verändern können und starre Verhaltensmuster hinterfragen. Es ist daher eine demokratische Aufgabe von Staaten und seiner Kulturmittler, Kunst und Kultur nicht nur zu verteidigen, sondern Räume zu schaffen, in denen sich Kunst frei entfalten und sich öffnen kann.

Diese Innovationskraft zur Erneuerung wird in der Türkei bewusst unterbunden. So wurde z. B. inzwischen ein Hochschulgesetz verabschiedet, mit dem die Autonomie aller Universitäten abgeschafft wurde. Zahlreiche Akademiker und Angestellte an Hochschulen wurden als Vaterlandsverräter, insbesondere nach dem Putsch von 2016, in großem Umfang entlassen, Intellektuelle kriminalisiert. Staatliche Förderung erhalten freie Einrichtungen kaum, Förderstrukturen fehlen. Andererseits kommen neue künstlerische Impulse fast ausschließlich von ihnen. Die noch bis vor Kurzem vibrierende Kulturszene wird sowohl durch die Währungskrise mit ihren explodierenden Kosten und den abnehmenden Zuschauerzahlen als auch durch den politischen Druck ausgezehrt und isoliert. Der Austausch mit der Welt leidet darunter massiv. Es kommen immer weniger ausländische Künstler in die Türkei, ebenso sind die Zeiten vorbei, in denen türkische Kulturschaffende ins Ausland reisen konnten. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass türkische Start-ups boomen, nicht selten aus dem Sektor der Kultur- und Kreativindustrie, finanziert durch internationale Investoren.

Auch die deutsch-türkischen Beziehungen haben sich in der letzten Zeit verschlechtert, obwohl hier traditionell eine enge Zusammenarbeit besteht. Gegenwärtig leben ca. drei Millionen Menschen in Deutschland, die ihre Wurzeln in der Türkei haben. Das schafft eine besondere Nähe zwischen den Ländern. Ungeachtet des Stimmungswechsels setzen die Goethe-Institute in Istanbul, Ankara und Izmir gemeinsam mit ihren Partnerinstitutionen ihre Arbeit fort. Eine direkte politische Einflussnahme auf die Arbeit gibt es nur im Bereich der Bildung. Das Erziehungsministerium verlangt mehr und mehr Programmanpassungen an die religiösen Grundwerte. In der Kulturarbeit gibt es noch keine direkte Zensur oder Einmischung. Die Bedeutung von physischen Räumen hat im angespannten politischen Raum zugenommen. Sie sind entscheidend für die unabhängige kulturelle Zivilgesellschaft, innerhalb und außerhalb der großen Städte. Deshalb öffnen Goethe-Institute zunehmend ihre Häuser für Gruppen, die ansonsten abgewiesen werden. Von Bedeutung ist das Projekt »Orte der Kultur«. Es wendet sich durch die Anmietung von Ladenlokalen an Kulturakteure und lokale Einrichtungen mit dem Ziel der direkten Kulturarbeit und Vernetzung. Die von der EU geförderte Initiative »Culture Civic« unterstützt Kulturakteure im ganzen Land über die Vergabe von Grants. Ein bedeutender Schritt war 2011 die Gründung der Kulturakademie Tarabya in Istanbul, betrieben von der Deutschen Botschaft, in der kuratorischen Verantwortung des Goethe-Instituts. Seit 2020 werden auch deutsch-türkische Koproduktionsstipendien vergeben und vermehrt Exkursionen der Kulturakademie auch außerhalb der Ballungszentren durchgeführt. Das jährliche Sommerfestival in Tarabya zieht mehr als 1.000 Besucher an. Diese Strahlkraft gibt Hoffnung, auch durch das umfangreiche Alumni-Konzept.

> **In den letzten Wochen wurden reihenweise Kulturveranstaltungen verboten**

Die aktuell im Haushaltsentwurf 2023 beabsichtigten drastischen Haushaltskürzungen der deutschen Bundesregierung für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik würden die jetzt noch existierenden gemeinsamen kulturellen Freiräume erheblich einschränken oder sogar eliminieren und damit die Zivilgesellschaft schwächen, nicht nur in der Türkei, sondern überall dort, wo die Politik gegen die Kultur arbeitet. Das wäre ein Fiasko.

Klaus-Dieter Lehmann ist Kulturmittler. Er war Präsident des Goethe-Instituts und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie Generaldirektor der Deutschen Bibliothek

Die ganze Welt in einem Heft

Ausgabe 4/2022

Themenschwerpunkt Frauen in Afghanistan

Ab 1. Oktober am Kiosk oder zu bestellen unter kulturaustausch@ifa.de

KULTUR AUSTAUSCH

»Eines Tages werde ich zurückkehren«

Die afghanische Fotografin Fatimah Hossaini im Gespräch

Seit August 2021 lebt Fatimah Hossaini im Exil. Von Paris aus setzt sich die afghanische Fotografin und Aktivistin, die in Teheran, Iran, aufgewachsen und 2018 wieder nach Afghanistan zurückgekehrt ist, weiter für die Rechte afghanischer Frauen ein. In Kabul gründete sie zuvor die Organisation Mastooraat, die sich für Frauen, junge Menschen und Kunst in Afghanistan einsetzt. Ulrike Scheffer spricht mir ihr über ihre Fluchterfahrung und das Leben als freie Künstlerin im Pariser Exil.

Ulrike Scheffer: Frau Hossaini, Sie gehörten zu den Flüchtenden aus Afghanistan, die nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 tagelang am Flughafen in Kabul auf einen rettenden Flug ins Ausland gewartet haben. Schließlich fanden Sie Aufnahme in Frankreich und leben heute in Paris. Wie haben Sie sich dort eingelebt?
Fatimah Hossaini: Ich hätte nie gedacht, dass ich noch einmal gezwungen sein würde, als Geflüchtete zu leben. Meine Großeltern flohen während des sowjetischen Krieges in Afghanistan in den Iran. Dort bin ich aufgewachsen. Trotz der langen Zeit hatte meine Familie allerdings immer einen Geflüchtetenstatus. Wir wurden nie als Staatsbürger anerkannt. Das war ein Grund für mich, nach Afghanistan zurückzukehren. Und nun sitze ich hier in Paris und bin zum zweiten Mal zur Geflüchteten geworden. Das ist eine traumatische Erfahrung. Dieser Schmerz, Afghanistan verloren zu haben, ist immer bei mir. Aber Paris ist andererseits natürlich eine aufregende Stadt, besonders für eine Künstlerin. Ich bin Frankreich sehr dankbar, dass ich hier sein kann. Frankreich hat mein Leben gerettet. Und meine Karriere.

In Afghanistan haben mutige Frauen viele Monate lang gegen die frauenverachtende Politik der Taliban demonstriert, obwohl sie schlimme Konsequenzen befürchten mussten. Gibt es solche Proteste noch immer?
In den mehr als 20 Jahren seit der ersten Talibanherrschaft ist eine neue Generation von Frauen herangewachsen. Diese Frauen sind nicht bereit, sich den Regeln der Taliban zu unterwerfen. Sie protestieren weiter. Ich bewundere sie sehr, denn sie gehen ein hohes Risiko ein. Diese Stärke und die Widerstandskraft haben mich schon immer beeindruckt. Das versuche ich auch mit meinen Fotos zu spiegeln. Auch sie zeigen die Widerstandskraft, die Schönheit und die Hoffnung afghanischer Frauen. Sie wollen mehr als gleiche Rechte in der Verfassung, sie wollen frei sein.

Die Taliban hatten versprochen, Frauenrechte zu achten. Waren das nur leere Versprechen?
Die Taliban haben sich nicht verändert. Sie sind Terroristen. Sie wissen nichts über die Frauen in Afghanistan. Dennoch haben sie – damals wie heute – vor allem Frauen als Ziel ihres Terrors ausgewählt. Die Männer können weiter ihrer Arbeit nachgehen, sie können sich frei bewegen. Ihr Alltag verläuft weitgehend normal, während das Leben der Frauen ausgelöscht wurde. Die Frauen sind aus der Gesellschaft verschwunden.

Wie ergeht es Künstlerinnen, die im Land geblieben sind?
Ehrlicherweise muss man sagen, dass es Künstlerinnen, aber auch Künstler vor der Rückkehr der Taliban ebenfalls nicht leicht hatten. In einem Konfliktgebiet interessiert sich die Regierung wenig für Kunst. Sie fördert sie nicht. Kunst zu machen war daher auch zur Zeit der Republik eine Herausforderung. Nun ist die Situation natürlich noch einmal eine ganz andere. Wie soll jemand an Kunst denken, wenn ihm grundlegende Rechte vorenthalten werden? Die Taliban haben die Kunstfakultät an der Kabuler Universität, an der ich gelehrt habe, geschlossen. Meine Studentinnen sitzen nun zu Hause. Sie machen Selbstporträts oder fotografieren durchs Fenster, um die Stimmung draußen einzufangen.

Sie erleben die Entwicklungen nun aus der Ferne. Wie fühlt es sich für Sie an, nicht mehr in Ihrer Wahlheimat leben zu können?
Es ist schwer, in Worte zu fassen, was das für mich bedeutet. Meine Seele ist zerbrochen. Ich versuche aber, weiter meine Stimme zu erheben, für die Frauen, die noch immer in Afghanistan leben. Und ich versuche, weiter künstlerisch tätig zu sein. Denn auch damit setze ich ein Zeichen, dass Frauen aus Afghanistan nicht einfach hinnehmen, wie ihre Rechte mit Füßen getreten werden.

Sie waren erst 2018 nach Kabul gezogen. Wie kam es zu dieser Entscheidung?
Ich hatte immer Sehnsucht nach Afghanistan, dem Land meiner Großeltern. Als ich 2013 zum ersten Mal nach Kabul kam, war das wunderbar. Ich habe mich viel freier gefühlt als in Teheran. Dort konnte ich sagen, was ich denke, ohne Angst haben zu müssen, verhaftet zu werden. Es gab auch keine Kleidervorschriften für Frauen, anders als beispielsweise im Iran. Als Künstlerin konnte ich mich frei bewegen und entfalten.

Westliche Medien berichteten schon vor der Machtübernahme der Taliban insbesondere über Anschläge, Armut und schwierige Lebensbedingungen von Frauen in Afghanistan. Wie passt das mit Ihrer Wahrnehmung zusammen?
Im Ausland wurde ein sehr einseitiges Bild von Afghanistan vermittelt. Die Sicherheitslage war schlecht, das stimmt. Es gab viele Terroranschläge und gezielte Tötungen. Doch in all dieser Dunkelheit gab es viele Lichter der Hoffnung in Kabul. Frauen saßen in Cafés, arbeiteten, eröffneten Geschäfte oder besuchten die Universität. In meinen Seminaren an der Uni saßen sogar mehr Frauen als Männer.

In Ihrem künstlerischen Werk haben Sie bewusst diese andere Seite Afghanistans gezeigt und dabei Frauen in den Mittelpunkt gerückt. Was hat Sie besonders inspiriert?
Wenn ich mit meiner Kamera auf den Straßen Kabuls unterwegs war, begegnete ich vielen interessanten Frauen. Sie haben individuelle Geschichten und ganz unterschiedliche Charaktere. Sie sind schön und stark. Auch auf dem Land stechen die Frauen hervor in ihren farbenfrohen Kleidern aus traditionellen Stoffen. Das wollte ich unbedingt zeigen, um dem Bild, das die Welt von afghanischen Frauen hat – von anonymen Gestalten in einer Burka –, etwas entgegenzusetzen. Ich wollte auch das Narrativ der Burka verändern. Auf einem meiner Bilder ist eine Frau zu sehen, die am Steuer eines Autos sitzt, ihre Burka nach hinten geschlagen hat und eine Zigarette raucht. Das Rauchen ist ein Symbol ihrer Freiheit, die ihr auch die aufgezwungene Burka nicht nehmen kann.

Wie steht es um die Menschen im Exil, besonders um Künstlerinnen, die wie Sie Afghanistan verlassen haben? Erhalten sie Unterstützung?
Ich persönlich erhalte viel Unterstützung. Ich wurde beispielsweise eingeladen, meine Bilder hier in Frankreich auf dem Fotografie-Festival »Visions de l'Orient« in La Gacilly zu präsentieren. Es war ein sehr emotionaler Moment für mich, sie dort zu sehen. Auch andere Künstlerinnen, die ich kenne, können ihre Arbeit im Exil fortsetzen.

Vernetzen Sie sich untereinander?
Ich stehe mit vielen geflohenen Künstlerinnen und Künstlern aus Afghanistan in Kontakt. Sie sind über die ganze Welt verstreut. Wir alle leiden darunter, von unserer Kultur abgeschnitten zu sein. Wie soll man da künstlerisch tätig sein? Hier in Paris treffe ich viele Afghaninnen und Afghanen in einem Atelier, das eine Hilfsorganisation für Künstler im Exil eingerichtet hat. Das hilft uns, mit der schwierigen Situation umzugehen und weiterzumachen.

Welche Möglichkeiten der Einflussnahme besitzen afghanische Künstlerinnen und Künstler im Exil auf die politischen Entwicklungen in Afghanistan?
Ich denke nicht, dass wir an der politischen Situation etwas ändern können. Als Künstlerinnen und Künstler können wir jedoch Geschichten über die Menschen in Afghanistan erzählen, über ihr Leben früher und heute. So können wir einen Beitrag leisten, dass Afghanistan nicht vergessen wird.

In Ihrer Arbeit setzen Sie sich nun mit dem Thema Frauen im Exil auseinander, indem Sie prominente Afghaninnen in ihrer neuen Lebenssituation fotografieren. Was genau wollen Sie zeigen?
Ich sehe das als Fortsetzung meiner Fotoserie »Schönheit inmitten des Krieges«. Das Exil ist ja auch Teil des Krieges. Und auch hier haben die Frauen ihre Würde behalten. Doch auch die Last des Exils kommt zum Ausdruck. Die Schauspielerin Yasamin Yarmal etwa habe ich gemeinsam mit ihren Töchtern im heruntergekommenen Treppenhaus ihrer Pariser Unterkunft aufgenommen, die Sängerin und Schauspielerin Shegofa Ibrahimi in einem tristen Hinterhof in Lyon.

Träumen Sie davon, irgendwann nach Afghanistan zurückzukehren?
Davon träume ich jeden Tag. Wenn ich morgens aufwache, denke ich daran, was ich tun würde, wäre ich jetzt in Afghanistan. Bei der Aufnahme in Frankreich musste ich allerdings unterschreiben, dass ich nicht mehr nach Afghanistan reise. Mein afghanischer Pass wurde eingezogen. Das ist emotional sehr belastend für mich. Dennoch: Eines Tages werde ich zurückkehren. Ganz sicher.

Vielen Dank.

FOTO: FATIMAH HOSSAINI

Das Werk »Burqa behind the steering wheel« der Fotografin und Frauenrechtlerin Fatimah Hossaini

Fatimah Hossaini ist Fotografin und Frauenrechtlerin. Ulrike Scheffer ist freie Journalistin und Autorin

IM EXIL

Im Oktober startet das Goethe-Institut das Projekt »Goethe-Institut im Exil« in Berlin mit dem Schwerpunkt zur Ukraine. Im Frühjahr 2023 bringt es afghanische Künstler*innen aus Deutschland und Europa zusammen: goethe.de/exil. Politik & Kultur widmete im Juni 2019 dem Thema Exil den Schwerpunkt. Hier kann die Ausgabe nachgelesen werden: bit.ly/2VXcjmu

GOETHES WELT

In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut veröffentlicht Politik & Kultur in jeder Ausgabe einen gemeinsamen Beitrag. Dieser Text entstand innerhalb des thematischen Schwerpunkts des Goethe-Instituts zur Unterstützung und zum Schutz gefährdeter Künstlerinnen und Künstler.

Der Streaming-Boom ist ausgebremst

Die Besucherzahlen im Kino steigen wieder – doch was bringt der Herbst?

HELMUT HARTUNG

Mitte September fand deutschlandweit das erste Kinofest statt. Es wurde nicht nur der bisherige Besucherrekord des Jahres gebrochen, sondern sogar an das besucherstärkste Vergleichswochenende der letzten zehn Jahre, im September 2019, angeknüpft. Die teilnehmenden 685 Kinos mit ihren 3.193 Leinwänden und 560.878 Plätzen konnten fast 1,1 Millionen Besucher verzeichnen. Ziel der Branchenverbände HDF KINO, AG Kino, Bundesverband Kommunale Filmarbeit, Verband der Filmverleiher und der AG Verleih war es, das Kino zu feiern und den Besuchern mit einem preiswerten Angebot die Magie der großen Leinwand zurückzubringen. Das scheint gelungen. Allerdings können diese guten Zahlen nicht überdecken, dass es bisher 2022 noch nicht so gut gelaufen ist. Auch im ersten Halbjahr 2022 hatte die Coronapandemie auf den deutschen Kinomarkt deutliche Auswirkungen. 2022 konnten die Kinos von Anfang an öffnen – wenn auch unter teils strikten Zugangsbeschränkungen bis in den April hinein. Im Vergleich mit 2019 – dem letzten Jahr mit normalem Kinobetrieb – ist die Zahl der Kinobesuche um 38,1 Prozent auf 33,2 Millionen gesunken, der Umsatz um 33,8 Prozent auf 305,7 Millionen Euro. Zwar sind die Einnahmen im Juni sogar um 14,2 Prozent gestiegen, allerdings ist diese Steigerung zum Teil auf höhere Eintrittspreise zurückzuführen, die im Vergleich zum ersten Halbjahr 2019 um 7,1 Prozent auf durchschnittlich 9,21 Euro gestiegen sind. Tom Cruise war mit »Top Gun: Maverick« in den deutschen Kinos diesen Sommer so erfolgreich wie seit 17 Jahren nicht mehr. In Deutschland verzeichnete die Fortsetzung des Films bis Anfang September insgesamt 3.480.724 Kinobesucher und konnte den zweiten Platz der erfolgreichsten Filme des Jahres 2022 in Deutschland belegen. Die Nummer eins ist »Minions – Auf der Suche nach dem Mini-Boss« mit 3.718.922 Besuchern. Erfolgreichster deutscher Film ist bisher »Wunderschön«, der 1.649.240 Kinofans anlockte.

Das Kinojahr 2022 bleibt weiterhin schwierig

Auch im dritten Pandemiejahr hat sich der Kinobestand in Deutschland insgesamt kaum verändert. Die Zahl der Kinos, der Standorte und der Leinwände ist weitestgehend konstant geblieben. Ob das weiterhin so bleibt, ist unsicher, denn auch die Kinos müssen mit steigenden Energiepreisen und anderen höheren Kosten im Herbst kalkulieren. Für eine Erhöhung der Kinopreise besteht aufgrund rückläufiger Konsumausgaben der Bürger nur ein geringer Spielraum. Zudem findet in der traditionell besten Kinozeit, im November und Dezember, die Fußball-WM statt. Nach dem jüngsten politischen Hick-Hack um die Coronaschutzmaßnahmen ist nicht sicher, inwieweit diese Kultureinrichtungen in den nächsten Monaten darunter leiden werden. Auch der Wandel beim Kinobesuch setzt sich nach den vorliegenden Zahlen fort. Die Jüngeren sind noch für große Eventfilme zu begeistern, während die Älteren ab 45, das Kino verstärkt meiden. Deshalb sind die Arthouse- und Programmkinos von den schwindenden Besucherzahlen am meisten betroffen, trotz der Coronahilfen, die noch bis 2023 laufen.

Aber nicht nur die Wirtschafts- oder Coronakrise bedrohen die traditionelle Kinolandschaft und Kinofilmproduktion, sondern auch der Wandel in der Mediennutzung. Zeitweilig geschlossene oder eingeschränkt nutzbare Filmtheater führen auch zu einer Entwöhnung vom Kulturort Kino. Der Ausbau der Streamingangebote, leistungsfähigere TV-Technik und die Gewöhnung an kleinere »Leinwände« sind zunehmend für ehemalige Kinogänger scheinbar eine Alternative. So hat Samsung auf der IFA 2022 in Berlin einen erneut größeren QLED-TV vorgestellt. Der »Fernseher« verfügt über eine beeindruckende Bildschirmdiagonale von 247 Zentimetern und bedient den Trend immer mächtigeren Screens für zu Hause.

Streamingnutzung nimmt weiter zu

Laut aktueller Ergebnisse des Convergence Monitor 2022 des Meinungsforschungsinstituts Kantar wächst die Online-Videonutzung weiter: 76,0 Prozent der Bevölkerung zwischen 14 und 69 Jahre geben an, mindestens einmal pro Monat Bewegtbild online zu nutzen. Filme stehen an erster Stelle. In den Niveaus zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede: 62,9 Prozent geben an, im linearen TV am liebsten Filme zu sehen. Die Mediatheken der Fernsehsender liegen mit 61,8 Prozent fast gleichauf. Bei Streamingdiensten fällt diese Präferenz mit 83,4 Prozent klarer aus. Dort rangieren Serien auf Platz 2, mit 67,4 Prozent. Auch in Mediatheken und im TV sind Serien beliebt (42,7 % vs. 38,2 %).

Dabei bleibt die Mediatheken-Nutzung insgesamt mit 29,9 Prozent auf einem konstanten Niveau (2021: 29,9 %). Der Anteil derjenigen, die Filme, Serien und Dokus kostenpflichtig streamen, wächst jedoch erneut deutlich auf nunmehr 38,0 Prozent. Im Vorjahr waren es noch 33,9 Prozent. 83 Prozent der Jugendlichen haben zu Hause Zugang zu einem Videostreamingdienst wie Netflix oder Amazon Prime. In diesen Zahlen spiegele sich das steigende Angebot an VoD-Plattformen, die zunehmende Attraktivität der unterschiedlichen Dienste, aber auch die anhaltende Relevanz des »großen Bildschirms« als wichtigstes Gerät für die Video-Nutzung wider, sagt Kerstin Niederauer-Kopf, Vorsitzende der Geschäftsführung der AGF-Videoforschung.

So verfügen mittlerweile 60,9 Prozent der Haushalte über ein internetfähiges TV-Gerät (2021: 55,2 %). In 95,0 Prozent dieser Haushalte handelt es sich dabei um ein Smart TV-Gerät (2021: 89,7 %). Auch eine andere technologische Neuerung setzt sich nun immer weiter durch: der hochauflösende Standard 4K/8K/Ultra HD: Jeder dritte Haushalt kann mittlerweile in dieser Qualität Inhalte aus TV und Streaming sehen (32,2 %, 2021: 29,0 %).

Durchschnittlich 22 Euro im Monat sind den deutschen Haushalten ihre Streamingdienste wert. 15,6 Prozent derjenigen, die mindestens ein Streamingabo haben, geben sogar über 30 Euro monatlich aus. Auf Netflix entfallen im Schnitt zwölf Euro, zehn Euro sind es für Prime Video – ebenso viel wird durchschnittlich für Disney+ ausgegeben. Mit 27,3 Prozent investiert der Großteil der Haushalte monatlich zwischen elf und 20 Euro dafür. Sechs bis zehn Euro bezahlen 22,7 Prozent. Der durchschnittliche Preis für ein Kinoticket betrug im ersten Halbjahr 9,21 Euro. Der Basis-Tarif bei Netflix ist für 7,99 Euro monatlich zu haben. Amazon Prime kostet 8,99 Euro.

Das goldene Zeitalter der Streamingdienste ist vorbei

Doch auch für Netflix und Co. wird es schwieriger, ausreichend zahlungsfreudiges Publikum zu erreichen. Die goldenen Zeiten, in denen man mit immer teureren Serien neue Nutzer ködern konnte, scheinen vorbei zu sein. Die Konkurrenz im Streamingmarkt wird größer und die Angebote differenzieren sich weiter aus.

Die Welt des Streamings hat sich innerhalb eines Jahres verändert. Aus kühnen Wachstumsprognosen, die auch durch Nutzungszahlen während der Coronapandemie 2020/2021 befeuert worden sind, ist nun ein vorsichtiges Abwägen geworden. Netflix und andere Plattformen sorgen inzwischen nicht mehr nur mit steigenden Umsatzzahlen für Schlagzeilen, sondern auch mit Plänen für Personalabbau, die Platzierung von Werbung sowie die teilweise Reduzierung der Produktionen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ZUMAPRESS.COM | PARAMOUNT PICTURES

Der Film »Top Gun: Maverick« konnte den zweiten Platz der erfolgreichsten Filme des Jahres 2022 in Deutschland belegen

Die Beraterfirma Deloitte rechnet damit, dass rund 150 Millionen Menschen 2022 ein Streamingabonnement kündigen werden. Die Ursachen seien vielfältig. Einerseits nehme die Fragmentierung zu, was dazu motiviere, sich kurzfristiger zu binden und Anbieter-Hopping zu betreiben. Andererseits sorge die wachsende Inflation dafür, dass die Bereitschaft der Menschen sinke, für Streamingplattform viel Geld auszugeben. Die Analysten sind sich einig, dass es in Zukunft zum Absterben einiger Anbieter kommen werde. Heute konkurrieren neben Plattformen wie Amazon Prime Video, Apple TV+ und Netflix auch noch die Dienste der Hollywood-Studios wie Disney+, Discovery, HBO Max, Paramount+ und Peacock miteinander.

Die Coronakrise, so Deloitte, habe Streaminganbietern zwar ein immenses Wachstum beschert, doch nun würden sich die Menschen wieder verstärkt anderen Dingen zuwenden. Netflix spürt das rückläufige Wachstum bereits und enttäuschte damit auch die Aktionäre. Mittlerweile investieren mehrere Streaminganbieter teilweise 100 bis 200 Millionen US-Dollar in einzelne Filme oder Serien. Doch das wird sich wirtschaftlich laut Marktbeobachter am Ende nicht dauerhaft für die Mehrheit der Plattformen auszahlen. Die Träumerei hat ein Ende und mit ihr das oft beschworene goldene Zeitalter der anscheinend sorgenfreien Streamingdienste. Nicht nur Netflix wird von der Realität eingeholt und muss sich von Hunderten Mitarbeitern trennen sowie die Programmstrategie anpassen, auch HBO Max reduziert seine globalen Ambitionen. Das Überangebot von Plattformen und Inhalten haben einen vorläufigen Sättigungsgrad erreicht. Die Streamingdienste entdecken zudem zunehmend die Werbung für sich. Die jüngste Kehrtwende von Netflix, vor dem Hintergrund stagnierender Abo-Verkäufe ein werbefinanziertes Angebot zu starten, zeigt, dass alle Prognosen in diesem Bereich von kurzer Lebensdauer sind. Selbst Amazon hat mit Freevee einen werbefinanzierten Dienst gegründet.

Auch unter deutschen Produzenten ist die Euphorie einer sachlichen Beurteilung gewichen. So sagte Constantin-Vorstandschef Martin Moszkowicz der Online-Plattform DWDL: »Wir alle machen gute Umsätze mit den Streamern, aber wir alle verdienen daran zu wenig, weil das Geschäftsmodell für Produzenten nicht margenstark genug ist.« Angesichts der jüngsten Einschnitte und Reduzierungen bei Netflix und HBO Max, denen mutmaßlich weitere folgen werden, konstatiert Moszkowicz: »Die Goldgräberzeit im Streaming ist vorbei, aber das sehe ich eher als positive Entwicklung. Denn jetzt kommt es auf das an, worin wir ohnehin stark sind – kommerzielle Qualität mit besonderen Programmen, die bei den Zuschauern ankommen, und nicht nur Volumen um jeden Preis.« Streaming hat die Art und Weise, wie wir Bewegtbilder konsumieren, verändert und spielt inzwischen eine wichtige Rolle in unserer Freizeit. Es wird weiterwachsen, aber nicht im bisherigen Tempo.

US-Studios setzen wieder auf Kinopremieren

Das sah vor einem Jahr noch ganz anders aus »If the stream works, the dream works« – so war ein Panel der Consumer Electronics Show in Las Vegas 2021, der größten Fachmesse für Unterhaltungselektronik überschrieben und sollte vom Siegeszug des Streamings gegenüber dem Kino und dem klassischen Fernsehen künden. Nicht mehr diese Medien sollten die Traumwelten schaffen, sondern die Streamingplattformen, deren Nutzung seit Monaten stetig stieg. Es war fraglich, ob Blockbuster wie die »Marvel«-Reihe und »Star Wars« noch weiterhin zuerst den Weg in die Kinos finden könnten. Disneys 200 Millionen US-Dollar teurer Spielfilm-Remake des Trickfilmklassikers »Mulan«, ursprünglich für das Kino bestimmt, war ab September 2020 on Demand verfügbar. Zu einem Extra-Preis von rund 25 Euro bleibt der Film über das rebellische Mädchen Hua Mulan so lange in der Bibliothek abrufbar, wie der Kunde ein Abo beim Streamingdienst besitzt. Nicht nur in den USA, sondern weltweit können Disney+-Kunden den Film sehen. Wie man hört, durchaus finanziell erfolgreich. Weitere Streamingpremieren hatte das Studio deshalb nicht ausgeschlossen. Auch andere Studios wie Paramount oder WarnerMedia kreierten Online-Premieren und liebäugelten damit, ihrer Plattform künftig den Vorrang vor dem Kino zu geben. Doch im August dieses Jahres änderte die neue Führung des fusionierten Medienkonzerns Warner Bros. Discovery seine Strategie: Dem Kino soll wieder der Vorrang gehören. Da Warner einen Umsatzrückgang im 2. Quartal dieses Jahres um drei Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal hinnehmen musste und einen Netto-Verlust von 3,4 Milliarden US-Dollar auswies, wurde das bisherige Streamingkonzept aufgegeben. Warner wollte seinen Abo-Dienstes HBO Max schnell ausbauen und weltweit präsent sein. Dafür sollten große Filme nicht zuerst ins Kino kommen, sondern den eigenen Streamingdienst aufwerten. Doch dieses Modell verspricht weniger Gewinn als das bewährte Auswertungssystem mit verschiedenen Stufen – vom Kino über Einzelabrufe bis zu Subscription-Video-on-Demand (SVoD), Pay-TV und Free-TV. Warner Bros. Discovery setzt auch weiterhin auf Erstveröffentlichungen im Kino.

Diese Veränderungen verschaffen den Kinobetreibern ein wenig Luft, bei der Anpassung ihrer Häuser und Angebote an eine veränderte Medienlandschaft. Mehr noch als von der Coronapandemie müssen sie die Besucher vom Mehrwert eines Kinobesuchs überzeugen. Die US-Blockbuster werden damit wohl auch künftig keinen Bogen um die Filmtheater machen. Doch das allein wird nicht ausreichen.

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

Mit den Fingern in der Steckdose der Zeit

Die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy im Porträt

ANDREAS KOLB

Das anschaulichste Porträt von Bénédicte Savoy ist bereits von ihr selbst verfasst worden. Es ist ein schmales Bändchen mit dem Titel »Museen«, erschienen im Greven Verlag Köln 2019, und beginnt mit der Schilderung einer Szene im elterlichen Wohnzimmer: »Paris 1978. Meine Eltern haben einen Fernseher. Es gehört für französische Kinder der 1970er Jahre zu den täglichen Ritualen, jeden Abend mit den Eltern die Nachrichten zu schauen, dann kommt die Werbung, dann geht man ins Bett.« Savoy ist sich sicher, dass sie als kleines Mädchen vor dem Bildschirm gesessen haben muss, als der prominente Nachrichtensprecher Roger Gicquel vom Appell des Generaldirektors der UNESCO, Amadou-Mahtar M'Bow, sprach, in dem dieser verlangte, »für eine Rückkehr von Kunstwerken in ihre Ursprungsländer zu sorgen, die sie unter Umständen verloren haben, die man besser nicht allzu genau beschreibt«.

In dieser französischen Tagesschau ging es tatsächlich um Restitution und Kunstraub. 1978 war Bénédicte Savoy gerade mal sechs Jahre alt. Vor mehr als 40 Jahren war also das Thema Restitution bereits brandaktuell und man wundert sich mit ihr, wieso diese Debatte, die derzeit die Kunst- und Museumswelt in ihren Grundfesten erschüttert, so lange von der Agenda der Kulturpolitik verschwinden konnte.

In diesem Selbstbildnis, das sechsjährige Mädchen vor dem TV-Apparat, verortet sich die französische Kunsthistorikerin, die – zusammen mit dem senegalesischen Wissenschaftler Felwine Sarr – aufgrund ihres Engagements in der weltweiten Restitutionsdebatte vom ArtReview im Jahr 2020 zu den 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Kunstwelt gezählt wurde. 2021 gefolgt vom Times Magazin, das beide zu den 100 einflussreichsten Personen der Welt rechnete.

Von 2012 bis 2021 war Bénédicte Savoy Mitglied der Kulturstiftung des Bundes. Im März 2015 war sie von der damaligen Kulturstaatsministerin Monika Grütters als Expertin für Translokation und Restitution afrikanischer Kulturgüter eingeladen worden, Mitglied im Beratergremium des Humboldt Forums in Berlin zu werden. Das größte und teuerste Museumsprojekt in Europa steckte in einer Krise. Wegen fachlicher Differenzen verließ Savoy bereits 2017 wieder den Expertenbeirat des Humboldt Forums. Heute ist es schon wieder drei Jahre her, dass Savoys Vorlesung »Museen« publiziert wurde, doch die Kunstgeschichte bleibt nicht stehen. Das weiß niemand besser als unsere Protagonistin.

FOTO: PETER RIGAUD

Für ihr Engagement wurde Bénédicte Savoy auch mit dem Deutschen Kulturpolitikpreis ausgezeichnet

Dieses Porträt von Bénédicte Savoy kann als »Upgrade« aufgefasst werden, denn am 21. September 2022 hat sie den Deutschen Kulturpolitikpreis des Deutschen Kulturrates entgegengenommen. Es ist nicht ihr erster Preis, in den vergangenen zehn Jahren waren es sage und schreibe 14 Auszeichnungen. Dennoch bedeutet Savoy der Deutsche Kulturpolitikpreis besonders viel, denn die Reaktionen der Fachwelt und der Öffentlichkeit auf ihren Einsatz für Transparenz in Museen waren bekanntermaßen heftig. »Museen sind mein Zuhause, ich bin da gerne. Museumsleute sind sehr lange meine Freunde gewesen – und viele sind es noch! Das ist mein Milieu. 2017 bin ich aus dem Beirat des Humboldt Forums ausgetreten, plötzlich gab es gerade in Berlin sehr viel Gegenwind, Aggression muss ich fast sagen. Das hat mich nicht allzu sehr gestört, weil ich das große Glück habe, einen inneren Kompass zu haben, der mir die Richtung weist. Dieser Kompass orientiert sich an historisch belegten Fakten, wie sie z. B. in Archiven dokumentiert sind. Meine Arbeit besteht lediglich darin, solche Fakten zu beleuchten. Nicht diejenige, die die Taschenlampe darauf hält, ist krass, sondern die Fakten selbst.

Aber es schüttelt einen schon, wenn man so stark angefeindet wird. Es war nicht mehr gemütlich. Mittlerweile sagen alle, die vor vier, fünf Jahren unangenehm geworden waren, ja zur Restitution. Das sind Menschen, die ihre Meinung mit dem Wind ändern, was auch positiv sein kann. Mit dem Kulturpolitikpreis wird ein Bedürfnis nach historischer Transparenz anerkannt, das viele Menschen haben.«

»Kunstraub, Umgang mit geraubter Kunst« – die Fragestellung zieht sich weiterhin durch das akademische Leben der Professorin für Kunstgeschichte der Moderne an der Technischen Universität Berlin sowie zwischen 2016 und 2021 Professorin für die Kulturgeschichte des europäischen Kunsterbes des 18. bis 20. Jahrhunderts am Collège de France. Wie fand sie eigentlich zu ihrem Lebensthema?

»Ich würde das nicht Lebensthema nennen. Mein Leben ist mehr: Ich habe zwei wunderbare Töchter, bin Professorin, ich fühle mich verantwortlich für die junge Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die an der Uni mein Team bilden und mit Befristungen und Unsicherheiten kämpfen müssen, die in Deutschland an der Uni Teil des Systems sind. Nennen wir es mein Forschungsthema.« Das begann bereits während ihrer Zeit am Gymnasium in Paris, wo sie die Freistunden am liebsten vor und mit und gerne auch in Kunstwerken im Centre Pompidou verbrachte: entweder im Inneren von Jean Dubuffets »Jardin d'Hiver« oder im Schutzraum von Joseph Beuys Rauminstallation »Plight« von 1985. Das Forschungsthema wurde vertieft während ihres Germanistikstudiums, wo sie sich in ihrer Magisterarbeit mit der »Darstellung der deutschen Identität bei Anselm Kiefer« befasste. Eher zufällig erfuhr die junge Studentin davon, dass die Berliner Quadriga etliche Jahre in Paris gewesen war: »Geraubt von Napoleon, über den man in Frankreich nichts in der Schule lernt. Er ist verpönt.« Im Archiv in Paris fand Savoy auf Anhieb eine Mappe mit unbekannten Zeichnungen zur Quadriga. Die kriminalistische, forensische Lust am Archiv, am Suchen und vor allem Finden sowie an den noch nicht erzählten Geschichten war geweckt und ließ sie seitdem nicht mehr los. Napoleon und die Quadriga, die 1814 als »Retourkutsche« zurück nach Berlin gekommen war, wurden Savoys Promotionsthema. Fragen des Kunstraubes, der gewaltsamen Aneignung kulturellen Erbes der anderen, sind bis heute ihr Forschungsthema: »Warum nimmt man die Sachen der anderen. Das geht weit über den Raub an und für sich hinaus, über das Verlegen von Sachen von A nach B. Die Dinge verändern sich dadurch, verändern die Gesellschaft um sie herum. Wir merken es heute: Die Geschichte der kolonialen Sammlungen ist eng verknüpft mit aktuellen Fragen des Rassismus, der Dekolonisation. Es sind Kristallisationspunkte, begehbare Geschichte.« Eine Literaturempfehlung darf an dieser Stelle nicht fehlen: In »Die Provenienz der Kultur« (2012) und »Afrikas Kampf um seine Kunst – Geschichte einer postkolonialen Niederlage« (2021) hat Bénédicte Savoy ihr Credo und ihr Wissen

Vor mehr als 40 Jahren war das Thema Restitution bereits brandaktuell

zu Provenienzforschung, Restitution und Dekolonialisierung niedergelegt.

Deutsch hat Bénédicte Savoy im Rahmen ihres Germanistikstudiums gelernt und noch heute weiß sie nicht, ob sie die Sprache eigentlich liebt. Aber sie sagt: »Ich benutze sie gern.« Sie hatte in Frankreich Deutsch als erste Fremdsprache. Das hatten mehr oder weniger die Eltern entschieden. Frankreich war in den 1980er Jahren eher antiamerikanisch eingestellt: »Englisch war uncool – die guten Schüler hatten sowieso Deutsch gelernt.« So lag es nahe, nach Deutschland zu gehen und so landete sie im Schuljahr der Wende in West-Berlin in einer Gastfamilie.

»Ich glaube, meine Eltern wussten damals nicht genau, wo Berlin liegt. Ich sowieso nicht. Wir schauten eher nach Italien. Berlin ist anders als Paris, vielleicht auch anders als andere deutsche Städte. Generell hat hier der Dozent keine Autorität per se. Das wird sofort infrage gestellt, man muss sofort erklären, wieso.«

Savoy empfindet es als großes Privileg, an einer Universität zu lehren und miterleben zu dürfen, wie die Welt sich verändert: »Man spricht immerzu mit 20-Jährigen, obwohl man selbst immer älter wird. Man bleibt permanent mit den Fingern in der Steckdose der Zeit, so werden einem die Selbstverständlichkeiten unserer Zukunft klar. Es ist gut, in Kontakt zu bleiben.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Früher war mehr »diversity«

Archäologische Funde zeigen die frühe Verbundenheit der Kulturen

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Vor Kurzem habe ich mich wieder einer alten Liebe aus Kindertagen zugewandt und dabei etwas für heutige Debatten gelernt. Zu den ersten Büchern, die ich mit Begeisterung gelesen habe, gehörten Kinderbücher über Archäologie. Sie ließen mich Anteil nehmen an den Indiana-Jones-haften Abenteuern berühmter Forscher und ihren spektakulären Entdeckungen. Inzwischen habe ich natürlich gelernt, dass das archäologische Tagesgeschäft in kleinteiliger, vorsichtiger Detailarbeit besteht. Dennoch, als ich mich kürzlich in die neueren archäologischen Forschungen zum Alten Israel und frühen Christentum einlas, war ich überrascht von dem, was ich alles nicht gewusst hatte und jetzt nachlernen konnte.

So lässt sich entgegen dem Klischee vom bilderfeindlichen Monotheismus nachweisen, dass im Alten Israel und in weiten Teilen des antiken Judentums religiöse Bilder in Auftrag gegeben, geschaffen, genutzt und geliebt wurden. Man hat fast den Eindruck, als sei das biblische Bilderverbot bei den Menschen nicht recht angekommen. Das gilt auch für die antiken Christentümer. Wie selbstverständlich haben sie versucht, ihren Glauben bildlich darzustellen. Unbefangen griffen sie dabei auf schon gebräuchliche ikonografische Muster zurück. Das führte zu erstaunlichen Vermischungen und Überblendungen. So wurde in Sardinien das Grab eines gewissen Carissismus gefunden. Er muss ein reicher, barmherziger Christ gewesen sein. Die ersten beiden Buchstaben für »Christus« – Chi und Ro – sind prominent angebracht. Doch gleich daneben ist das vorchristliche Motiv der Siegespalme zu sehen und das Bild eines Rennpferdes. Die kraftvolle Hoffnung darauf, den Tod zu besiegen, drückt sich hier in einem »heidnisch«-sportlichen Symbol aus.

Der Althistoriker Peter Brown sieht in solchen Vermischungen eine Stärke: »Es war genau diese Unsauberkeit, dieser Mangel an Bestimmtheit, dieses Fehlen einer eindeutigen Identität, diese opportunistische Offenheit, die das Christentum – damals mehr eine Bewegung als eine Kirche – so erfolgreich sein ließ.« Denn das frühe Christentum war – gerade das belegen die archäologischen Funde – intensiv mit den Kulturen verbunden, in denen es sich entfaltete. Es gab noch keine strikte Trennung zwischen »Christentum«, »Heidentum« oder »Judentum«. Die frühen Christen lebten in verschiedenen Rollen, Bezügen und Identitäten zugleich.
Je nachdem waren sie mal mehr, mal weniger »christlich« – und dies zeigt sich in ihren Bildwerken. Was wir heute »Christentum«, »Judentum« oder »Heidentum« nennen, ist zu großen Teilen eine Retro-Projektion. Man sollte am besten die Idee von festen religiösen Identitäten als eine Erfindung der Neuzeit betrachten. Natürlich hat es ansatzweise in der Antike distinkte religiöse Gemeinschaften, Kulturen und Institutionen

gegeben. Aber man sollte ihre »identitäre« Dichte nicht überschätzen. Genau dies zeigen neuere archäologische Forschungen.

Was lehrt uns das heute? Mich hat überrascht, wie sehr das, was wir heute »Diversität« nennen, in vorneuzeitlichen Epochen schlicht der lebensweltliche Normalfall war. Sie musste nicht gefordert und gefördert werden. Sie war einfach da und zeigte sich unbefangen in Bildern und Kunsthandwerken. Heute dagegen ist »Diversität« zu einer kulturpolitischen Leitvorstellung, einer Art »Leitkultur«, geworden. Dafür gibt es gute Gründe. Zugleich aber verbinden sich damit Fragen. Was passiert mit einem wichtigen gesellschaftlichen Anliegen, wenn es zum kulturpolitischen Hauptkriterium wird? Droht dann nicht eine politische Funktionalisierung der Kultur? Dann aber würde »Diversität« – entgegen dem Wortsinn – zur Etikette einer bestimmten identitätspolitischen Position. »Diversität« wäre in dieser Perspektive also eine »Identität« neben anderen. Das wäre eine Verarmung. Angesichts der kultur- und identitätspolitischen Debatten der Gegenwart erinnert zum Glück die Archäologie daran, was für eine weite, freie, chaotische, lebendige und kreative Wirklichkeit damit bezeichnet werden kann. Oder um mit Loriot zu sprechen: Früher war mehr »diversity«.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

ZUR PERSON …

Katrin Vernau ist rbb-Interims-Intendantin
Die bisherige WDR-Verwaltungsdirektorin Katrin Vernau ist zur Interims-Intendantin des Berliner ARD-Senders Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) gewählt worden. Vernau wurde vom Rundfunkrat des rbb im zweiten Wahlgang mit großer Mehrheit gewählt. Nur vor dem Hintergrund der besonderen Situation des rbb war die Wahl einer Übergangsintendantin möglich. Die Amtsdauer der Interims-Intendantin erstreckt sich auf die Zeit bis zur Wahl einer neuen Intendantin oder eines Intendanten nach einem geordneten Verfahren gemäß den Regularien des rbb-Staatsvertrags. Dieses Verfahren sollte nicht länger als ein Jahr dauern.

Bénédicte Savoy erhielt Deutschen Kulturpolitikpreis
Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, ehrte Bénédicte Savoy, Professorin für Kunstgeschichte der Moderne an der Technischen Universität Berlin, mit dem zweiten Deutschen Kulturpolitikpreis. Der Deutsche Kulturpolitikpreis würdigt das außerordentliche wissenschaftliche wie kulturpolitische Engagement mit Blick auf den Kunstraub und die Restitution von Kulturgut, das die Arbeit von Bénédicte Savoy auszeichnet. Die Preisverleihung fand am 21. September im Wilhelm-von-Humboldt-Saal der Staatsbibliothek zu Berlin statt.

Lektoratsverband wählt neuen Vorstand
Der Verband der Freien Lektorinnen und Lektoren (VFLL) hat am 18. September auf seiner Mitgliederversammlung seinen Vorstand neu gewählt. Erste Vorsitzende des Berufsverbands bleibt Susanne Janschitz. Mit ihrer Wiederwahl tritt Janschitz bereits ihre dritte Amtszeit als Erste Vorsitzende des VFLL an. Ebenfalls im Amt bestätigt wurden die Finanzverantwortliche Ute Gräber-Seißinger sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Markus Pahmeier und Stefanie Liliane Hegger. Neu im VFLL-Vorstand sind die Lektorinnen Bettina Scharp-Jäger und Diana Steinborn.

Shortlist zum Deutschen Buchpreis veröffentlicht
Die sechs Finalisten für den Deutschen Buchpreis 2022 stehen fest. Für die Shortlist hat die Jury die Titel »Dschinns« von Fatma Aydemir, »Nebenan« von Kristine Bilkau, »Lügen über meine Mutter« von Daniela Dröscher, »Trottel« von Jan Faktor, »Blutbuch« von Kim de l'Horizon sowie »Spitzweg« von Eckhart Nickel. Die sieben Jurymitglieder des Deutschen Buchpreises haben seit Ausschreibungsbeginn 233 Titel gesichtet, die zwischen Oktober 2021 und dem 20. September 2022 erschienen sind. Die Preisverleihung findet am 17. Oktober zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse im Kaisersaal des Frankfurter Römers statt und wird live übertragen.

Theo Geißler wird Ehrenmitglied des Deutschen Musikrates
Der Verleger und Herausgeber der Zeitungen »neue musikzeitung«, »Oper & Tanz« und »Jazzzeitung«, Theo Geißler, wird Ehrenmitglied des Deutschen Musikrates. Seit 2002 gibt der Inhaber des ConBrio Verlages zudem gemeinsam mit Olaf Zimmermann »Politik & Kultur« heraus. Geißler präge seit Jahrzehnten die Medienlandschaft und trage zu einem unabhängigen und kritischen Musikjournalismus bei, so der Deutsche Musikrat zum 75. Geburtstag Geißlers im Februar dieses Jahres.

Funde, Rekonstruktionen, Museen

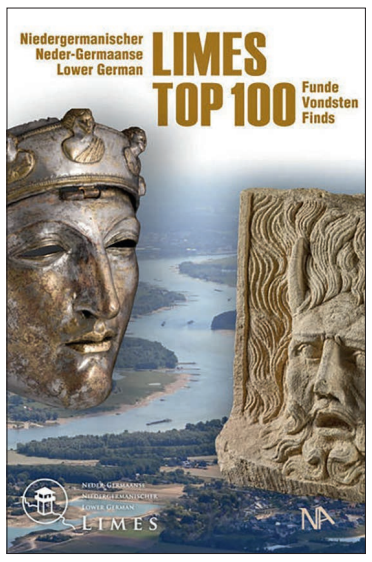
Der Rhein als Grenze

Unser Land kann stolz sein auf das jüngst erkorene UNESCO-Weltkulturerbe 2021: der Niedergermanische Limes am Rhein, auch »Nasser Limes« genannt. Der Strom bildete einst die Grenze zwischen dem Römischen Reich und dem sogenannten germanischen Barbaricum. Von diesem bedeutenden Limesabschnitt ist oberirdisch betrachtet nicht mehr allzu viel erhalten geblieben. Umso beeindruckender sind zahlreiche Rekonstruktionen und vor allem die Funde, die uns über das militärische und zivile Leben aus mehr als 400 Jahren so anschaulich Auskunft geben können. Aufgrund der feuchten Bodenbedingungen sind uns sogar Objekte aus organischen Materialien wie Leder und Holz überliefert.

Aus jedem der 100 vorgestellten Funde im von Jasper de Bruin, Christoph Eger, Michael Schmauder und Marenne Zandstra herausgegebenen Sammelband »Niedergermanischer Limes« entwickelt sich vor dem geistigen Auge eine lebendige Geschichte der Menschen, beispielsweise zu ihrer Kleidung und Mode durch die Gewandspangen, Fibeln genannt, zur Bestattungskultur durch Grabbeigaben und Grabmäler aus Stein, zu ihren religiösen Vorstellungen durch Altäre und Weihungen an den Gott Mithras, zu ihren Trinksitten durch filigrane Gläser mit Trinksprüchen, zu ihrem Luxus durch Funde aus einer Villa oder zu dem militärischen Leben durch Ausrüstungen wie Schilde, Schwerter und Helme. Die vorgestellten Funde können heute in den Museen in Bonn, Köln, Krefeld, Leiden, Neuss, Nimwegen, Utrecht und Xanten bestaunt werden. Sie beruhen auf einer über 150-jährigen Ausgrabungsgeschichte. Den besten Eindruck einer römischen Stadt vermitteln die Rekonstruktionen in der Colonia Ulpia Traiana, dem heutigen Archäologischen Park in Xanten am Niederrhein; mit Hafentempel, Brunnenanlagen, Herberge, Stadtmauer und Amphitheater.

Wer immer sich für unser römisches Kulturerbe interessiert, dem sei diese Lektüre empfohlen; wobei die herausragende Bebilderung im Vordergrund steht. Der Leser wird geradezu eingeladen, auf römischen Spuren vor Ort zu wandeln.
Thomas Schulte im Walde

Jasper de Bruin, Christoph Eger, Michael Schmauder, Marenne Zandstra (Hg.). Niedergermanischer Limes: TOP 100 Funde. Wiesbaden 2022



Feministische Außenpolitik

Perspektiven für die Zukunft

Kriege, Gewalt, Unrecht – sind das die Resultate des die Welt regierenden Patriarchats? Eine feministische Außenpolitik antwortet klar: Ja! Die herrschenden Strukturen untergraben die Bedürfnisse und vor allem auch die Menschenrechte von Frauen und anderen politischen, unterrepräsentierten Gruppen weltweit.

Dies gilt es zu ändern – und genau dafür macht sich Kristina Lunz seit Jahren stark. Die Mitbegründerin des »Centre for Feminist Foreign Policy« zeigt in ihrem Buch »Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch«, wie bestehende gesellschaftliche Verhältnisse durch das Zusammendenken von Frieden und Feminismus, von Menschenrechten und Gerechtigkeit mit Außenpolitik einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik bringen könnten.

Durch ihre Tätigkeiten für die Vereinten Nationen in Myanmar, eine NGO in Kolumbien und das Auswärtige Amt kennt Lunz nicht nur außenpolitische Realpolitik sehr gut, sondern will diese auch zum Besseren verändern. Durch diversere Perspektiven und inklusive Teilhabe könne das Gegeneinander der Nationen beendet und so allen Menschen ein sichereres Leben ermöglicht werden. Doch reicht das wirklich? Nur die Zukunft wird es zeigen – und diese ist ohne Frage feministisch, und natürlich nicht nur in der Außenpolitik.

Lunz' Buch ist Plädoyer und Denkanstoß. In elf Kapiteln bespricht Kristina Lunz unter anderem die Anfänge und den Status quo feministischer Außenpolitik und feministischen Aktivismus. Sie erläutert auch, wieso Frieden, Gesundheitspolitik und Klimagerechtigkeit Feminismus brauchen.

Ab sofort gilt: Bitte dieses Buch zur Pflichtlektüre machen – nicht nur für alle angehenden Diplomatinnen und Politiker. Gern auch schon viel früher. Lunz' Perspektiven sind mehr als reine Utopie, sie sind Inspiration für Gegenwart und Zukunft.
Theresa Brüheim

Kristina Lunz. Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch: Wie globale Krisen gelöst werden müssen. Berlin 2022

Zukunftsmusik?

Musikerausbildung und Orchesterpraxis

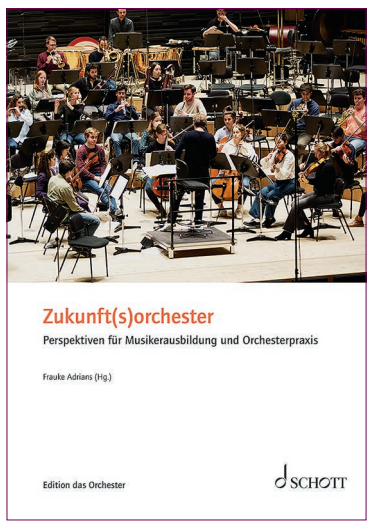
Wie sieht die Zukunft aus – und wie das Orchester der Zukunft? Mit diesen Fragen beschäftigte sich eine von der Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden initiierte Fachkonferenz im Oktober 2020, mitten in der Coronapandemie. Mithilfe von zehn Thesen gab Ekkehard Klemm, Professor für Dirigieren und Chefdirigent der Elbland Philharmonie Sachsen, den Auftakt zu drei Tagen angeregter Diskussion.

Dieser Band stellt mehr als eine Tagesdokumentation dar und schenkt etlichen Konferenzteilnehmerinnen und Konferenzteilnehmer aus Hochschule und Praxis sowie weiteren Expertinnen und Experten das Gehör, vom Intendanten bis zur freischaffenden Musikerin, von der Dirigentin bis zum Dozenten, vom Musikhistoriker bis zur Akademie-Chefin. Was die Konferenzteilnehmerinnen und Konferenzteilnehmer verbindet sind Fragestellungen über die Zukunft der Orchester. Im Mittelpunkt der Publikation stehen sowohl die Anfänge des Orchesters im 16. bis zum 18. Jahrhundert als auch hochaktuelle Fragen, wie beispielsweise, ob und wie das Probespiel reformiert werden kann. Deutlich wird, dass Orchester nie abseits der Zeitverläufe stehen. In dieser Publikation werden der Krieg in der Ukraine wie auch die Pandemie thematisiert.

Zu den Autorinnen und Autoren gehören unter anderem Oksana Lyniv, die Gründerin und Chef-Dirigentin des Youth Symphony Orchestra of Ukraine, Stefan Keym, Professor für Historische Musikwissenschaft und Direktor des Instituts für Musikwissenschaft an der Universität Leipzig, Bettina Binder, Geschäftsführerin der Akademie des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks, sowie die Harfenistin Silke Aichhorn.

Die Publikation ist Teil der Reihe »Edition das Orchester« bei Schott Music Mainz und wurde von Frauke Adrians, Mitglied der Chefredaktion der Zeitschrift »das Orchester«, herausgegeben.
Lea Stahl

Frauke Adrians (Hg.). Zukunft(s)orchester: Perspektiven für Musikerausbildung und Orchesterpraxis. Mainz 2022

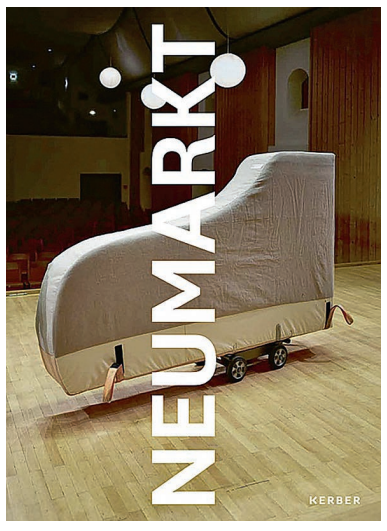


Neumarkter Wunder

Bildband zum 40-jährigen Jubiläum

Neumarkt ist eine Große Kreisstadt im gleichnamigen Landkreis im bayerischen Regierungsbezirk Oberpfalz – eine mittelgroße Stadt in Bayern. Dass sogar New Yorker und Londoner Künstleragenturen die bayerische Stadt kennen, liegt am dortigen Kammermusiksaal, dessen Akustik die bedeutendsten Klassikstars aus der ganzen Welt anlockt, ein Wunder? Die außergewöhnliche Akustik des Saals veranlasste den Unternehmer Ernst-Herbert Pfleiderer, im Jahr 1981 die Neumarkter Konzertfreunde zu gründen. Seitdem veranstalten diese eine bei Musikern wie Publikum nachgefragte Konzertreihe. Rund 40 Jahre später wurde der Ostkreuz-Fotograf Frank Schinski ausgeschickt, um ganz besondere Aufnahmen zu machen. Der daraus entstandene, schlicht mit »Neumarkt« betitelte Bildband geht dem »Neumarkter Wunder« fotografisch auf die Spur. Schinski folgt den Künstlerinnen und Künstlern über die Künstlergarderobe hinaus durch den Alltag. Dabei steigt er für ein gutes Foto auch mal in einen drei Grad kalten See. Vonseiten der Künstler ist die exklusive Gewährung der Fotos eine Geste der Wertschätzung und ein Geschenk zum 40-jährigen Jubiläum. Aber auch Bilder der Neumarkter Mitarbeitenden, vom Abendpersonal bis zum Haustechniker, von Abonnenten sowie dem Stifter selbst sind im Band zu sehen. Abgerundet und ergänzt werden die Fotostrecken von Essays namhafter Autoren wie András Schiff, Peter Gülke und Dariusz Szymanski. Ein rundum gelungener und sehr schön gestalteter Bildband.
Maike Karnebogen

Neumarkter Konzertfreunde. Neumarkt. Bielefeld 2022



PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur

FOTO: STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN / DAVID VON BECKER

THEMA

Schliemanns Welten. Sein Leben. Seine Entdeckungen. Sein Mythos, Außenansicht James-Simon-Galerie 2022

Welten der Entdecker

Archäologie braucht nicht nur Fleiß und Wissen, sie braucht Fantasie

OLAF ZIMMERMANN

Mein Großvater schenkte mir in meiner Kindheit das Buch von Albert Bettex »Welten der Entdecker«. Ich war fasziniert von den abenteuerlichen Forschungsreisen der frühen Geografen: Marco Polo, Alexander von Humboldt, David Livingstone und den vielen anderen. Die Abbildungen in dem Buch haben sich in mir festgebrannt, mich in meinen Träumen verfolgt. Für mich gehörte Heinrich Schliemann immer in diese wunderbare Welt der Entdecker, auch wenn er in Bettex' Buch nicht vorkam, da er ja kein Geograf, sondern Archäologe war. Mir war es aber immer egal, wie man auf Entdeckungsreise geht. Der eine nahm ein Schiff wie Charles Darwin, die anderen schauten durch ein Mikroskop und entdeckten das Penicillin wie Alexander Fleming, und gerade blicken zahllose Astronominnen und Astronomen mit dem erst vor wenigen Monaten in die Erdumlaufbahn gebrachten »James Webb Space Telescope« in eine uns bisher unbekannte Sternenwelt.

Wichtig ist, dass man Neues entdecken will. Und wenn einer zu diesen besessenen Entdeckern gehört, die nicht anders können als forschen, dann Heinrich Schliemann. Als Autodidakt hat er sich bis in den Olymp der Archäologie vorgearbeitet. Ich freue mich deshalb sehr, dass der große Entdecker von Troja nun quasi das verbindende Band durch unseren Schwerpunkt zur Archäologie bildet.

Archäologie, also die »Lehre von den Altertümern«, gehört für mich zu den faszinierendsten Entdeckerwissenschaften. Wenige Wissenschaften sind so vielfältig wie die Archäologie: Archäoastronomie, Archäobotanik, Archäoinformatik, Archäologische Geschlechterforschung, Archäometrie, Archäozoologie, Astroarchäologie, Christliche Archäologie, Experimentelle Archäologie, Geoarchäologie, Gletscherarchäologie, Historische Bauforschung, Industriearchäologie, Kirchenarchäologie, Kognitive Archäologie, Küstenarchäologie, Luftbildarchäologie, Montanarchäologie, Musikarchäologie, Paläoastronomie, Paläopathologie, Primatenarchäologie, Rechtsarchäologie, Schlachtfeldarchäologie, Siedlungsarchäologie, Stadtarchäologie, Textilarchäologie, Trassenarchäologie, Umweltarchäologie, Unterwasserarchäologie und noch vieles mehr.

Archäologie ist immer auch ein politisches Statement. Überall auf der Welt wird sie für jedwede Ansprüche eingespannt

Gerade war ich in Stockholm und habe mir die Vasa angeschaut. Das imposante Kriegsschiff sank 1628 vor Stockholm noch auf seiner Jungfernfahrt. Es wurde 333 Jahre nach dem Untergang geborgen und nach aufwendigen Erhaltungsmaßnahmen in einem nur für diesen Zweck gebauten Museum untergebracht. Die Vasa ist das am besten erhaltene Schiff des 17. Jahrhunderts auf der Welt und mit 98 Prozent der Originalteile rekonstruiert worden. Archäologie zum Erleben, zum Staunen, aber auch zum besseren Verstehen. Bei der Vasa kann man aber auch einen Umstand erspüren, der Archäologie zu einer der politischsten Wissenschaften macht. Die Schweden sind sichtbar stolz auf dieses Schiff, das einen Blick auf die Macht des Landes in der damaligen Zeit wirft.

Und so ist die Archäologie immer auch ein politisches Statement. Überall auf der Welt wird die Archäologie auch missbraucht, um sie für jedwede Ansprüche einzuspannen. Gut, dass sich heute Archäologinnen und Archäologen gegen diese Instrumentalisierung immer öfter zu Wehr setzen.

Damit die Archäologie weiter entdecken kann, braucht sie Menschen, die sehr viel Wissen mitbringen. Dieses Wissen, das zeigt Heinrich Schliemann deutlich, muss nicht immer an einer Hochschule erworben werden. Aber heute hätte der Autodidakt Schliemann im Wissenschaftsbetrieb wohl keine Chance mehr.

Heute wird das Wissen an Hochschulen gelehrt: Afrikanistik, Ägyptologie, Albanologie, Alte Geschichte, Altorientalistik, Arabistik, Außereuropäische Geschichte, Baltistik, Byzantinistik, Christliche Archäologie, Indogermanistik, Iranistik, Islamische Kunstgeschichte, Islamwissenschaft, Judaistik, Kanadistik, Kaukasiologie, Keltologie, Klassische Archäologie, Koptologie, Latinistik, Mittelalterarchäologie, Ostasienwissenschaft, Papyrologie, Rumänistik, Sinologie, Ur- und Frühgeschichte, Vorderasiatische Archäologie, das ist eine Auswahl von sogenannten Kleinen Fächern, die an deutschen Hochschulen gelehrt werden.

Gerne werden diese Fächer als »Exoten« oder als »Orchideen« bezeichnet. Diese Kleinen Fächern sind für die Pflege, Ausdehnung und Weitergabe enormer Wissensbestände verantwortlich und die Archäologie könnte ohne sie nicht betrieben werden. Aber gemessen an dieser Aufgabe verfügen die Hochschulen, die diese Fächer anbieten, nur über eine sehr schwache personelle und infrastrukturelle Ausstattung.

Die Kleinen Fächer und die von ihnen vertretenen Disziplinen mehr wertzuschätzen, ist Aufgabe von zukunftsweisender Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Kleine Fächer sind das Salz in der lauwarmen Hochschulsuppe unserer Tage, ohne sie würde der Universitätsbetrieb seinen inneren Kern verlieren. Und ohne sie würden die »Welten der Entdecker« vertrocknen.

Ohne Kleine Fächer würden die »Welten der Entdecker« vertrocknen

Deshalb soll dieser Schwerpunkt nicht nur einen Blick in die faszinierende Welt der Archäologie werfen, sondern besonders dafür werben, dass die Orchideen-Fächer endlich von der Politik, aber auch von den in den Hochschulen Verantwortlichen mehr wertgeschätzt werden.

Doch gerade das beeindruckende Schaffen von Heinrich Schliemann als Archäologe macht deutlich, dass Fleiß und reines Wissen allein nicht zu einem großen Forscher machen, es braucht noch mehr: Fantasie.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

150 Jahre nach Schliemanns Entdeckungen

Aktuelle Herausforderungen für die Archäologie

MATTHIAS WEMHOFF

Als berühmtester deutscher Archäologe gilt auch heute noch der vor 200 Jahren geborene Heinrich Schliemann. Erst 1868 reifte bei einer Reise der Gedanke in ihm, Troja auszugraben, ein Jahr später wurde der erfolgreiche Kaufmann bereits mit seinem Bericht von dieser Reise in Rostock promoviert, er heiratete die junge Griechin Sophia Engastromenos, zog nach Athen und ließ bereits 1870 die ersten Grabungen in Troja durchführen. Nach drei weiteren Kampagnen endete die erste Phase der Ausgrabungen mit der Entdeckung des »Schatz des Priamos«.

Archäologie war in dieser von Entdeckungen auf allen Gebieten und in allen Wissenschaftsbereichen geprägten zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Tätigkeitsfeld, auf dem Autodidakten, begeisterte Amateurforscher und Personen mit wissenschaftlichem Background aufeinandertrafen. Es war eine Zeit des Alles-wissen-Wollens, des ständigen Überschreitens von bisherigen Grenzen des Verstehens.

Es war eine Zeit, in der strenge wissenschaftliche Methodik, die – auf die Aussagekraft von Messungen und großen Zahlen untersuchter Objekte vertrauend – die Archäologie fast zur Naturwissenschaft werden ließ. Gleichzeitig sind aber auch ganz andere Zugänge möglich gewesen, wie es die Begeisterung Schliemanns für die Texte Homers und die Resonanz der Öffentlichkeit auf seine Forschungen eindrücklich zu erkennen geben.

Archäologische Denkmäler sind in allen Regionen Deutschlands zu finden. Sie schaffen Orte der Identifikation und der Beheimatung

Sind wir heute, 150 Jahre nach der Entdeckung des Schatzes des Priamos, eigentlich viel weiter? Hat sich die Rolle des Faches Archäologie zwischen Geistes- und Naturwissenschaft geklärt? Es scheint so, als ob diese Frage weiter von größter Aktualität ist. Neue naturwissenschaftliche Methoden verändern die Forschung in erheblicher Geschwindigkeit. Wer hätte noch vor 30 Jahren gedacht, dass wir heute in großem Stil genetische Methoden einsetzen? Mit immer stärker verfeinerten Analyseverfahren werden nicht nur Gebeine zur Quelle, sondern selbst die Inhalte von Kloaken und Abfallgruben lassen Aussagen über individuelle menschliche Benutzer, über die Vielfalt der genutzten pflanzlichen und tierischen Speisen und über Krankheiten zu. Die Datenmengen, die erhoben werden können, wachsen exponentiell. Längst ist die Archäologie über die von Schliemann so geschätzte und geförderte Auswertung des keramischen Materials herausgewachsen, auch wenn dieses unverwüstliche Material bis heute unverzichtbar für den Erkenntnisgewinn bleibt.

Doch gerade bei diesen Datenmengen kommt es wie bei jeder Wissenschaft immer stärker auf die Fragestellung an. Diese zielt letztlich immer auf den Menschen und dessen historische Gebundenheit. Und die Ergebnisse, die erzielt werden und Antworten auf die gestellten Fragen geben, sind und bleiben ein Zeugnis unseres eigenen Selbstverständnisses als Individuum und als Gesellschaft. Eine große Herausforderung stellt z. B. die Analyse des genetischen Erbgutes von Menschen in vor- und frühgeschichtlichen Zeiten dar. In vorgeschichtlichen Zeiten, in denen Schriftquellen völlig fehlen, können große Einwanderungsbewegungen gefasst werden, und die Verbindung dieser genetischen Ergebnisse zu archäologisch fassbaren Kulturphänomenen, wie bestimmten Grabformen oder besonderen Gegenständen, bestimmt die wissenschaftliche Diskussion. Größere wissenschaftliche Dispute zeichnen sich schon jetzt etwa in der Völkerwanderungszeit ab. Lassen sich genetische Ergebnisse, archäologische Funde und historisch überlieferte Namen und Ereignisse in Beziehung zueinander setzen? Gibt es hier Erkenntnisse, die auch bisherige Forschungsdebatten, wie das Für und Wider der ethnischen Deutbarkeit archäologischer Funde, wieder in Bewegung bringen?

Grabungsmannschaft in Troja, 1890er Jahre

FOTO: BPK

Apropos Bewegung. Die Ausstellung »Bewegte Zeiten – Archäologie in Deutschland«, die das Museum für Vor- und Frühgeschichte und der Verband der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland im Kulturerbejahr 2018 im Gropius Bau in Berlin gezeigt haben, hat einiges in Bewegung gebracht und gezeigt, dass archäologische Forschung für unsere heutige Gesellschaft von Relevanz ist. Dort wurden die besten Funde der deutschen Archäologie der letzten zehn Jahre und wichtige, neu interpretierte ältere Entdeckungen nicht in einer chronologischen Erzählung von der Steinzeit bis in die Gegenwart präsentiert. Schon dies allein ist eine, die Wahrnehmung von Geschichte verändernde Darstellung. Denn eine Chronologie impliziert auch eine Kontinuität, es impliziert die Kontinuität von Dörfern und Siedlungen, die Kontinuität von Nutzungen und insbesondere die Kontinuität von Menschen über Generationen hinweg. Migration erscheint dann als die störende Ausnahme. »Bewegte Zeiten« interpretierte Funde als Zeugnisse von Mobilität und Migration quer durch alle Epochen. Das festgefügte Geschichtsbild konnte so geöffnet werden, Migration und Mobilität wurde als Motor von Entwicklung wahrgenommen und als ein alle Epochen durchdringendes Phänomen.

Das enorme Potenzial der Archäologie wird in diesen Jahren in ganz neuer Weise erkennbar. Lange Zeit schien unser Fach in der Routine der Anhäufung von Fundstücken und deren eingeübter Interpretation erstarrt, Neuerungen schienen sich häufig in verfeinerten Datierungsmöglichkeiten zu erschöpfen.

Jetzt setzen sich neue, aktuelle Fragestellungen durch, die Überlebensfragen unserer Gesellschaft auch im globalen Kontext betreffen. Archäologische Forschungen zeigen auf, wie Kulturen mit Ressourcen umgegangen sind, seien es menschliche Fähigkeiten oder natürliche Ressourcen. Wie wurden Böden, Wälder und Gewässer im Spannungsfeld zwischen kurzfristiger Ausbeutung und langfristigem Bestandserhalt genutzt, welche Folgen hatte ein Raubbau an diesen Ressourcen? Menschen waren schon vor der Sesshaftwerdung vom Klima sehr stark geprägt, unwirtliche Lebensräume und die notwendige Anpassung von Wirtschafts- und Wohnformen auch bei geänderten Umweltbedingungen bilden einen zunehmend wichtigen Forschungsschwerpunkt.

Die archäologische Forschung in Deutschland, die durch die Denkmalschutzgesetzgebung der Bundesländer ihren rechtlichen Rahmen erhält, muss sich großen Herausforderungen stellen. Wir leben immer noch, trotz aller anders lautender Absichtserklärungen, in einer Zeit, in der der Flächenverbrauch für neue Siedlungsareale oder Gewerbegebiete, für Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen weiter ausgesprochen hoch ist. Flächenverbrauch, und dazu gehört auch die Nachverdichtung in den Städten, ist mit der Zerstörung von Zeugnissen menschlicher Geschichte verbunden und es wird immer deutlicher, dass archäologische Befunde endlich sind. In ganzen Regionen sind inzwischen die siedlungsgünstigen Lagen bebaut, in den Städten werden bereits 50 Jahre alte Gebäude wieder abgerissen und jeder Quadratmeter wird tief unterkellert. Oft ist die gründliche Dokumentation und die Aufbewahrung der Funde zum Zwecke der Erforschung durch zukünftige Generationen die einzige Möglichkeit, um wenigstens Erkenntnismöglichkeiten zu sichern. Immer häufiger werden jedoch auch archäologisch freigelegte Befunde erhalten und in die Stadt-oder Landschaftsgestaltung einbezogen, hier entwickelt sich die Archäologie zu einer Ressource, um die historische Vielfalt und Unverwechselbarkeit unserer Kulturlandschaft nachvollziehbar werden zu lassen.

Die archäologischen Denkmäler sind in allen Regionen Deutschlands zu finden und gerade außerhalb der Ballungsräume ist die Erhaltung besonders gut. Sie schaffen somit gerade in ländlichen Regionen Orte der Identifikation und der Beheimatung. Dies hat sich gerade in den Jahren der Pandemie gezeigt, in der die Museen und archäologischen Stätten in der Nähe häufig besondere Anziehungspunkte dargestellt haben, die es zu stärken gilt. Über archäologische Objekte entsteht häufig auch für diejenigen, die erst an einem neuen Wohnort noch ankommen müssen, eine besondere Verbindung. Dies gilt besonders für Menschen, die an ihrem vorherigen Lebensmittelpunkt bereits Kontakt zur Archäologie hatten.

Archäologie lebt vom Austausch zwischen Forschern vieler Nationen und Regionen, es braucht die Kenntnis vor Ort und den vergleichenden Blick

So wie die Archäologie regional präsent ist und sich entfaltet, so ist ihr Erfolg nur vor dem Hintergrund des internationalen Netzwerkes zu verstehen. Archäologie lebt vom Austausch zwischen Forscherinnen und Forschern aus vielen Nationen und Regionen, es braucht die Kenntnis vor Ort und den vergleichenden Blick. So wie Heinrich Schliemann in Griechenland bei den Ausgrabungen in Mykene nicht nur in seiner Frau Sophia eine große Stütze fand, sondern die Grabungen auch vom selbstbewussten Auftreten des griechischen Grabungsaufsehers Panagiotis Stamatakis profitierten, so bildet heute bei allen Aktivitäten, die deutsche Archäologen mit ihrer internationalen Grabungstätigkeit entfalten, die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen die Basis. Die Archäologie sieht sich dabei zunehmend mit großen internationalen Krisen konfrontiert. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine bildet nach den verheerenden Konflikten im Nahen Osten, im Jemen oder jetzt auch in Äthiopien einen weiteren, schrecklichen Höhepunkt. Viele Projekte haben sich gerade in den letzten Jahren auf die fruchtbaren Gebiete der Ukraine und die Weiten der russischen Steppen konzentriert, diese Projekte sind auf unabsehbare Zeit nicht fortführbar. Auch die Museen erleben Einschränkungen. Die Ausstellung zum 200. Geburtstag von Heinrich Schliemann kann nicht wie geplant in Moskau gezeigt werden, der Schatz des Priamos bleibt einsam im Pushkin-Museum in Moskau, wo er seit 1945 zusammen mit den anderen goldenen Objekten des Museums für Vor- und Frühgeschichte völkerrechtswidrig aufbewahrt wird.

Matthias Wemhoff ist Mittelalterarchäologe und Direktor des Museums für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen zu Berlin – Stiftung Preußischer Kulturbesitz sowie Landesarchäologe des Bundeslandes Berlin

Nur Schatzgräberei oder doch mehr?

Zur Bedeutung von Archäologie

PATRICK SCHOLLMEYER

Darüber, was Archäologinnen und Archäologen tun, scheint beim allgemeinen Publikum Klarheit zu bestehen: Graben, genauer gesagt Ausgraben, und zwar am besten Schätze. Verbunden wird dies gerne mit einer geradezu romanhaften Vorstellung von Abenteuertypen im Stil eines Indiana Jones oder einer Lara Croft, die in entsprechendem Outfit – luftige Kleidung, Tropenhelm oder andere Sonnenschutzutensilien sind unabdingbare Bestandteile dieser Vorstellungswelt – in klimatisch meist aufgeheizten Szenarien, wahlweise Urwald oder Wüste, stets mehr oder minder lebensgefährliche Expeditionen auf der Suche nach sensationellen Entdeckungen durchführen; und bedeutend sind solche Funde erst dann, wenn der Edelmetallwert der hierbei aus dem Boden geholten Objekte stimmt. Nicht weniger klar ist, was die vielen Archäologinnen und Archäologen weltweit über solche populären Sichtweisen dachten bzw. immer noch denken, auch wenn manche von ihnen ihr eigenes Erscheinungsbild aus welchen Gründen auch immer gelegentlich dem Klischee angepasst haben. So ist es auf der einen Seite zwar hilfreich, dass die Archäologie auf ein interessiertes Publikum hoffen kann, welches mit dieser wissenschaftlichen Disziplin eher spannende Unterhaltung als langweilende Belehrung verbindet, doch führt dies auf der anderen Seite dazu, dass es die Archäologinnen und Archäologen sehr schwer haben, in der Öffentlichkeit ihr Potenzial an archäologischen Erkenntnismöglichkeiten als Teil eines gemeinsamen Wissensdiskurses über die Entwicklung der Menschheit voll auszuschöpfen.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es »die« Archäologie als nur »eine« Wissenschaftsdisziplin gar nicht gibt. Es muss vielmehr im Plural von archäologischen Wissenschaften gesprochen werden. Für die antiken Griechen, die gewissermaßen die »archaiologia« erfanden, war sie in wörtlicher Übersetzung aus dem Altgriechischen die Lehre – griechisch logos – von den Altertümern – griechisch archaios = alt – schlechthin. Über »archaeologia« im Lateinischen hat das Wort dann später Eingang in viele moderne Sprachen gefunden, dabei allerdings zunächst reduziert auf die Bedeutung, Wissenschaft von den materiellen Hinterlassenschaften der griechischen und römischen Antike. Diese sowohl zeitliche als auch geografische Verengung fand ihre Entsprechung in dem Begriff »Klassische Archäologie«, mit dem zugleich auch eine kulturelle (Be-)Wertung der beiden antiken Mittelmeerkulturen als vorbildhaft für Europa schlechthin intendiert war. Auch wenn der Terminus weiterhin verwendet wird, so hat sich in einem bereits im 19. Jahrhundert beginnenden Prozess der Spezialisierung längst die Erkenntnis durchgesetzt, dass es im Sinn einer Beschäftigung mit den jeweiligen Anfängen sehr viele »Archäologien« ganz unterschiedlicher Kulturen bzw. Wissensfelder geben kann und dass diese grundsätzlich als gleichrangig zu gelten haben. Allerdings hat es nicht jede Archäologie vermocht, zugleich auch eine eigene Universitätsdisziplin mit speziellen Lehrstühlen zu werden. Nichtsdestotrotz gibt es gegenwärtig in Deutschland eine doch recht breit aufgestellte archäologische Wissenslandschaft, die beileibe nicht nur die ältere europäische und außereuropäische Menschheitsgeschichte von ihren Anfängen bis zur Ausprägung der ersten Hochkulturen in den Blick nimmt, sondern über Mittelalterarchäologie bis hin zur Industriearchäologie einen großen zeitlichen und geografischen Rahmen aufweist, der im Grunde genommen bis in unsere eigenen Tage reicht. Ebenso vielfältig sind die fachwissenschaftlichen Berufsfelder von Archäologinnen und Archäologen. An erster Stelle zu nennen sind dabei die klassischen Tätigkeitsbereiche (Boden-)Denkmalpflege, Forschungsinstitute, Museen und Universitäten. Sie alle eint ein mittlerweile sehr weit gefasstes Erkenntnisinteresse, das in aller Regel eine interdisziplinäre Arbeitsweise voraussetzt. Die Grenzen zu anderen Geistes- und Sozial-, aber auch zu den Naturwissenschaften sind fließend. Die enormen Datenmengen, die dabei erfasst und gedanklich bewältigt werden müssen, haben dazu geführt, dass Archäologinnen und Archäologen dem digitalen Wandel sehr aufgeschlossen gegenüberstehen. Allenthalben werden neue Projekte zur Stärkung der digitalen Forschungsinfrastruktur entwickelt und realisiert. Exemplarisch sei an dieser Stelle der von vielen Institutionen getragene NFDI4Objects-Antrag zu nennen, der darauf angelegt ist, für die Wissenschaftscommunity die Verfügbarkeit digitaler archäologischer Forschungsdaten langfristig zu sichern.

»Die« Archäologie als nur »eine« Wissenschaftsdisziplin gibt es gar nicht

Im Grunde genommen gibt es kaum ein aktuelles Thema, zu dem die archäologischen Wissenschaften nicht etwas Substanzielles beitragen könnten; und es fehlt auch nicht an Versuchen von Fachvertreterinnen und Fachvertretern, sich in solche gegenwärtigen Debatten einzubringen. Die Frage ist nur, auf welche Weise dies am erfolgreichsten gelingen kann. Wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Publikationen erreichen zwar weiterhin eine Leserschaft, die freilich – traut man den Verkaufszahlen, die einschlägige Verlage klagend verkünden – immer kleiner zu werden scheint. Dass das schwindende Interesse eher am Medienformat selbst liegt als am Inhalt, legen die Besucherzahlen archäologischer Sonderausstellungen in den großen Museen und Ausstellungshäusern nahe. Die Begeisterung für archäologische Themen ist augenscheinlich ungebrochen, was auch für entsprechende einschlägige Filmdokumentationen auf Fernseh- und Videokanälen gilt. Es scheint offenbar ein Grundbedürfnis vieler zu sein, Zeitreisen zu den Anfängen der globalen Menschheitsgeschichte unternehmen zu wollen.

FOTO: BPK

Löwentor von Mykene

Dieses Interesse, auch wenn es gelegentlich nicht recht tiefgründig wirkt und eher im Deckmantel vermeintlicher Abenteuerlust daherkommt, hat ungeheures Potenzial. Was ist damit gemeint? Offenkundig gibt es nicht wenige, die sich von archäologischen Sachverhalten emotional angesprochen fühlen, denen das Aufspüren, das Entdecken von Wissen Freude bereitet. Sich archäologisch zu betätigen, heißt letztlich nichts anderes, als den Dingen im wahrsten Sinn des Wortes auf den Grund gehen zu wollen. Wer weiß, wie akribisch Archäologinnen und Archäologen im Team mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern arbeiten müssen, um aus den Fragmenten vergangener Zeiten einstiges menschliches Leben zu rekonstruieren, kann ermessen, wie wichtig eine solch exakte Herangehensweise gerade in einer immer hochkomplexer agierenden vernetzten globalen Wissensgesellschaft ist. Insbesondere im schulischen Geschichtsunterricht vergibt man eine große Chance, indem archäologische Unterrichtseinheiten in den Lehrplänen weitestgehend fehlen. Hinzu kommt die Tatsache, dass die archäologische Analyse visuell erfassbarer menschlicher Selbstdarstellungsformen exemplarisch eine Schule des Sehens bietet, die ebenfalls von zentraler Bildungsbedeutung ist. Wer einmal gelernt hat, wie herrschende Eliten vergangener Kulturen sich gerade der Macht der Bilder bedienten, wie sie diese manipulierten und als politische Waffen einsetzten, sollte sich nicht zu leicht von Fake News und anderen Desinformationskampagnen unserer heutigen Zeit beeindrucken lassen. Und schließlich muss auf den Aspekt der kulturellen Verständigung hingewiesen werden. Allein die Betrachtung des gesamten Mittelmeerraumes und der angrenzenden Gebiete in Afrika, Asien und Europa während der Zeit bis zum Ende der Antike offenbart nicht nur eine Vielzahl höchst unterschiedlicher kultureller Gruppen, sondern eben auch deren beeindruckende Vernetzung. Solche frühen Globalisierungsphänomene bereits in der Schulzeit gemeinsam zu erkunden und dabei das Verbindende herauszustreichen, dürfte den Zusammenhalt in vielen sprachlich und kulturell diversen Klassen stärken. Der Heimatbegriff ließe sich auf diese Weise nicht nur für Migrantinnen und Migranten, sondern für alle Beteiligten mit auf Gemeinsamkeiten setzenden, identitätsstiftenden Inhalt füllen und auf diese Weise ein neues kulturelles »Wir-Gefühl« erzeugen. Welche Möglichkeiten die archäologischen Wissenschaften heute haben, solche Themen gewinnbringend zu bedienen, hat zuletzt in sehr eindrucksvoller Weise die Sonderausstellung »Bewegte Zeiten – Archäologie in Deutschland« gezeigt, die 2018/2019 in Berlin im Martin-Gropius-Bau zu sehen war. In internationaler Hinsicht hat das bereits 1829 gegründete heutige Deutsche Archäologische Institut (DAI) als Teil der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes diese wichtige Aufgabe übernommen.

Es gibt kein aktuelles Thema, zu dem die archäologischen Wissenschaften nichts beitragen können

Deutlich wird, die archäologischen Disziplinen zeichnen sich durch ihre Beschäftigung mit zentralen Problemstellungen unserer eigenen Gesellschaften aus. Diese Auseinandersetzungen mit wichtigen Grundsatzfragen menschlichen Daseins eröffnen Langzeitperspektiven, die dabei helfen können, gesellschaftlich bedenklichen Klischees und vorschnellen Schlüssen vorzubeugen. Das Fachgebiet Archäologie steht demnach heute für umfassende vielfältige Sichtweisen auf die globale frühe Menschheitsgeschichte, die dezidiert das Ziel verfolgen, ältere stereotype Deutungsmuster jedweder Couleur zu überwinden und durch eine kulturell-gleichberechtigte wertschätzende diverse Sicht zu ersetzen. Insofern ist es heute schlichtweg nicht mehr möglich und auch gar nicht zielführend, einen wie auch immer gearteten Kanon der vermeintlich wichtigsten Ausgrabungsstätten und Funde zu erstellen. Dass das archäologische Erbe als Tourismusmagnet eine nicht zu unterschätzende große wirtschaftliche Bedeutung hat, dürfte sattsam bekannt sein. Archäologie ist darüber hinaus für jeden Ort der Welt von Interesse, weil hierdurch sowohl lokale Traditionen als auch gleichermaßen regionale wie überregionale Verflechtungen sichtbar werden, die es ermöglichen, sich selbst und die Gemeinschaft, in der man lebt, kulturell und historisch zu verorten. Dies dürfte die eigentliche Bedeutung von Archäologie sein. Sie schafft ideelle Werte, deren identitätsstiftende Bedeutung für eine Gesellschaft letztlich nicht hoch genug zu veranschlagen ist.

Patrick Schollmeyer ist Präsident des Deutschen Verbands für Archäologie (DVA)

Jung und offen?

Die Archäologie in der Moderne

DOREEN MÖLDERS

Archäologie ist eine vergleichsweise junge Wissenschaft. Sie fußt grundsätzlich auf der Erkenntnis, dass Dinge und Objekte historisch geordnet und analysiert werden können. Dieses Wissen ermöglichte es, die in königlichen und fürstlichen Sammlungen sowie Wunderkammern gehorteten Objekte, wie präparierte Tiere, Insekten, Skelette, koloniale Güter, Exotika, Gastgeschenke, Kunst- und antike Gegenstände und eben auch Dinge aus einer unbeeinteilung bildet. Jedoch blieb das Interesse an den Altertümern trotz der Herausbildung eines zunehmend aufgeklärten und selbstbewussten Bürgertums in der Moderne und den sich zu Bildungsstätten öffnenden Sammlungen zunächst gering. Die bis dahin geringe Wirkmächtigkeit sollte sich mit dem Erstarken nationaler Identitätsdiskurse jedoch schlagartig umkehren. Im 19. und vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden nicht nur zahlreiche Spezialmuseen mit Schwerpunkt deutscher Vorgeschichte, sondern Archäologie etablierte

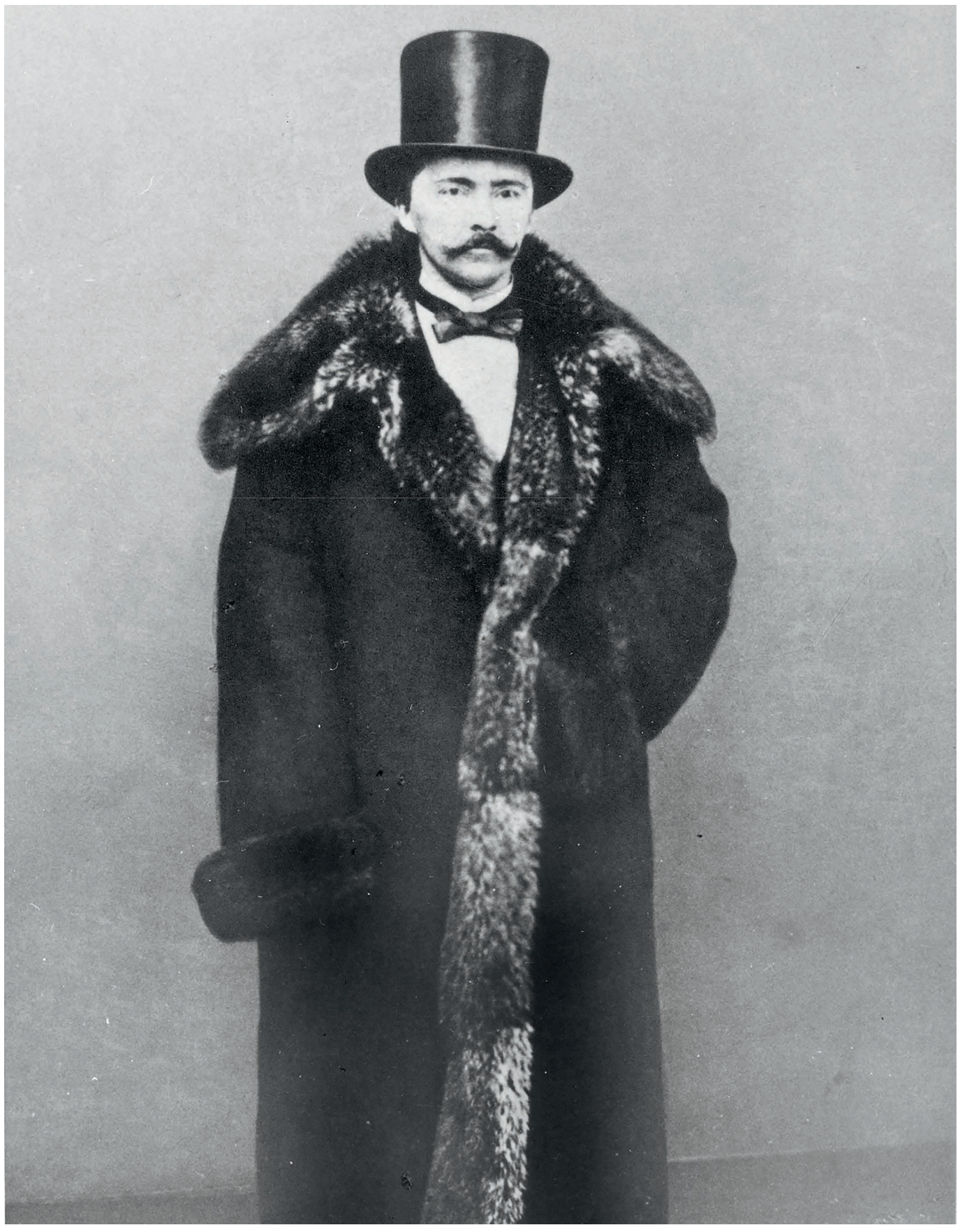


FOTO: STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN, MUSEUM FÜR VOR- UND FRÜHGESCHICHTE

Heinrich Schliemann, 1860 als Großkaufmann in St. Petersburg

stimmten »Vorzeit«, in eine uns heute geläufige kategoriale Geschichtsordnung zu bringen. Den Anstoß zur Klassifizierung nach Herkunft und Alter lieferten das Gesetz der Stratigraphischen Ordnung, d. h. oben liegende Erdschichten sind jünger als unten liegende Erdschichten, aus dem 17. Jahrhundert sowie Charles Darwins »On the Origins of Species«. Nach diesen Verschiebungen im Diskurs der Menschheitsentwicklung war der Schritt zur typologischen Ordnung der Dinge nicht mehr weit. 1836 veröffentlichte Christian J. Thomsen, Kustos der Königlichen Sammlungen Kopenhagen, erstmals das Ordnungssystem Steinzeit, Bronzezeit, Eisenzeit, das bis heute die Basis archäologischer Zeit-

sich akademisch als Universitätsfach. Die im Fachdiskurs propagierte und politisch nutzbare Gleichsetzung von germanisch mit deutsch führte schließlich zu einer »hervorragend nationalen Wissenschaft«, die ihre Botschaft in national bewegten Ausstellungen und im Schulunterricht öffentlichkeitswirksam darzustellen wusste. Es erfolgte die Entrümpelung der vor allem enzyklopädisch aufgestellten Altertumssammlungen und eine Didaktisierung der Präsentationen im Sinne einer erzieherischen Volksbildung von nationaler Tragweite. Geschichte und – im Falle der Archäologie – ihre materiellen Quellen wurden zu Propagandainstrumenten und »völkischen Belegmitteln« erster Güte. Das Narrativ der bis in die Steinzeit historischen Verwurzelung eines »Deutsch-Seins« wurde mittels Rekonstruktionen, Dioramen, Kartenmaterial und Schaubildern insbesondere für Laien (be-)greifbar gemacht. Diese Erzählung gipfelte in Leistungsschauen deutscher Nationalgeschichte wie »Lebendige Vorzeit« in Berlin (1937) und »Der Bauer in der deutschen Vorzeit« in Halle (1936). Und auch die Freilichtmuseen Unteruhlding und Radolfzell-Mettnau entstanden 1936 bzw. 1938 unter den Voraussetzungen völkisch-nationaler Weltanschauung. Sie wurden

zur romantisch-historischen Kulisse für eine glorifizierte Sehnsucht nach einer »artgerechten« Heimat, nach unberührter Natur und nach starken Vorfahren, um der als Knechtschaft empfundenen Industriearbeit und der krisenanfälligen freiheitlich-demokratischen Weimarer Republik eine nationale Lebensraumideologie entgegenzusetzen. Zwar waren diese frühen pädagogischen Ansätze Meilensteine der Wissenschaftsvermittlung, allerdings gingen sie aufgrund ihres politischen Backgrounds auf Kosten der Entwicklung eines kritischen Reflexionsvermögens, das auch nach 1945 – zumindest im deutschsprachigen Raum – für lange Zeit in der archäologischen Wissenschaft

Versteht man die Archäologie jedoch als Kulturwissenschaft, die allgemeine menschliche und kulturelle Phänomene aus einer Objektperspektive in den Blick nimmt und hierfür insbesondere die soziale Beziehung zwischen dem Menschen und seinen von ihnen selbst hervorgebrachten Dingen erforscht, dann ist sie eine Wissenschaft mit enormem zeitlichem Tiefgang

nicht mehr Einzug halten sollte. Denn die Archäologie hatte durch personelle Kontinuität und den sich wirkmächtig in den Köpfen festgesetzten rassisch-völkischen Erzählungen nationalsozialistischer Prägung keine alternativen Narrative zu bieten. So erfolgte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst der Rückzug auf eine vermeintlich objektive und puristische Wissenschaft samt ihrer trockenen, später von Politik und Publikum als verstaubt kritisierten öffentlichen Präsentation. Während bis in die 1990er Jahre eine theoriegeleitete Neuausrichtung auf der Strecke blieb, fand eine Modernisierung zunächst in der Denkmalpflege und den Ausgrabungs- und Analysemethoden statt. Neue Denkmalschutzgesetze beförderten archäologische Grabungsaktivitäten, die wiederum allerhand Quellenmaterial lieferten. Den Universitäten und Forschungseinrichtungen standen damit erstmals auch statistisch auswertbare Quellen zur Verfügung, um akribisch weiter an der Verfeinerung der vermeintlich politisch unbelasteten typo-chronologischen Ordnung zu arbeiten. Erst ab den 1970er Jahren ging das Fach wieder vermehrt an die Öffentlichkeit. Medienwirksam als Sternstunden einer abenteuerlichen Spurensuche inszeniert, war die Archäologie mit ihren ältesten, seltensten und glänzendsten Highlights und mit Attributen wie Schatz, Rätsel und Geheimnis wieder in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen. Nur die Germanen waren als Forschungs- und Ausstellungsthemen aus der Mode, ohne dass aber die Identitätserzählung an sich verworfen wurde. Im politischen Kontext der Einigung Europas konzentrierte man sich vielmehr auf weiträumige Identitätskonstruktionen wie die Kelten, Franken und Alamannen. Erfreulicherweise ging diese Entwicklung auch mit einer Internationalisierung des Faches einher. Einerseits entstanden europäische Forschungszentren wie das »Centre archéologique européen de Bibracte«, das unter Beteiligung europäischer Universitäten, unter anderem der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Universität Leipzig, die Erforschung des antiken, von Julius Cäsar erwähnten Fundplatzes Bibracte auf dem Mont Beuvray in Frankreich zum Ziel hat. Andererseits führte der kollegiale und studentische Austausch zu einer Öffnung des Faches gegenüber neuen Erkenntnistheorien und -methoden. Turns wie »linguistic turn«, »spacial turn« und »iconic turn« waren keine Fremdwörter mehr, sondern erlangten in der archäologischen Interpretationsarbeit zunehmend an Bedeutung. Dies gilt im Besonderen für den »material turn«, ging dieser doch mit einer gesteigerten Gewichtung der materiellen Kultur in den Geistes- und Kulturwissenschaften einher. Das neue Interesse an der Lesbarkeit materieller Quellen brachte der Archäologie gleichsam ein neues Forschungsfeld ein: die Archäologie der Moderne. Kritikerinnen und Kritiker mögen in Anbetracht der Vielzahl an Quellenmaterial für den jüngsten historischen Abschnitt die Erkenntnismöglichkeit der Archäologie als zu fragmentarisch abtun. Dies mag vielleicht aus einem geschichtswissenschaftlich positivistischen Wissenschaftsverständnis zutreffen. Versteht man die Archäologie jedoch als Kulturwissenschaft, die allgemeine menschliche und kulturelle Phänomene aus einer Objektperspektive in den Blick nimmt und hierfür insbesondere die soziale Beziehung zwischen dem Menschen und seinen von ihnen selbst hervorgebrachten Dingen erforscht, dann ist sie eine Wissenschaft mit enormem zeitlichem Tiefgang. Phänomene wie Migration, Handwerk, Design, Ess- und Trinkkultur, Leben in Extremen, Resilienz und viele Themen mehr können auf diese Weise bis in die Anfänge der Menschheitsgeschichte analysiert werden. Völkische Identitätskonstruktionen, die bis heute Rassismus und Antisemitismus befördern, würden damit endgültig der Vergangenheit angehören.

Doreen Mölders ist Leiterin des LWL-Museums für Archäologie, Westfälisches Landesmuseum Herne

Zwischen Geistes- und Naturwissenschaften

Archäologie als Brückenbauer

ALEXANDRA W. BUSCH

Radiokohlenstoff- und Thermolumineszenzdatierung, Gen-, Isotopen- und Röntgenfluoreszenzanalyse, Computertomografie, Rasterelektronenmikroskopie, Georadar, Geoelektrik, Geomagnetik und LiDAR – um nur einige zu nennen – sind Methoden aus den Natur- und Geowissenschaften, die teilweise schon seit Jahrzehnten in der Archäologie zur Anwendung kommen. Sie ermöglichen die Datierung von organischen und anorganischen Objekten, Alters- und Herkunftsbestimmung, geben Auskunft über Geschlecht, Verwandtschaftsgrad, Lebensalter und Ernährung von Menschen und Tieren. Mit ihnen lassen sich Materialzusammensetzungen und -veränderungen bestimmen, sie erlauben die zerstörungsfreie Erforschung und Dokumentation von Strukturen im Untergrund. Ihr Einsatz in der Erforschung des materiellen Erbes der Menschheit ist nicht mehr wegzudenken. Die Archäologie profitiert von den wissenschaftlichen und methodischen Fortschritten in anderen Disziplinen sowie von technischen Entwicklungen und Digitalität. Falsch wäre jedoch zu denken, dass natur- oder geowissenschaftliche Methoden ausreichen würden, um unser materielles Erbe zu entschlüsseln. Jede Methode hat ihre Grenzen und so wenig man die Geschichte der Menschheit allein mit aDNA-Forschung schreiben kann, so wenig bekommen wir Mensch-Umwelt-Beziehungen mit Hermeneutik in den Griff.

Vor dem Hintergrund, dass materielle Hinterlassenschaften aus mehr als drei Millionen Jahren die einzige Quelle unseres Wissens über die biologische, kulturelle und soziale Entwicklung der Menschheit sind, ist deren Erforschung wesentlich für die Beantwortung grundlegender Fragen unseres Lebens. Vom Menschen gemachte und genutzte Objekte, gebaute Monumente und Architekturen, anthropogen geprägte und gestaltete Landschaften sowie biologische oder ökologische Überreste geben gleichermaßen Aufschluss über Innovationen und technologische Entwicklung, Transfer und Austausch von Wissen, Regelwerke, Werte und Normen wie auch über gesellschaftliche, kulturelle und ökologische Veränderungen, und nicht zuletzt dokumentieren sie die komplexen Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt sowie deren Folgen. Unser materielles Erbe bildet damit ein bedeutendes, bislang aber noch nicht in seinen Potenzialen ausgeschöpftes Archiv für ein besseres Verständnis unserer Entwicklung und komplexer Zusammenhänge in unserer Welt.

Will man nun dieses Potenzial erschließen und Daten aus mehr als drei Millionen Jahren nutzen, d.h. die vielfältigen Spuren und materiellen Überreste vergangener menschlicher Aktivitäten, die in Bodenarchiven erhalten oder in Sammlungen aufbewahrt werden, erforschen, braucht es – was wenig überraschend ist – ein breites Methodenspektrum und ein produktives Zusammenspiel unterschiedlicher disziplinärer Zugänge. Der Archäologie kommt in diesem Zusammenspiel eine besondere Rolle zu, da sie seit jeher materielle Zusammenhänge und Prozesse erforscht und dies konsequent in Kooperation mit anderen Disziplinen tut. Zwar lässt sich ein Gebäude in kürzester Zeit mit einem 3D-Scanner dokumentieren, doch erst die genaue Autopsie des Befundes ermöglicht es, Bauphasen zu identifizieren, eine Grundlage für die Rekonstruktion der Baugeschichte zu schaffen, das in dem Bau steckende Know-how sowie den betriebenen Aufwand zu erschließen. Noch deutlicher wird die Bedeutung des Zusammenspiels und der Rolle der Archäologie an folgendem Beispiel: Während die aDNA-Forschung uns Auskunft über Alter, biologisches Geschlecht, Herkunft und Verwandtschaftsbeziehung gibt – kann die Archäologie über die Untersuchung von Objekten und ihren Kontexten z.B. erschließen, welche Regelwerke, Werte und Normen Gemeinschaften zugrunde gelegen haben und wie sich diese veränderten. Die Archäologie erschließt über die Untersuchung materieller Hinterlassenschaften, wie wir als Menschen »ticken«, was uns gemein ist, was uns unterscheidet. Sie arbeitet dafür seit Jahrzehnten in interdisziplinären Zusammenhängen eng verbunden mit spezialisierten Bereichen der Lebens- und Biowissenschaften – Anthropologie, Archäobotanik, Archäozoologie, Archäogenetik, Paläopathologie –, den Geowissenschaften – Geoarchäologie, Geophysik, Geologie, Mineralogie und Petrologie, Physische Geografie, Landschaftsarchäologie, Paläoklimatologie – sowie der Bauforschung, Restaurierung und Konservierung und Archäometrie. Die Archäologie ist also nicht nur Teil des Kanons der Disziplinen, die sich der Erforschung des Menschen widmen, sondern als Brückenbauer zwischen verschiedenen akademischen Disziplinen der Geistes- und Naturwissenschaften die wahrscheinlich interdisziplinärste aller Geisteswissenschaften.

Aus der Archäologie heraus werden zudem neue Subdisziplinen wie z. B. die Spurenforschung entwickelt, die – in Kombination mit kontrollierten experimentellen Studien – Rückschlüsse auf Nutzungsweisen, die Effizienz und Haltbarkeit von Objekten, wie z. B. eines Werkzeugs ermöglicht. Vergegenwärtigt man sich, dass die Nutzung von Werkzeugen seit Beginn der Menschheitsgeschichte eine wesentliche Grundlage unseres Lebensalltags und unserer Entwicklung ist, wird deutlich, welchen Erkenntniswert diese Objekte haben. Während in den älteren Epochen Artefakte aus lithischen Materialien, Knochen und Geweih zum Einsatz kamen, sind es in den jüngeren Epochen vermehrt Objekte aus Metall. Die systematisierte Untersuchung, Dokumentation und Replikation von Nutzungsspuren und -vorgängen an Werkzeugen ermöglicht es uns, Zusammenhänge zwischen Handlungen und den sie bedingenden Intentionen herzustellen. Konkret bedeutet dies, dass wir über die Spurenforschung nachweisen können, ob ein Werkzeug gezielt modifiziert wurde, um seine Gebrauchseigenschaften zu verbessern, oder ob Veränderungen, die wir bemerken, nur zufällige herstellungsbedingte Variationen sind. Die archäologische Spurenforschung wird so zu einem Schlüssel zum besseren Verständnis unseres Verhaltens und Handelns.

Alexandra W. Busch ist Generaldirektorin des Römisch-Germanischen Zentralmuseums – Leibniz-Forschungsinstitut für Archäologie und Professorin für Römische Archäologie am Institut für Altertumswissenschaften an der Johannes Gutenberg Universität in Mainz

FOTO: STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN / DAVID VON BECKER

Schliemanns Welten. Sein Leben. Seine Entdeckungen. Sein Mythos, Ausstellungsansicht, James-Simon-Galerie 2022

Kleines Fach mit beachtlichem Gewicht

Drei Fragen an Christoph Kümmel zur Förderung des Fachgebiets Archäologie

Welche Rolle spielt das Kleine Fach Archäologie in der deutschen Wissenschaftslandschaft? Wie wird es gefördert? Welche Disziplinen verbindet es? Christoph Kümmel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gibt Antworten auf diese Fragen.

Wie fördert die DFG »Kleine Fächer« wie die Archäologie?
Die DFG ist als zentrale Selbstverwaltungs- und Förderorganisation für die Wissenschaft in Deutschland offen für Projektanträge aus allen Wissenschaftsgebieten – natürlich auch aus allen sogenannten »Kleinen Fächern«. Anträge aus den verschiedenen archäologischen Fächern werden vor allem in der Einzelförderung mit einer Laufzeit von drei bis sechs Jahren bewilligt. Die Archäologie ist aber auch häufig an größeren Verbundprojekten – etwa Forschungsgruppen oder Sonderforschungsbereichen – beteiligt. Vor allem die Einzelförderung bietet sehr flexible Möglichkeiten für die Unterstützung von Projekten mit vielfältigen Methoden und Themen, wie sie in der Archäologie üblich sind. Für die Förderung aller altertumswissenschaftlichen Fächer stehen ca. 25 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung – die archäologischen Fächer haben daran sicherlich einen Anteil von mehr als zwei Dritteln.

Welche Bedeutung kommt dem Fachgebiet Archäologie in der deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu?
Archäologie gibt es eigentlich nur im Plural. Die vielen archäologischen Fächer von der Ur- und Frühgeschichte über die Klassische und Vorderasiatische Archäologie bis zur Archäologie des Mittelalters und der Neuzeit – um nur einige größere Einzelfächer zu nennen – sind an allen Volluniversitäten in verschieden großer Vielfalt vertreten. Gemessen an der fachlichen Breite, der Anzahl der Professuren und vor allem der Studierenden nehmen die Archäologien ein beachtliches Gewicht im Spektrum der geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächer ein. Im Vergleich zu anderen Fächern sind die Archäologien aus meiner Einschätzung sehr stark in der Einwerbung von Drittmitteln für Forschungsprojekte im Inland, besonders aber auch im Ausland. Die wichtige Bedeutung kann man inhaltlich daran messen, dass die Archäologien die einzigen Disziplinen sind, die sich unter Berücksichtigung aller relevanten Quellen mit der sehr langen Zeit der frühen menschlichen Geschichte und vor allem mit der materiellen Lebenswelt der Menschen auseinandersetzen. Für viele Zeiträume stehen nur materielle Überreste für die Untersuchung der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zur Verfügung. Außerdem verfolgen die Archäologien sehr vielfältige Methodenansätze – das ist eine notwendige Konsequenz aus der großen Bandbreite an Zeiten, Regionen, kultur- und sozialwissenschaftlichen Themen sowie der schon angesprochenen enormen Quellenvielfalt. Archäologien können sich mit Landschaften und ihrer Veränderung durch die Menschen beschäftigen, aber auch mit den Überresten der Menschen selbst. Sie interessieren sich für kleinste Spuren menschlicher Handlungen oder – ganz im Gegenteil – mit monumentalen Kunstwerken.

Wie verbindet die Archäologie als Disziplin Naturwissenschaft und Kulturwissenschaft?
Grundsätzlich verfolgen Archäologien – auch wenn naturwissenschaftliche Methoden einen sehr großen und wachsenden Stellenwert haben – geistes- und kulturwissenschaftliche Fragestellungen. Anders als in den Naturwissenschaften stehen keine allgemeingültigen Wirkungszusammenhänge – Naturgesetze – im Zentrum. Das Ziel ist die Erforschung der kulturellen und gesellschaftlichen Ausprägung menschlicher Gesellschaften und der Lebensumstände. Wenn möglich auch der Vorstellungswelten, sofern die Quellen dazu ausreichen. Die Verbindung zum Forschungsansatz und zur Methodik der Naturwissenschaften ist aber so eng wie in keiner anderen geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplin. Dies zeigt sich an der Struktur der Forschungsprojekte: Es gibt eigentlich kein archäologisches Ausgrabungsprojekt mehr, an dem nicht auch naturwissenschaftlich ausgebildete Personen intensiv mitarbeiten. Die naturwissenschaftliche Methodik liefert wesentliche Hinweise zur Zeitstellung, zur Beschaffenheit und Herkunft der Funde und – was immer wichtiger wird – zu übergeordneten Umweltbedingungen und Konsequenzen des menschlichen Handels für den Naturraum. Die Grenzen der Disziplinen sind in der Praxis häufig gar nicht mehr spürbar. Archäologie ist aus meiner Sicht gleichbedeutend mit einer integrativen Wissenschaft, die Fächergrenzen täglich überschreitet.

Christoph Kümmel ist Programmdirektor in der Geschäftsstelle der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zeugnisse vergangener Kulturen

Archäologische Denkmalpflege

MICHAEL M. RIND

Archäologischer Denkmalschutz, Denkmalpflege und Bodendenkmalpflege sind Begriffe, mit denen die Archäologinnen und Archäologen in Deutschland seit Jahrzehnten vertraut sind. Dass das archäologische Erbe nicht nur interessant, sondern auch schützenswert ist, hat man vielerorts schon früh erkannt. In Westfalen-Lippe wurde mit den ersten Ausführungsbestimmungen bereits vor über 100 Jahren eine Möglichkeit geschaffen, archäologische Denkmäler zu erforschen, zu schützen und der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Nach der Entdeckung des Pfostenlochs im Römerlager von Haltern vermittelten 1904 die Archäologen Kaiser Wilhelm II.: »Majestät, nichts ist dauerhafter als ein ordentliches Loch.« Mit dem Preußischen Ausgrabungsgesetz von 1914 und den Ausführungsbestimmungen dazu aus dem Jahr 1920 verpflichtete man sich, »beim Schutz der vorgeschichtlichen Denkmale mitzuwirken«. Auch in der Weimarer Reichsverfassung war das Staatsziel »Denkmalschutz« verankert. In der entstehenden Bundesrepublik gab sich Schleswig-Holstein 1958 als erstes Bundesland ein erstes Denkmalschutzgesetz. Die anderen Bundesländer folgten.

Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland wachen die Länder jeweils über ihre Kulturhoheit, deshalb gibt es in jedem Land ein eigenes Denkmalschutzgesetz und die Ausstattungen der Fachämter und Behörden, die sich um den Denkmalschutz kümmern, sind sehr unterschiedlich.

Um bundesweite Belange der amtlichen Bodendenkmalspflege vertreten zu können, wurde am 15. September 1949 der Verband der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland gegründet, dem sich nach der Wiedervereinigung die Landesarchäologen der neuen Bundesländer angeschlossen haben. Der Verband wird bald gendergerecht »Verband der Landesarchäologien« heißen. Schutz, Pflege, Erforschung und Inwertsetzung archäologischer Denkmalsubstanz bzw. des archäologischen Kulturerbes stehen im Fokus des Verbandsinteresses. Ziel des Verbandes ist es, den Vertretern der Landesarchäologien eine Plattform für den Erfahrungsaustausch und die fachliche Diskussion zu Fragen der archäologischen Denkmalpflege zu bieten. Mehrere Kommissionen arbeiten zu aktuellen Themen der archäologischen Denkmalpflege. Der Verband brachte 2001 die »Leitlinien zur archäologischen Denkmalpflege in Deutschland« heraus, um für alle Länder verbindliche Standards zu setzen. Der Verband ist allerdings auch eine politische Interessenvertretung. Daher vertritt der Vorstand des Verbandes die archäologischen Interessen bei verschiedenen Gremien, z. B. im Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland. Er ist Mitglied im Deutschen Verband für Archäologie und im europäischen Dachverband, dem Europae Archaeologiae Consilium.

Die Alltagsarbeit im Gelände ist hart und kräftezehrend, die Sicherung von Fundstellen mitunter problematisch

FOTO: STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN / DAVID VON BECKER

Schliemanns Welten. Sein Leben. Seine Entdeckungen. Sein Mythos, Ausstellungsansicht, Neues Museum 2022

Aber was steckt eigentlich hinter dem Begriff »Denkmal«, was versteht man darunter? Wie können Denkmäler aussehen? Ganz unterschiedlich: Ein Denkmal, das kann eine Statue sein, ein Gebäude, ein Schiff oder ein Flugzeug, hinter einem archäologischen Denkmal kann sich eine Höhle, ein Bergwerk, eine Grabanlage, eine Landwehr, ein Töpferofen, ein Tempel oder eine Kirche, eine Siedlung oder nur ein profaner Gebäuderest – Pfostenstellungen eines Hausgrundrisses, Mauerstrukturen – oder als sogenanntes »bewegliches Bodendenkmal« ein Schiff, ein translozierter Stein aus einem Großsteingrab oder eine Scheibe von Nebra verbergen, um nur eine ganz kleine Auswahl zu nennen. Ein anderer Aspekt sind die auch nach anderen Gesetzen geschützten Archivböden. Neben den Bau- und archäologischen Bodendenkmälern gibt es zudem in einigen Bundesländern paläontologische Denkmäler in Form von fossilen Lagerstätten mit entsprechenden Vorkommen von Versteinerungen bzw. Spuren von pflanzlichem und tierischem Leben. Alle Bodendenkmäler sind als Quellen »Bodenurkunden«, aus denen Archäologen und Paläontologen ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse ableiten. Daher hat sich der Begriff des Bodenarchivs eingebürgert. Denkmäler zu schützen und zu pflegen gehört in den Ländern zu den Kernaufgaben der jeweiligen Institutionen, die denkmalrechtlich und denkmalpflegerisch tätig sind. Die Denkmalschutzgesetze sind die Rahmenbedingungen.

In verschiedenen europäischen Konventionen wird zudem der Umgang mit dem archäologischen Erbe international festgelegt, z. B. La Valletta bzw. Charta von Malta, Konvention von Faro; Charta von Lausanne; spezielle Konventionen sorgen sich um einzelne Themen wie beispielsweise den Schutz des archäologischen Erbes unter Wasser.

Leider sind die Erhaltungsbedingungen von archäologischen Funden sehr unterschiedlich. Je nach Bodenmilieu können Fundstücke sehr gut erhalten oder schlimmstenfalls stark angegriffen oder sogar zersetzt sein. Organische Reste erhalten sich nur unter ganz besonderen Konditionen und erfordern nach einer Bergung eine spezielle konservatorische und restauratorische Behandlung. Zur Ausnahme gehören außergewöhnliche Erhaltungsbedingungen wie die Fundumstände eines der ältesten Bodendenkmäler in Deutschland, dem Römergrab in Köln-Weiden. Dort hat sich mitten im Stadtgebiet der Metropole eine unterirdisch angelegte Grabkammer aus dem zweiten und dritten Jahrhundert mit Mobiliar, Portraitbüsten und Sarkophag erhalten, die heute noch besichtigt werden kann. Das Bodendenkmal ist eine der besterhaltenen und eindrucksvollsten Grabanlagen aus römischer Zeit nördlich der Alpen.

Die Fachämter für Archäologie bzw. Bodendenkmalpflege sorgen nicht nur für eine entsprechende Datensammlung über die Fundstellen, sondern auch für deren Sicherung und Erhalt. Mit modernen Prospektionsmethoden wie Luftbildarchäologie, Lidar-Scan-Auswertungen, Magnetprospektion oder Radaruntersuchungen versucht man auch minimalinvasiv die archäologischen Hinterlassenschaften aufzuspüren und anschließend deren Erhalt zu sichern. Um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden, sind herausragende Funde in zahlreichen archäologischen Museen präsentiert. Außerdem werden die im Zuge von Rettungs- und Forschungsgrabungen entdeckten Fundstücke in Depots bzw. Magazinen aufbewahrt und damit für zukünftige Generationen gesichert.

Auch für Zeiten, in denen es schon historische Überlieferungen gibt, ist der Erkenntniswert der Archäologie von Nutzen

Um die archäologische Denkmalpflege stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen, plante und organisierte der Verband der Landesarchäologen große Sonderausstellungen. Der ersten Ausstellung mit dem Titel »Das neue Bild der Alten Welt – Archäologische Bodendenkmalpflege und archäologische Ausgrabungen in der Bundesrepublik Deutschland von 1945–1975« folgte etwa 25 Jahre später in 2002 die Ausstellung »Menschen – Zeiten – Räume. Archäologie in Deutschland«. Im Europäischen Kulturerbejahr 2018 konnte die Ausstellung »Bewegte Zeiten – Archäologie in Deutschland« im Berliner Martin-Gropius-Bau präsentiert werden.

Mit Schatzsuche und Abenteuerei hat die Archäologie wenig zu tun, auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung schnell Assoziationen zu Heinrich Schliemann, Indiana Jones und Lara Croft aufkommen. Und auch der Nimbus von pinselschwingenden skurrilen Archäologinnen und Archäologen stimmt meist nicht. Die Alltagsarbeit im Gelände ist hart und kräftezehrend, die Sicherung von Fundstellen mitunter problematisch und der Ruf der Archäologen trotz großen medialen Interesses an den Ergebnissen vereinzelt immer noch nicht optimal. Wir sollten bedenken, dass wir es mit der Bewahrung unseres einzigen kulturellen Erbes zu tun haben, das sich im Boden erhalten hat und aus dem die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler lesen können, oft der letzte interpretierbare Rest einer vergangenen Kultur. Und auch für Zeiten, in denen es schon historische Überlieferungen gibt, ist der Erkenntniswert der Archäologie von Nutzen, das zeigt sich ganz besonders in einem eigenen jüngsten Zweig unserer Forschung, der sogenannten »Archäologie der Moderne«. Immer wieder stellt sich dabei heraus, wie einseitig andere Quellen sind und was man alles noch an wichtigen Hinweisen finden kann, die oft ganz bewusst nirgendwo aufgezeichnet worden sind.

Michael M. Rind ist Vorsitzender des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland

»Archäologische Funde stärken die Landesidentität«

Rainer Robra im Gespräch

Der Kulturminister Sachsen-Anhalts, Rainer Robra, spricht mit Ludwig Greven über die Bedeutung der Himmelsscheibe von Nebra und anderer Kultur- und Geschichtszeugnisse für die Kulturpolitik des Bundeslandes und darüber, welche neuartigen Erkenntnisse digitale Erkundungstechniken ermöglichen.

Ludwig Greven: Herr Robra, in Sachsen-Anhalt wurde nicht nur die fast 4.000 Jahre alte Himmelsscheibe von Nebra entdeckt, es wurden und werden auch viele andere Geschichts- und Kulturzeugnisse gefunden. Welche Bedeutung hat die Archäologie für die Kultur und die Kulturpolitik des Landes?
Rainer Robra: Wir verstehen uns als ein Kulturland mit einer reichen Geschichte. Schon im 19. Jahrhundert wurden im Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt bedeutende Funde gemacht. Das hängt mit der Besiedlungsgeschichte zusammen. Der Harz ist eine deutliche Erhebung aus der norddeutschen Tiefebene. Wie die Auswertung auch mithilfe modernerer DNA-Verfahren zeigt, war er schon zu Zeiten der Völkerwanderung ein Ort, wo man innehielt. Heute können wir immer besser verstehen, wie dynamisch diese Prozesse über Jahrtausende verlaufen sind. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir in der Archäologie einen immensen Schub erlebt. Etliche große Bauvorhaben seit der Wiedervereinigung haben mit sich gebracht, dass viele Sicherungsgrabungen gemacht wurden, die häufig bemerkenswerte Erkenntnisse auf der Vor- und Frühgeschichte, aber auch aus dem Mittelalter erbracht haben. Für uns ist das ungeheuer wichtig, auch weil es die Landesidentität stärkt. Deshalb unterstütze ich das als Kulturminister nach Kräften.

Was können uns die Geschichts- und Kulturzeugnisse sagen?
Es geht um Antworten auf die großen Fragen: Wo kommen wir her? Was hat uns geprägt? Was macht unser Menschsein in seiner historischen Dimension aus? Das nehmen in wunderbarer Weise die Ausstellungen auf, die im Zusammenhang mit den bedeutenden Grabungen gemacht werden. Beispielsweise die Ausstellung »Krieg – eine archäologische Spurensuche« im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle vor einigen Jahren. Ausgangspunkt dafür war eine Blockbergung aus einem Massengrab vom Schlachtfeld bei Lützen, wo Schwedenkönig Gustav Adolf ums Leben gekommen ist. Die Ausstellung zeigte sehr nachdrücklich, was Menschen in der Lage sind, anderen anzutun – immer wieder aufs Neue. Ein Renner sind die Ausstellungen zur Himmelsscheibe, mit jeweils Zehntausenden, teils bis zu Hunderttausenden von Besuchern. Das belegt das große Interesse der Öffentlichkeit an diesen Themen. Die Archäologen versuchen, das möglichst anschaulich zu präsentieren.

Was fasziniert die Menschen an den alten Sachen?
Es ist die tiefere historische Schicht. Man sieht, was die Vorfahren schon zu leisten vermochten. Lange hat der Eindruck geherrscht, dass wissenschaftliche und künstlerische Leistungen vor 1.000 Jahren in anderen Weltgegenden vollbracht wurden, während hier die Menschen im übertragenen Sinn quasi noch auf den Bäumen hockten. Die Forschungen zur Himmelsscheibe zeigen jedoch, dass es auch hier schon früher große kulturelle Leistungen gegeben hat. Das erfüllt die Nachfahren mit einem gewissen Stolz.

Wie häufig wird neues Altes gefunden?
Es vergeht kaum eine Woche, in der die Medien des Landes nicht über neue Funde oder neue Interpretationen früherer Funde berichten. Manches wird entdeckt, weil jetzt das ganze Land systematisch erfasst wird. Mit modernen Techniken wird zugleich an älteren Funden Neues entschlüsselt. Vieles ist noch gar nicht vollständig ausgewertet, oder man erkennt erst jetzt die vollständige Dimension. Denken Sie an das Ringheiligtum Pömmelte bei Schönebeck, eine Grabenanlage ähnlich wie Stonehenge, allerdings aus vergänglichem Material Holz. In der Nähe sind Gräber aus dem Ende des dritten Jahrtausends vor Christus entdeckt worden. Mit modernen Untersuchungsmethoden konnten Verwandtschaftsbeziehungen der Bestatteten gezeigt werden und übrigens auch, dass die meisten Männer aus der Region stammten und Frauen zum Teil nicht. Früher gab es eher Zufallsfunde, heute gehen Archäologen ganz anders vor. So kommt man an historische Phasen heran, die bislang verborgen waren.

Grabungen und ihre Auswertung sind sehr aufwendig. Kann sich Ihr Land eine solche systematische Suche leisten? Was geben Sie im Jahr für Archäologie aus?
Das Landesamt für Denkmalpflege hat einen Jahresetat von gut 20 Millionen Euro. Zusätzlich werden Sondermittel für Grabungen eingeworben, bisweilen bekommen wir auch europäische Mittel. Für das Land sind die Schnitte durch die Zeit ein wichtiger Schwerpunkt. Wir haben uns als Ziel gesetzt, die Funde und Erkenntnisse digital zugänglich zu machen, weit über das Land hinaus. Und dabei Geschichten zu erzählen. Die technische Entwicklung hilft da sehr. So wurde ein Verfahren entwickelt, um von jeder alten Münze einen digitalen Fingerabdruck zu erstellen. Das erleichtert auch überregionale Ausstellungsprojekte. Nicht, dass eine hochwertige Münze als Leihgabe weggegeben wird und eine minderwertigere zurückkommt!

Gibt es im Kulturetat Konflikte mit anderen Vorhaben, etwa für moderne Kunst?
Der Kulturetat des Landes ist für beide ausreichend. Außerdem schreibt das Denkmalschutzgesetz vor, dass jeder, der ein Bauvorhaben auf einer sogenannten Verdachtsfläche beginnt, dort Grabungen bis zu einem gewissen Umfang bezahlen muss. Dadurch kann das Landesamt sie zum Großteil durch Drittmittel finanzieren. Die Auswertung leisten wir mit dem Personal des Landesamts, in Kooperation mit Hochschulen. Das Landesmuseum ist national und international mit anderen verflochten. So werden gemeinsam Forschungen und Ausstellungen möglich, die sich Sachsen-Anhalt allein nicht leisten könnte.

Archäologische Funde zeigen häufig Verbindungen zu anderen Weltgegenden, etwa durch Handel. Müssen wir die Globalisierung historisch neu denken, ist sie gar kein neuzeitliches Phänomen?
Die Himmelsscheibe ist dafür ein Schlüsselfund. Heutige wissenschaftliche Methoden und teilweise kriminalistische Recherchen belegen, dass in ihr Metalle aus verschiedenen Regionen der Welt verarbeitet wurden. Der große Sprung nach vorne ist die DNA-Analyse. Damit kann man alte Funde intensiv auf Spuren auch aus anderen europäischen oder Weltgegenden untersuchen.

FOTO: HELLENIC MINISTRY OF CULTURE AND SPORTS/HELLENIC CULTURAL RESOURCES MANAGING AND DEVELOPMENT ORGANIZATION

Florales Ornamentblech aus Gold, Mykene – Gräberrund A, Grab III (Griechenland), frühmykenisch, 16. Jahrhundert v. Chr., National Archaeological Museum, Athens

Zum Teil gibt es dann gezielte Nachgrabungen. Es erlaubt uns sehr genau, nachzuvollziehen, welche biografische Geschichte einzelne Funde haben. Besonders beeindruckend war das bei der Blockbergung vom Schlachtfeld von Lützen. Da konnte man analysieren, aus welchen Regionen die Soldaten kamen, welche Vorerkrankungen sie hatten und wie sie sich ernährt haben. Es ist sensationell, wie man damit die Hintergründe ausleuchten und Geschichten drum herum erhellen kann. Das macht es für die Öffentlichkeit sehr lebendig.

Früher gaben Artefakte und Gebäudereste oft nur Zeugnis über das Leben ehemaliger Herrscher und Eliten, weil vom Leben der einfachen Leute wenig übrig blieb. Ist das jetzt anders?
Aus ehemaligen Siedlungen kann man nun sehr genau das Leben der ehemaligen Bewohner rekonstruieren. Wie haben sie gelebt und wovon? Womit haben sie sich beschäftigt? Wo kamen die Lebenspartner her? Mancher spektakuläre Fund liegt aber gar nicht in der Erde, sondern im Depot. Man muss ihn nur mit den neuen Techniken noch einmal analysieren. Die Summe dieser Erkenntnisse ermöglicht ein neues Gesamtbild.

Die Digitalisierung erlaubt nicht nur neuartige Präsentationen, sondern auch Erkundungen des Bodens ohne teure Grabungen, mit bildgebenden Verfahren. Wird das bei ihnen auch eingesetzt?
Ja, damit kann man das ganze Land kartografieren und so mögliche Funde sichern, um sie gegebenenfalls später gezielt auszugraben. Es lohnt sich, mit diesen Verfahren noch mal neu zu forschen, auch da, wo schon früher gegraben wurde.

Kooperieren die Bundesländer bei der Archäologie ausreichend?
Die Denkmalpfleger und Landeshistoriker arbeiten eng zusammen, auch die Hochschulen. Der Wissensaustausch funktioniert nach meinem Eindruck sehr gut. Es ist ein Privileg Mitteldeutschlands, sehr lange geschichtliche Achsen zu haben, mit guter Quellenlage. Ein Land wie Niedersachsen hat da gegebenenfalls sehr viel weniger zu bieten. Daran lassen wir andere Bundesländer gerne teilhaben.

Archäologische Funde haben oft auch eine nationale und internationale Bedeutung. Sollte der Bund die Länder hier stärker finanziell unterstützen?
Ich habe keinen Grund, mich da zu beschweren. Im Kulturföderalismus arbeiten wir heute pragmatisch gut zusammen, auch mit der Kulturstiftung des Bundes. Mittel sind da, sie können beantragt werden. Die Zeiten, wo man sich zum Teil kritisch beäugt hat, liegen zum Glück vor meiner Zeit als Kulturminister.

Sind die Himmelsscheibe von Nebra und andere archäologische Schätze ein touristischer Anziehungspunkt für Sachsen-Anhalt? Ist das auch ein wirtschaftlicher Faktor?
Wir wissen besonders von Sonderausstellungen, dass Menschen aus ganz Deutschland und darüber hinaus deswegen kommen und oft dann noch eine Weile bleiben. Reproduktionen der Himmelsscheibe sind ein Renner, auch als Schmuck. Das Land hat sich die Markenrechte dafür gesichert. Das Landesamt bekommt so bei jedem Verkauf etwa von Halsketten eine kleine finanzielle Rückmeldung. Neben dem Bauhaus, Kirchen und Museen haben wir damit ein weiteres wichtiges kulturelles Angebot. 60 Prozent der Besucher in Sachsen-Anhalt sind Kulturreisende. Das hat auch eine wirtschaftliche Bedeutung.

Was wird man später einmal von uns Heutigen ausgraben?
Eine wichtige Erkenntnis der Archäologie ist, dass wir verderblicher sind, als wir häufig hoffen. Finden wird man radioaktive Fässer aus ehemaligen Atomkraftwerken. Das reicht viel länger als die Geschichte, die wir heute rückblickend betrachten. Grabungen nach menschlichen Überresten werden seltener Erfolge bringen. Bemerkenswert ist doch, wie schnell sich heute Friedhöfe verjüngen. Die Zeiten, in denen Gräber über lange Zeit gepflegt wurden, ist vorbei. Das bedeutet als Folge, dass da auch nicht mehr so viel an Zeugnissen erhalten bleibt. Überdauern werden aber spektakuläre Aufnahmen von anderen Sternensystemen, Kulturzeugnisse und große Datensammlungen. Die können dann spätere Generationen auswerten. Unsere Denkmalpflege ist jedenfalls auf Zukunft ausgerichtet, um das Wissen und die Kultur von Generation zu Generation weiterzugeben.

Vielen Dank.

Rainer Robra leitet die Staatskanzlei von Sachsen-Anhalt und ist Kulturminister des Landes. Ludwig Greven ist Publizist

THEMA

FOTO: GIORGOS MESTOUSIS

Iliou Melathron (Schliemannhaus in Athen), Vestibül mit Blick in die untere Mittelhalle, © Numismatic Museum Athens

Im stetigen Wandel

Archäologie in ländlichen Räumen

MANFRED NAWROTH

Archäologische Funde sind in all ihrer Vielfalt und Komplexität in nahezu allen Regionen Deutschlands wichtige Zeugnisse einer Jahrtausende anhaltenden Menschheitsentwicklung. Schon seit mehreren Jahrhunderten haben sie Menschen angeregt, sich mit den Hinterlassenschaften vergangener Zeiten zu beschäftigen. Die Archäologie entwickelte sich im 19. Jahrhundert zu einer Wissenschaft, die auch Laien in ihren Bann zog. So gelangten zahlreiche dem Boden entnommene Gegenstände nicht nur in überregionale Museen, sondern auch in Sammlungen kleinerer Stadt- und Dorfgemeinden. Heute mehr denn je unterliegt das archäologische Erbe Umwelt- und Bewirtschaftungseinflüssen sowie dem Klimawandel. Besonders auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen unterliegen Bodendenkmäler einer schleichenden Zerstörung durch mechanische Bodenverlagerungen, Erosion und Schadstoffe. In Feucht- und Moorgebieten stellen Maßnahmen zur Absenkung des Wasserspiegels, die Austrocknung durch klimatische Veränderungen sowie der Torfabbau eine große Gefahr für archäologische Strukturen und historische Umweltarchive dar. Um diesem entgegenzuwirken, hat sich die archäologische Denkmalpflege zusammen mit dem Landwirtschaftssektor schon vor einigen Jahren das Ziel gesetzt, geeignete Maßnahmen zur Bewahrung archäologischer Ressourcen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen zu entwickeln und umzusetzen. Hier könnte neuartigen Methoden des Monitorings mithilfe von Luft- und Erdbeobachtungssystemen zukünftig eine wichtige Rolle zukommen.

Angesichts der in den letzten Jahren stetig zunehmenden Gefährdung von Bodendenkmälern und Funden bleibt die Bewahrung und Pflege der öffentlich zugänglichen Bodendenkmäler und archäologischer Materialien in lokalen Museen und Heimatstuben von großer Bedeutung. Seit dem 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart haben sich in den ländlichen Räumen viele Initiativen für den Erhalt, die Erforschung und die Vermittlung des kulturellen Erbes gebildet, das fest im Bewusstsein der lokalen Bevölkerungen verankert ist. Als eindrucksvolle Beispiele seien hier die fast 40.000 Jahre alten, frühesten figürlichen Kunsterzeugnisse der Menschheitsgeschichte aus den Höhlen der Schwäbischen Alb, das nordfriesische Wattenmeer um Hallig Hooge als Relikt einer untergegangenen Kulturlandschaft, die jungstein- und bronzezeitlichen Pfahlbauten in der Bodenseeregion, die prachtvolle Ausstattung des frühkeltischen Fürstengrabes von Eberdingen-Hochdorf oder der vor mehr als 30 Jahren entdeckte Ort

Die Bewahrung und Pflege archäologischer Materialien in lokalen Museen bleibt von großer Bedeutung

der legendären Varusschlacht im Teutoburger Wald genannt. Solche Orte schaffen in ländlichen Räumen Verbundenheit, Geschichtsbewusstsein, Identität und einen kulturellen Anker, haben aber auch touristisches und wirtschaftliches Potenzial.

Getragen werden die Einrichtungen oft von Gemeinden mit knappen Haushaltskassen und ehrenamtlich in Vereinen engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Doch diese Menschen müssen motiviert werden, ihre Zeit, Kompetenzen und Ideen in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen. Förderer vor Ort werden benötigt, um die immer wieder notwendig werdenden Ausgaben zu finanzieren. Die Rahmenbedingungen sind dafür seit Jahren allerdings in etlichen Bereichen schlechter geworden. Viele früher in Dörfern und Kleinstädten selbstverständliche Einrichtungen nicht nur des kulturellen, sondern auch des gesamten gesellschaftlichen Lebens sind verschwunden: Schulen, Läden, usw. Auch heute sind Museen und Heimatstuben beliebte Treffpunkte und fester Bestandteil des kulturellen Lebens der Gemeinden und bieten regelmäßige Veranstaltungen wie Vorträge und Lesungen, regionale Feste und vieles mehr.

Die Öffentlichkeit und die Politik haben die Negativentwicklungen der ländlichen Räume in den letzten Jahren wahrgenommen und suchen nach Mitteln, um diesen gegenzusteuern oder sie zumindest abzufedern. Als eine Konsequenz wurde 2020 durch Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien das beim Deutschen Verband für Archäologie (DVA) angesiedelte »Soforthilfeprogramm Heimatmuseen« ins Leben gerufen. Damit konnten mit Bundesmitteln in 148 Projekten bundesweit investive Maßnahmen in Museen und an archäologischen Stätten in ländlichen Räumen gefördert werden. 2021 wurde das Programm neu aufgelegt und um den Programmteil »Landwirtschaftliche Museen« erweitert, wodurch mehr als 300 Einrichtungen gefördert werden konnten. Auch 2022 ist im Juli ein Soforthilfeprogramm Heimatmuseen an den Start gegangen. Die hohe Nachfrage über mehrere Jahre zeigt, dass die Ergänzung der föderalen Angebote durch eine bundesweite Förderung dem Bedarf der Museen und Stätten entgegenkommt. Gleichzeitig ist das Programm auch ein Zeichen des Wahrnehmens und der Wertschätzung der Belange der aktiven Kulturträger in ländlichen Räumen. Dieses Anliegen ist dem DVA besonders wichtig, denn auch strukturschwächere Räume müssen lebenswert bleiben.

Manfred Nawroth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen zu Berlin und stellvertretender Geschäftsführer des Deutschen Verbandes für Archäologie

Vernetztes Denken

Drei Fragen an Ina Czyborra zur Bedeutung der Archäologie für die Stadt

Welche Rolle spielt Archäologie in der Politik und insbesondere in der Stadtentwicklungspolitik? Die Archäologin Ina Czyborra ist seit mehr als zehn Jahren Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus – und vereint so beide Welten. Politik & Kultur fragt bei ihr nach.

Frau Czyborra, Sie sind Archäologin und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Was bringen Sie aus der archäologischen Praxis mit in die Politik?
In der Archäologie ist vernetztes Denken besonders wichtig. Einzelne Daten sagen für sich genommen oft nur wenig aus, aber durch die Verknüpfung einer Vielzahl von verschiedenen Daten lässt sich eine vergangene Welt rekonstruieren. In der Politik sind es ebenfalls komplexe Strukturen und Zusammenhänge, die in einen Kontext gesetzt und zusammen betrachtet werden müssen. Eine ausgeprägte Vorstellungskraft ist in beiden Bereichen ebenfalls unabdingbar, um sich vergangene wie auch zukünftige Gesellschaften vorstellen zu können.

Die Archäologie beschäftigt sich viel mit Ritualen und Strukturen. Und sie stellt viele Fragen: Wie entwickelten sich frühere Gesellschaften im Raum? Wie halfen Rituale, beispielsweise Bestattungsrituale, ökologische Krisen oder kriegerische Handlungen einer Gesellschaft und die stattfindenden Umbrüche zu bewältigen? Jahreszyklen und Sozialstruktur spielten immer eine fundamentale Rolle für die Entwicklung einer Gesellschaft. Weiträumige Tausch- und Prestigesysteme organisierten und manifestierten Machtstrukturen.

Welche Rolle spielt Archäologie für die Stadtentwicklung?
Ausgrabungen in Berlin zeigen uns, woher unsere Stadt kommt und auf welchen Grundlagen sich die Stadt entwickelt hat. Für die weitere Entwicklung ist es wichtig, diese früheren Strukturen der Stadt zu respektieren und aufzunehmen. Die Geschichte der Stadt zeigt uns zudem auch immer wieder, dass sie von jeher durch Einwanderung geprägt wurde. Schon in der Frühgeschichte beeinflussten ökologische Krisen das Siedlungsverhalten. Der Verlust von Lebensgrundlagen führte zu gravierenden gesellschaftlichen Umbrüchen. Die Archäologie zeigt uns für die Gegenwart auf, wie bedeutsam der verantwortungsbewusste Umgang mit Ressourcen ist.

Welche Auswirkungen haben die Veränderungen in den Denkmalschutzgesetzen der Bundesländer auf die Archäologie und ihre Praxis?
Tatsächlich haben die Denkmalschutzgesetzgebung und ihre Novellen der letzten Jahre enorme Auswirkungen darauf, wie Denkmale definiert werden, wer für deren Schutz zuständig ist, wie der Schutz des Kulturgutes und auch die Bodendenkmäler fachlich umgesetzt werden kann und wieweit andere Interessen, z. B. die des schnellen und kostengünstigen Bauens, durchschlagen. Sie hat auch Auswirkungen darauf, ob Bodendenkmalpflege im Wesentlichen hoheitliche Aufgabe ist und von der öffentlichen Hand oder von privaten Firmen im Auftrag privater Bauherren durchgeführt wird. Gesetzliche Veränderungen führen dazu, dass die Fachexpertise der Denkmalämter nicht mehr im gleichen Maße in Entscheidungen mit einfließt, wenn sie nur noch das Recht auf Anhörung besitzen. Das alles hat Auswirkungen darauf, ob Bodendenkmäler überhaupt wissenschaftlich untersucht und dokumentiert werden und wie die wissenschaftliche Aufarbeitung der Funde und Befunde erfolgt. Am Ende hängt es auch an der Höhe und Form der Finanzierung der Bodendenkmalpflege und der Zuständigkeit auf Landes- oder kommunaler Ebene.

Ina Czyborra, MdA ist Archäologin und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Archäologie global

Fragen zur weltweiten Vernetztheit von Vergangenheiten

FRIEDERIKE FLESS

Nach dem Ersten Weltkrieg suchte nicht nur die deutsche Außenpolitik, sondern auch die deutsche Archäologie nach einer neuen Positionierung in der Welt. Auf der Hundertjahrfeier des Deutschen Archäologischen Instituts 1929 bemerkte der damalige Präsident Gerhard Rodenwaldt: »Das Gebiet der Archäologie hat sich räumlich und zeitlich erweitert. Ungeahnte Zusammenhänge verbinden in den verschiedensten Epochen Europa mit dem nördlichen Afrika und reichen bis zum Fernen Osten; an die Stelle Europas ist für Archäologie und Kunstgeschichte ein erweiterter Schauplatz getreten, der außer dem Alten Europa ganz Asien und Nordafrika umfasst.« Diese Frage nach den weltweiten Perspektiven archäologischer Forschung stellt sich noch einmal, als sich in den 1970er Jahren die Frage nach dem Verhältnis Europas zu den unabhängigen Kolonien neu stellte. Die Politik entdeckte die weltweite Archäologie als wichtigen Bestandteil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Heute steht unter wieder ganz anderen Vorzeichen die Archäologie in globaler Perspektive im Fokus der Forschung, aber auch weltweiter politischer Fragen. Die Globalisierung wirft Fragen der weltweiten Vernetztheit auch von Vergangenheiten auf, die in ganz unterschiedlichen Formen bis in unsere Zeit hinein- und nachwirken. Die Frage um die in europäische Museen verbrachten Kulturgüter ist nur eine Facette der »global archaeology«.

Globale Fragen

Die Bedeutung des menschlichen Einflusses auf das globale Klima hat den Nobelpreisträger Paul Crutzen dazu veranlasst, das aktuelle Erdzeitalter nicht mehr pauschal als Holozän zu bezeichnen. Er rief auf einer Konferenz im Jahr 2000 genervt aus: »Stop using the word Holocene! We're not in the holocene anymore. We're in the Anthropocene.« Seit diesem Zeitpunkt ist der Begriff des Anthropozäns ein Teil wissenschaftlicher und öffentlicher Diskussionen, die durchaus kontrovers verlaufen. Eine der viel diskutierten Fragen ist, wann dieses neue Erdzeitalter eigentlich begonnen hat. Fing das Anthropozän mit dem immer größeren Ressourcenverbrauch, mit dem Anstieg der CO2-Emissionen und dem Anwachsen der Technosphäre an. Diese globalen Fragen stehen im Mittelpunkt moderner archäologischer Forschung. Diese findet in Kooperation vieler Disziplinen und von Forscherinnen und Forschern aus vielen Ländern statt. Zentrale Themen sind dabei, wann eigentlich der menschliche Einfluss wirklich eine so tiefgreifende Wirkung auf unsere Umwelt hatte, dass er die lokalen und regionalen Umweltbedingungen tiefgreifend und damit auch irreversibel veränderte. Es wird aber auch danach gefragt, wie die Menschen auf klimatische Veränderungen und Veränderungen der Umweltbedingungen mit neuen technologischen Entwicklungen reagierten, z. B. durch die Entwicklung einer Oasentechnologie oder auch der Domestikation von Tieren und Pflanzen. Um diese Prozesse zu verstehen, werden in archäologischen Projekten lokale Daten erhoben und mit weltweiten Simulationen gespiegelt.

Globale Kooperationen

Die wirklichen komplexen Veränderungen lassen sich nur verstehen, wenn wir die Perspektive immer wieder von lokalem »Impact« zu globalen Veränderungen wechseln. Daher erfolgt eine moderne archäologische Forschung in internationalen Kooperationen. Diese haben sich aber ebenfalls gravierend verändert. In der gemeinsamen Forschung haben die Formate des Austausches und auch der Aus- und Weiterbildung eine neue Qualität gewonnen. Die Digitalisierung der Forschung bringt eine neue Haltung auch zu den Forschungsdaten und zu der Notwendigkeit eines ständigen gemeinsamen Lernens mit sich. Diese gilt es nicht nur offen und nachnutzbar zugänglich zu machen, sondern auch international gleichberechtigt zu teilen. Dafür wurden die CARE-Prinzipien geschaffen, die den kollektiven Nutzen (Collective Benefit), die Autorität zur Kontrolle (Authority to Control), Verantwortung (Responsibility) und die Ethik (Ethics) adressieren. Es geht darum, dass mit Blick auf den Zugang zur Information und die Nutzung der Daten kein »neuer« Kolonialismus eines asymmetrischen Zugangs zu den Ergebnissen von Forschung entsteht. Hier kommt der Archäologie eine große Verantwortung zu, da sie nicht nur Daten über das kulturelle Erbe, sondern auch bedeutende Daten zur Klima- und Umweltgeschichte ganzer Regionen erhebt.

FOTO: STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN / DAVID VON BECKER

Schliemanns Welten. Sein Leben. Seine Entdeckungen. Sein Mythos, Ausstellungsansicht, Abguss Löwentor von Mykene, Neues Museum 2022

Globale Vergangenheiten

Dieser Verantwortung stellt sich die international kooperierende Archäologie heute weltweit. Archäologische Forschung bedeutet, dass man konsequent Verantwortung für das kulturelle Erbe übernimmt. Hier stellen sich Fragen nach der Einbindung der Gesellschaften in einer Region über die Nutzung und Präsentation des kulturellen Erbes ebenso wie nach einem gemeinsamen Lernen, einem steten Aus- und Weiterbilden, um überall die Voraussetzungen zu schaffen, das kulturelle Erbe zu erhalten. Dabei setzt sich die Archäologie auch mit ihrer Vergangenheit auseinander. Sie reflektiert frühere Entscheidungen, nur bestimmte Epochen oder kulturgeschichtliche Phasen, die im europäischen Interesse waren, auszugraben und zu erhalten. Sie reflektiert aber auch kritisch die politischen und rechtlichen Kontexte, in denen Objekte aus ihren Herkunftsländern nach Europa kamen. Diese Reflexion kann aber nur gemeinsam mit den heutigen Gesellschaften der Herkunftsländer erfolgen. Und hierfür wurden neue Formen des Austausches und auch Wege gefunden.

Archäologie im politischen Kontext

Archäologische Forschung schafft durch Ausgrabungen nicht nur neue »Kultur«-Landschaften und neue politische Narrative über die Vergangenheit. Diese sind auch heute zeitgebunden und nicht frei von allen politischen Rahmenbedingungen. Die Vereinnahmung von vergangenen Kulturen oder Ereignissen wie dem Sieg der Germanen gegen die Römer, die Varusschlacht, als Beginn deutscher Geschichte prägte lange die deutschen Geschichtsbücher und erlebt aktuell eine Wiederaufnahme in politischen Narrativen rechtsradikaler Gruppierungen. Eine solche Nutzung vergangener Kulturen, Gesellschaften oder auch nur historisch konstruierter Narrative lässt sich weltweit beobachten. Teilweise dienen sie dafür, Bedrohungen als historische Konstanten darzustellen oder die Identität und die Konstruktion von Nationalstaaten durch eine scheinbar lange Kontinuität zu legitimieren. Sie dienen aber auch dazu, kulturelle Überlegenheit zu begründen. Die archäologische Forschung bewegt sich immer in diesen komplexen gesellschaftlichen und politischen Kontexten und ist aufgefordert, gerade in der internationalen Zusammenarbeit, eine kritische Position zu diesen intentionellen Nutzungen und Umnutzungen ihrer Ergebnisse zu erarbeiten.

Friederike Fless ist Präsidentin des Deutschen Archäologischen Instituts

Das erste Konzentrationslager auf der Haifischinsel

Ein Beitrag der Archäologie in der Kolonialismus-Debatte

KATJA LEMBKE

Konzentrationslager werden vor allem mit der Verfolgung im Nationalsozialismus verbunden. Weniger bekannt ist, dass es solche Lager bereits in der Kolonialzeit gegeben hat. Im deutschen Sprachraum wurde der Begriff erstmals 1905 in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, verwendet. Vorrangig dienten sie der Kontrolle, um Aufstände zu vermeiden, aber hier wurden die Gefangenen auch zu harter, unbezahlter Arbeit gezwungen, ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht oder physischer Konstitution. Ein großer Teil der Internierten überlebte das Lager nicht.

FOTO: STAATLICHE MUSEEN ZU BERLIN, ETHNOLOGISCHES MUSEUM / DAVID VON BECKER

Figurengruppe »Begräbniszugmodell«, Quing (Mandschu-)Dynastie, vor 1878

Lüderitz im heutigen Namibia wurde 1884 als erstes »deutsches Schutzgebiet« gegründet. Noch heute prägen Bauten der Kolonialzeit die Stadt. Die negative Seite der deutschen Herrschaft ist dagegen auf den ersten Blick nicht sichtbar: Auf der Haifischinsel – heute: Shark Island –, unmittelbar vor der Stadt gelegen und seit 1906 durch eine Landbrücke mit dem Festland verbunden, existierte ein Konzentrationslager, in dem Herero und Nama auf engstem Raum zusammengepfercht wurden und zu einem großen Teil durch Zwangsarbeit, Krankheiten und Mangelernährung umkamen. Dort starben zwischen 1905 und 1907 bis zu 3.000 Menschen. Einige der Gebeine wurden zu Forschungszwecken nach Deutschland gebracht.

Heute befindet sich im nördlichen Teil der Halbinsel ein Campingplatz und im Südosten der Hafen. Entlang der Inselstraße erfolgt seit der Jahrtausendwende eine intensive Bebauung, weshalb einige Bauwerke aus der Kolonialzeit vermutlich unwiederbringlich verloren sind. Die Aufgabe, mehr über die Struktur des Lagers auf der Haifischinsel herauszufinden, die 2019 zum »National Heritage Site of Namibia« erklärt wurde, und ihre Geschichte mit Archäologen, Geophysikern und Historikern interdisziplinär zu erforschen, war Ausgangspunkt aktueller Untersuchungen, die von der Gerda Henkel Stiftung gefördert werden. Partner des Kooperationsprojekts sind neben dem Landesmuseum Hannover die University of Namibia in Windhoek und das Institut für Geowissenschaften der Universität Kiel unter Leitung von Wolfgang Rabbel.

Grundlegend für den Survey waren die Forschungsergebnisse von Casper W. Erichsen und Jonas Kreienbaum: Während Erichsen postulierte, dass auf der Haifischinsel ein intendierter Genozid stattgefunden habe (»Kaiser's Holocaust«), könne dies laut Kreienbaum nicht verallgemeinert werden.

Im Unterschied zu bisherigen Untersuchungen, die auf der Auswertung von Textmaterial beruhten, war dieses Projekt in erster Linie darauf ausgerichtet, die archäologischen Hinterlassenschaften auf der Haifischinsel selbst zu dokumentieren. Dabei wurden Messungen mittels GPR, kurz für Ground-Penetrating-Radar, vorgenommen, um Strukturen unterhalb der Oberfläche zu kartieren. Diese Methode erlaubt die zerstörungsfreie Erkundung eines Geländes ohne aufwendige Ausgrabung. Sie konnte insbesondere auf dem flachen Untergrund des Campingplatzes durchgeführt werden. Im felsigen Gebiet der Insel wurde ergänzend ein Feldsurvey mit Vermessung der noch oberirdisch sichtbaren Strukturen durchgeführt.

Wichtige Hilfsmittel, um die Gebäude aufzufinden und zu kartieren, sind Fotos und Karten aus der Kolonialzeit. Erstmals konnte auch das Fotoalbum des deutschen Leutnants Arbogast von Düring in der Sam-Cohen-Bibliothek in Swakopmund ausgewertet werden. Er hielt sich mit General Lothar von Trotha im Oktober oder November 1905 auf der Haifischinsel auf.

Mithilfe der geophysikalischen Prospektion und des archäologischen Surveys konnten mehrere Strukturen dokumentiert werden wie die Umzäunung des Geländes, eine Kranken- und Quarantänestation für die Internierten, die Basis des ersten eisernen Leuchtturms, die voneinander getrennten Lagerflächen der Nama und der Herero sowie mehrere Staudämme. Damit kann erstmals eine genaue Karte des Lagers gezeichnet werden.

Abgesehen von dem Wert für die Geschichtsschreibung hat diese Studie auch eine politische Bedeutung, denn die Archäologie zeigt eindeutig, dass Jonas Kreienbaum mit seiner These recht hatte: Auf der Haifischinsel starben sehr viele Menschen, aber es handelte sich nicht um einen intendierten Genozid. Zum einen spricht dagegen, dass die verfeindeten Herero und Nama nicht in einem »Gefangenenkraal« zusammengepfercht wurden, sondern nebeneinander liegende Flächen zugewiesen bekamen. Ihre genaue Lage konnte während des Surveys anhand von Fotos der Kolonialzeit bestimmt werden. Zum Zweiten wurden mehrere Gebäude einer Krankenstation dokumentiert. Eine wichtige Grundlage für die Identifikation war eine wohl 1915 entstandene Kartenskizze eines »Native Hospital«, die erstmals lokalisiert werden konnte. Ihre Bedeutung kann nicht hoch genug angesetzt werden, denn sie benennt die Nutzung der einzelnen Gebäude und ihrer Räumlichkeiten. Während des Surveys wurden die Strukturen aufgefunden und mit GPS eingemessen. Die Trennung dieses Bereichs vom Lager selbst sowie die differenzierte Aufteilung in einen Krankentrakt und einen Quarantänebereich sprechen für eine vergleichsweise gute medizinische Versorgung der Internierten. Wäre die Vernichtung der Herero und Nama beabsichtigt gewesen, hätte man auf diese Einrichtung verzichten können. Vermutlich steht sie in direktem Zusammenhang mit der Rheinischen Missionsgesellschaft, die Ende 1905 eine feste Station in Lüderitzbucht gründete.

Auch wenn kein Genozid intendiert war: Das Konzentrationslager auf der Haifischinsel führte zu einem Massensterben. Da stellt sich heute die Frage, wie man an diese Geschichte erinnern kann. Derzeit existiert auf der Insel nur eine Gedenkstätte für den Stadtgründer Adolf Lüderitz und einige deutsche Soldaten, die 1976 hierher umgebettet wurden, sowie ein Mahnmal für den Nama-Anführer Cornelius Fredericks, der hier mit 167 Männern, 97 Frauen und 66 Kindern zu Tode kam. An das Schicksal der Herero erinnert dagegen nichts, auch einen Hinweis auf das Konzentrationslager vermisst man. In Namibia werden zudem Stimmen laut, inwieweit es ethisch vertretbar sei, an dieser Stelle einen Campingplatz zu betreiben. Dank der Ergebnisse dieses Projekts könnte nun eine Tafel mit einem Plan aufgestellt werden, um allen Besuchern einen Hinweis auf diese dunkle Geschichte zu vermitteln. Weiter sind Ausstellungsprojekte in Namibia und in Deutschland geplant, damit die Erinnerung in beiden Ländern nicht verblasst.

Was leistet nun die Archäologie in der Kolonialismusdebatte? Sie lehrt uns zu differenzieren: Es gibt »Fifty Shades of Grey«, nicht jedes menschliche Drama muss ein Genozid sein. Die Gleichsetzung mit dem Holocaust ist auf jeden Fall abzulehnen. Sie zeigt auch, wie in Kooperation mit Kolleginnen und Kollegen in Namibia Geschichte neu geschrieben werden kann. Es gibt noch viele Themen, die man außer der Restitution von Objekten gemeinsam erforschen kann.

Katja Lembke ist Direktorin des Niedersächsischen Landesmuseums Hannover

AUSSTELLUNG SCHLIEMANNS WELTEN

Anlässlich seines 200. Geburtstags widmet das Museum für Vor- und Frühgeschichte in Berlin dem bekanntesten deutschen Archäologen Heinrich Schliemann eine große Sonderausstellung in der James-Simon-Galerie und im Neuen Museum. Neben zahlreichen Ausgrabungsfunden steht auch erstmals der »unbekannte« Schliemann vor seiner Hinwendung zur Archäologie im Fokus einer Ausstellung, die sich anhand aktueller Forschungsergebnisse auch kritisch mit den archäologischen Methoden seiner Zeit auseinandersetzt. Unter den rund 700 Objekten, die in der Ausstellung »Schliemanns Welten: Sein Leben. Seine Entdeckungen. Sein Mythos« präsentiert werden, befinden sich auch viele internationale Leihgaben.

Bekannt als Entdecker von Troja war Heinrich Schliemann vieles mehr: Geschäftsmann, Kosmopolit und Schriftsteller. Sein global ausgreifendes Leben gleicht einer ruhelosen Odyssee auf dem Weg zu seiner wahren Passion, der Archäologie, der er sich erst mit Anfang 40 widmete.

Die Sonderausstellung auf der Museumsinsel Berlin nähert sich der schillernden wie umstrittenen Persönlichkeit in zwei Kapiteln: Der Ausstellungsteil in der James-Simon-Galerie befasst sich rein biografisch mit der ersten Lebenshälfte Heinrich Schliemanns und gibt Einblicke in die Lebenswelt des 19. Jahrhunderts. Im Neuen Museum steht mit spektakulären Funden der Königsgräber in Mykene und der Trojanischen Sammlung hingegen Schliemanns archäologisches Schaffen im Zentrum.

Die Ausstellung »Schliemanns Welten« ist noch bis 6. November 2022 in der James-Simon-Galerie und im Neuen Museum in Berlin zu sehen.

Über Jahrzehnte erprobt

Archäologische Zeitschriften

HOLGER KIEBURG

Archäologische Zeitschriften sind ein über viele Jahrzehnte erprobtes Mittel der Wissenschaftskommunikation. Sie eignen sich durch den starken Einsatz von Abbildungen besonders gut für die Vermittlung archäologischer Inhalte, da die Bildstärke unbestritten ein großes Plus für die Darstellung von Themen der Archäologie ist. Sie sind von den wissenschaftlichen Periodika zu unterscheiden, die sich an ein Fachpublikum richten.

Etwa zeitgleich mit den ersten populären Geschichtsmagazinen wurden die ersten archäologischen Zeitschriften im deutschsprachigen Raum gegründet. 1970 brachte der Schweizer Raggi-Verlag die Zeitschrift »Antike Welt« heraus. Der Gründer Arthur Golfetto hatte bereits 1958 in kleinem Rahmen »Raggi. Zeitschrift für Kunstgeschichte und Archäologie« publiziert. 1984 folgte als Kooperation des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik Deutschland und des Konrad Theiss Verlags die Zeitschrift »Archäologie in Deutschland«. Beide Zeitschriften haben gemein, dass Archäologinnen und Archäologen die Beiträge verfassen, während die Redaktion die Verantwortung für Allgemeinverständlichkeit und attraktive Aufbereitung trägt. Explizit formuliertes Ziel und wichtiges Anliegen ist die Kommunikation wichtiger Forschungsergebnisse und -trends an ein möglichst breites Publikum.

Im Lauf der Jahre wurden weitere Zeitschriften am Markt platziert, die sich nur teilweise etablieren konnten – z. B. »Abenteuer Archäologie« von 2004 bis 2007 und »Kemet – Die Zeitschrift für Ägyptenfreunde« von 1996 bis 2014. Eine besondere thematische Ausrichtung besitzt die Zeitschrift »Welt und Umwelt der Bibel«, die deutsche Ausgabe der französischen Zeitschrift »Le Monde de la Bible«, seit 1996 vom Katholischen Bibelwerk herausgegeben. Die ägyptologische Zeitschrift »Sokar« erscheint seit dem Jahr 2001 und widmet sich der Geschichte und Archäologie Altägyptens. Mit einem regionalen Schwerpunkt ist die Zeitschrift »Bayerische Archäologie« hervorzuheben, die sich in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Archäologie in Bayern ebenfalls an ein weit gefasstes Publikum richtet.

Eine zunehmende Bedeutung gewinnen Zeitschriften von Institutionen, wie »Archäologie weltweit« des Deutschen Archäologischen Instituts, und von Verbänden. Hier ist vor allem »Blickpunkt Archäologie« zu nennen, die vom Deutschen Verband für Archäologie herausgegeben wird. Beide möchten ein interessiertes Publikum ansprechen, wenden sich aber auch an Entscheidungsträgerinnen und -träger in Politik und Wirtschaft. Auch andere archäologische Verbände bringen eigene Mitteilungshefte für ihre Mitglieder heraus. Daneben gibt es kleinere Zeitschriften von Freundeskreisen von Museen, z. B. das aMun Magazin.

Als wichtiges Onlinemagazin mit großer Reichweite hat sich »Archäologie online« etabliert, das bereits seit 2000 existiert. Auch andere Zeitschriften verstärken ihre Onlineaktivitäten. Viele Special-Interest-Zeitschriften können ihre Auflagen im Gegensatz zu General-Interest-Publikationen zwar halten, tun sich aber schwer damit, neue Abonnenten zu gewinnen. Gerade die Abozahlen sorgten bislang aber für finanzielle Planbarkeit der archäologischen Zeitschriften, die institutionelle Zeitschriften durch eine öffentliche Finanzierung besitzen. Onlineangebote mit Paywall gewinnen daher auch für den Special-Interest-Markt immer mehr an wirtschaftlicher Bedeutung.

Holger Kieburg ist Chefredakteur der Zeitschriften Archäologie in Deutschland und ANTIKE WELT der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft (wbg)

FOTO: AMERICAN SCHOOL OF CLASSICAL STUDIES AT ATHENS, ARCHIVES, CARL BLEGEN PAPERS

Sophia Schliemann mit Goldschmuck aus dem »Schatz des Priamos«, 1873

»Archäologie ist nichts für engstirnige Personen«

Drei Fragen an Moritz Fischer zum Berufsbild Archäologe

Wie wird man heute eigentlich Archäologe bzw. Archäologin? Welche genauen Berufsbilder und zugehörigen Ausbildungswege gibt es? Moritz Fischer ist selbst Student der Archäologie und kennt Antworten auf diese Fragen.

Welche Wege zum Beruf Archäologe bzw. Archäologin gibt es?
Wenn man sich schönerweise entschieden hat, Archäologin oder Archäologe werden zu wollen, führt der generelle Ausbildungsweg über die Universität. Dort ist der Einstieg ohne NC und mit bereitwilliger Unterstützung von älteren Studierenden geradezu leicht. Nur die mannigfaltigen Unterteilungen in Fachrichtungen oder die unterschiedlichen Studienverläufe können etwas verwirren, da jeder Standort – fast garantiert – alles anders organisiert hat. Das bringt die Chance mit sich, eine große Auswahl an Studienverläufen zu haben, jedoch auch die Schwierigkeit, überhaupt erst mal durchzublicken.

Andere Wege in das Arbeitsfeld der Archäologie gibt es auch: Als Grabungstechniker oder Grabungstechnikerin z. B. braucht man eine dreijährige Ausbildung zusätzlich zu einer abgeschlossenen Lehre. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass jeder, der gerne wissenschaftlich arbeiten möchte und vom Themengebiet fasziniert ist, mit offenen Armen aufgenommen wird. Ist man erst einmal in der Community angekommen, ist es schwer, sich wieder zu lösen.

Welche Erwartungen sind an das Archäologiestudium gebunden? Wie gestaltet sich dieses?
So unterschiedlich die Wege durch die Archäologie sind, so divers sind auch die Motivationen, ihn überhaupt zu bestreiten. Ich glaube aber, dass jeder Studierende mindestens mit dem Streben anfängt, die Welt verändern zu wollen. Man will den menschlichen Wissenshorizont vorantreiben, die Ursprünge von uns finden, die Frage beantworten, was es heißt, Mensch zu sein – heute wie gestern und wie sich das zueinander verhält. Archäologie ist nichts für engstirnige Personen. Voller Sturm und Drang beginnt man so den Bachelor, der einem erst mal die Grundlagen vermittelt. Nach drei Jahren ist man fertig und vertraut mit wissenschaftlichem Arbeiten – dem quintessenziellen Unterschied zum Schatzjäger – und weiteren Kernkonzepten des Faches. Wie grabe ich ein Objekt aus, wie gehe ich damit um und wie kann ich das weitervermitteln? Meistens folgt anschließend ein zweijähriger Master an der Uni, in dem man sich fachlich spezialisiert und der Voraussetzung ist für weitere Aufstiegschancen.

Welche konkreten Berufsperspektiven gibt es?
Wer auf diese Frage leise »Taxifahrer« gekichert hat, dem fehlt es nicht nur an Humor, sondern auch an Vorstellungskraft. Trotzdem, dass wir ein nummerisch Kleines Fach sind, gibt es viele Möglichkeiten, sich beruflich auszuleben. Mit Archäologie wird in der Öffentlichkeit meist das Ausgraben selbst assoziiert, was aber nur einen kleineren Teil der archäologischen Arbeit ausmacht. Das Aufbewahren in Archiven und Magazinen, das Vermitteln durch Museen und das Aufarbeiten durch die Forschung etc.: Alle diese Aufgaben brauchen Fachpersonal, das mit einem abgeschlossenen Archäologiestudium qualifiziert ist. Das Verlagswesen, Zeitungen oder neue digitale Formate, sind ebenfalls Tätigkeitsfelder, in denen auf Sprache sensibilisierte Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler leicht tätig werden können. Die Schwierigkeit besteht dabei für Neueinsteiger besonders im Finden von dauerhaften Anstellungen. Mit eigenen Kindern für ein Forschungsprojekt zwei Jahre lang umzuziehen ist schwierig, besonders wenn sich das zyklisch wiederholt. Um den Einstieg zu erleichtern und durch Vernetzung stabilere Arbeitsbedingungen zu schaffen, wurden dafür aus eigener Kraft Organisationen geschaffen, die versuchen, als Vermittler weiterzuhelfen. Als Beispiel möchte ich den Deutschen Archäologen-Verband (dArV) und den Dachverband archäologischer Studierendenvertretungen (DaSv) nennen, die konkret eine Anlaufstelle für Werdende oder Suchende sind. Der Punkt ist auch hier: Man hilft sich gegenseitig, soweit es geht. Dass Stellen in der Forschung – der allgemeinen Neutralität der Wissenschaft und den Zielen der Bundesregierung widerstrebend – gestrichen werden, schafft aber auch der solidarischste Zusammenschluss des Faches nicht zu überwinden.

Moritz Fischer ist Archäologie-Student

ZU DEN BILDERN

Heinrich Schliemanns Karriere als Archäologe beginnt 1870 mit Ausgrabungen des Hügels Hisarlik im damaligen Osmanischen Reich. Schliemann ist sicher, dass es sich um die Überreste der sagenumwobenen Stadt Troja handelt. Noch bevor er die offizielle Grabungsgenehmigung erhält, startet er erste Sondagen. 1871 beginnt er mit regulären Ausgrabungen, wobei er mit dem heute als »Schliemann-Graben« bekannten Tiefschnitt ein großes Areal unwiederbringlich zerstört. Was er 1873 findet, wird jedoch legendär: der »Schatz des Priamos«, den er mit diesem Namen dem mythischen König von Troja zuweist. Seine »Sammlung Trojanischer Altertümer« umfasst etwa 10.000 Objekte, zu denen Goldfunde, Keramikgefäße, Metallgeräte und mehr gehören.

Auf den Seiten 15 bis 25 dieser Ausgabe sehen Sie einige Fundstücke Heinrich Schliemanns, Bilder und Exponate, die aus der Ausstellung »Schliemanns Welten« stammen: von der Grabungsmannschaft in Troja in den 1890er Jahre, dem Löwentor von Mykene über das Schliemannhaus in Athen bis hin zu Schliemanns Frau Sophia mit Goldschmuck aus dem »Schatz des Priamos«. Mehr zur Ausstellung lesen Sie auf Seite 24.

Energie für Kultur II: Vielfalt der Kultur unterstützen und stärken

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 21.09.2022. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hatte am 21.06.2022 die Resolution »Energie für Kultur: Unterstützung von Kultureinrichtungen bei Energiekosten« verabschiedet. In dieser Resolution hatte sich der Deutsche Kulturrat auf die steigenden Energiekosten öffentlicher Kultureinrichtungen fokussiert und hat die öffentliche Hand aufgefordert, entsprechende Mittel für Energiekostennachzahlungen sowie höhere Energiekosten zur Verfügung zu stellen.

Von steigenden Energiekosten sind im Kultur- und Mediensektor aber nicht allein öffentliche und öffentlich geförderte Kultureinrichtungen betroffen, unter den steigenden Energiekosten leiden ebenfalls die kulturellen Bildungseinrichtungen, die privatwirtschaftlichen Kultureinrichtungen sowie die anderen Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft, die Künstlerinnen und Künstler und die Kulturvereine. Sie alle zusammen machen das kulturelle Leben in Deutschland aus und sind eng miteinander verbunden, ob privatwirtschaftlich arbeitend oder gemeinwohlorientiert.

Die Corona-Pandemie ist noch nicht vorbei und gegenwärtig ist unklar, wie sich die Infektionslage im Herbst und Winter entwickeln wird. Sie hat in den letzten zweieinhalb Jahren im gesamten Kulturbereich desaströse Spuren hinterlassen:

- Ökonomischer Natur, weil Unternehmen sowie Künstlerinnen und Künstler Aufträge und Auftritte verloren haben und um ihr wirtschaftliches Überleben ringen mussten;
- künstlerischer Natur, weil beispielsweise die Resonanzräume, die Vorstellung künstlerischer Arbeiten, die Interaktion mit dem Publikum, fehlten;
- wissenschaftlicher Natur, weil z. B. der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen zu kurz kam, Forschungsreisen nicht durchgeführt werden konnten.

Unabhängig davon, ob es sich um das Amateurschaffen, um professionelle Künstlerinnen und Künstler, um Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft oder auch um öffentliche Kultur- oder kulturelle Bildungseinrichtungen handelt, sie alle können noch nicht an den Status des Jahres 2019 anknüpfen; in der Weiterentwicklung waren viele eingeschränkt. Überdies ist das Publikum, also die Nutzerinnen und Nutzer, oft noch zögerlich.

Die Energiekrise ist eine zusätzliche Herausforderung. Sie schafft neue tiefe Verunsicherung und Sorgen sowie massive finanzielle Belastungen. Steigende Preise können an die Nutzerinnen und Nutzer nicht weitergegeben werden. Deutlich erhöhte Abschläge auf die Energiekosten sind bereits bei den Unternehmen, den öffentlichen Kultureinrichtungen, Kulturvereinen und auch Verbraucherinnen und Verbrauchern angekommen. Das genaue Ausmaß der Energiekosten ist allerdings vielfach noch unbekannt. Trotz aller Energiesparmaßnahmen ist nicht auszuschließen, dass die Notfallstufe des Gasnotfallplans von der Bundesnetzagentur ausgerufen wird, was zur Folge hätte, dass die Bundesnetzagentur die Entscheidung über Maßnahmen zur Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Gas treffen müsste.

Angesichts der aktuellen Situation fordert der Deutsche Kulturrat Bund, Länder und Kommunen auf:

1. Die Kultureinrichtungen offen zu halten bzw. keine Schließungen anzuordnen.

Öffentliche oder private Kultureinrichtungen und kulturelle Bildungseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Energiekrise. Sie sind Orte von Kunst und Kultur sowie zugleich Orte des Lernens, des Austauschs und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gerade in einer Zeit der tiefen gesellschaftlichen Verunsicherung bieten Kulturorte im weiteren Sinne ein Gegengewicht. Sie ermöglichen nicht nur Debatten, sie regen sie an und begleiten sie, sie laden zur Auseinandersetzung, aber auch zu Freude und Heiterkeit ein. Viele Kultureinrichtungen verstehen sich als »Dritte Orte«, die den Bürgerinnen und Bürgern kostenfrei zur Verfügung stehen. Hier können die Bürgerinnen und Bürger sich auch aufhalten, ohne zu konsumieren, sie können kulturelle und Bildungsangebote nutzen, Kontakte und den demokratischen Diskurs pflegen, sich aufwärmen. Das Schließen von Kultureinrichtungen würde sehr hohe Verluste an gesellschaftlichem Zusammenhalt bedeuten.

2. Die Vielfalt an Kunst und Kultur zu sichern.

Der Kulturbereich in Deutschland zeichnet sich durch eine große Vielfalt aus. Das betrifft nicht nur die verschiedenen künstlerischen Sparten und Genres, sondern auch die Kulturorte, die sich im ganzen Land befinden. Kulturelle Vielfalt in Deutschland ist nicht auf Städte begrenzt. Kulturelle Vielfalt wird auch im ländlichen Raum gelebt und gepflegt. Kulturelle Vielfalt wird durch unterschiedliche Akteure des kulturellen Lebens gesichert, also Künstlerinnen und Künstler, öffentliche oder öffentlich geförderte Kultureinrichtungen, Kulturvereine und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft. Kulturelle Vielfalt schließt die traditionellen Ausdrucksformen wie die Avantgarde ein, sie meint die künstlerische und kulturelle Arbeit bereits lange in Deutschland Lebender wie auch von neu zugewanderten Menschen. Erst ihr Zusammenwirken macht die kulturelle Vielfalt in Deutschland aus. Diese kulturelle Vielfalt muss auch in der Energiekrise im Blick gehalten und gesichert werden.

3. Den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen weiterzuentwickeln.

Mit dem Entlastungspaket 3 des Koalitionsausschusses des Bundes wurde auch beschlossen, Restmittel aus dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen für Kultureinrichtungen zur Unterstützung in der Energiekrise zur Verfügung zu stellen. Der Deutsche Kulturrat fordert Bund und Länder auf, den Weg für die Nutzung der Restmittel aus dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen für die Heizperioden freizumachen. Viele öffentliche und private Kultureinrichtungen stehen, wie beschrieben, vor der Herausforderung, gestiegene Energiepreise aufzufangen. Viele sind davon überfordert. Die Beantragung der erforderlichen Mittel muss unbürokratisch und passgenau erfolgen. Um Liquiditätsengpässe zu vermeiden, muss die Mittelauszahlung schnell erfolgen. Bei der Entwicklung der Vergabekriterien sollte der im Deutschen Kulturrat gebündelte Sachverstand genutzt werden, um die Praxistauglichkeit sicherzustellen.

4. Die Kultur- und Kreativwirtschaft bei Wirtschaftsförderprogrammen zu berücksichtigen.

Mit verschiedenen Wirtschaftsförderprogrammen sollen Unternehmen unterstützt werden, die besonders energieintensiv arbeiten und deren Existenz angesichts steigender Energiekosten, die nicht weitergegeben werden können, gefährdet ist. Das ist wichtig und richtig. Zugleich müssen die Programme so konzipiert werden, dass auch Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sie in Anspruch nehmen können. Das gilt insbesondere auch für die zur Kultur- und Kreativwirtschaft zählenden selbständigen Künstlerinnen und Künstler, die steigende Energiekosten für Ateliers, Probenräume und andere Betriebstätten aufbringen müssen. Neben der Wirtschaftsförderung gilt es aktuell ebenso die individuelle Künstlerinnen- und Künstlerförderung zu verstärken, die in der Zuständigkeit der Kulturressorts insbesondere von Ländern und Bund liegen.

5. Die zu versorgende Infrastruktur im Kulturbereich weit zu fassen.

Sollte die Notfallstufe 3 der Gasnotlage von der Bundesnetzagentur ausgerufen werden, also die nationale Gasmangellage eintreten, übernimmt die Bundesnetzagentur die Aufgabe des Bundeslastverteilers, der Entscheidungen über die Zuweisung des lebenswichtigen Bedarfs an Gas trifft. Priorisiert sind die sogenannten geschützten Gaskunden, dazu gehören neben der Gesundheitsversorgung (Krankenhäuser etc.) die Notfallversorgung (Feuerwehr, Rettungsdienste etc.), die Sicherheit (Polizei, Bundeswehr etc.), Teilbereiche der öffentlichen Verwaltung, grundlegende soziale Versorgung (Stromversorger, Wasser- und Abwasserversorge, Pflegeheim etc.) auch Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen. Kultureinrichtungen sind auch Bildungseinrichtungen. Der Deutsche Kulturrat fordert daher Bund, Länder und Kommunen auf, sie wie Bildungsorte zu behandeln und dies ggf. bei der Bundesnetzagentur entsprechend zu hinterlegen.

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, dass Kulturgut bewahrende Einrichtungen wie Museen, Archive, Theater mit ihren Fundi und Lagerstätten für wertvolle Instrumente sowie teilweise Bibliotheken zum Schutz des zu bewahrenden Kulturguts in der Notfallstufe 3 der Gasnotlage versorgt werden. Diese Einrichtungen zählen zur kritischen Infrastruktur, um konservatorische Schäden bis hin zum Verlust des Kulturguts zu verhindern, müssen sie in der Notfallstufe 3 priorisiert werden. Wertvolles Kulturgut hat über die materielle Bedeutung hinaus eine herausragende ideelle Bedeutung, die lokal, regional, landes- oder bundesweit und international begründet ist. Der Deutsche Kulturrat fordert Bund und Länder auf, sowohl auf der europäischen als auch der nationalen Ebene die geeigneten Voraussetzungen zu schaffen, damit die Priorisierung von wertvollem Kulturgut in der Notfallstufe 3 gewährleistet ist.

Ebenso muss der Rundfunk als grundlegender sozialer Dienst anerkannt werden, um die Bevölkerung über die aktuellen Entwicklungen informieren zu können.

Der Kulturbereich selbst ist schon aktiv und hat folgende Maßnahmen ergriffen bzw. führt sie durch:

1. Energieeinsparungen und Nachhaltigkeit sind schon lange ein Thema und werden verstärkt.

Viele Akteure und Institutionen aus dem Kulturbereich haben sich schon seit Längerem auf den Weg zu mehr Nachhaltigkeit gemacht. Auch die pandemiebedingten Investitionen, die im Rahmen des Programms Neustart Kultur ermöglicht wurden, haben einen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit gerade bei nichtöffentlich geförderten Kultureinrichtungen geleistet. Dazu gehören Energieeinsparungen, die Umstellung auf LED-Lampen, die Veränderung von Heizungsanlagen, der Einbau moderner Lüftungsanlagen, die Wiederverwertung von Materialien und anderes mehr. Einige Akteure und Institutionen sind bereits avanciert und profitieren nun von Investitionen der vergangenen Jahre. Bei anderen wird der seit Langem bestehende Investitionsstau umso deutlicher. Viele öffentliche Einrichtungen benötigen eine zeitnahe und unkomplizierte Kooperation mit den öffentlichen Gebäudeeigentümern, damit die Gebäude energetisch saniert und angepasst werden. Dabei muss teilweise der Denkmalschutz einbezogen werden.

Weiter erarbeiten die Fachverbände aus dem Kulturbereich aktuell für ihr jeweiliges Arbeitsgebiet konkrete Checklisten oder Empfehlungen, um Energie einzusparen. Alle Kulturakteure im weitesten Sinne sind nach Maßgabe der örtlichen Gegebenheiten bestrebt, die angestrebten Energieeinsparungen von 15 bis 20 Prozent zu erreichen. Viele haben dies schon erreicht.

2. Notfallpläne werden erarbeitet bzw. aktualisiert.

In Kulturgut bewahrenden Einrichtungen sowie weiteren Kultureinrichtungen werden derzeit Notfallpläne erarbeitet bzw. aktualisiert, um in der Notfallstufe 3 der Gasnotlage, bei Energieschwankungen oder auch plötzlichem Stromausfall adäquat reagieren zu können. Hier kommt es vor allem darauf an, Entscheidungswege zu fixieren und bei öffentlichen Kultureinrichtungen Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse mit den Rechtsträgern festzulegen.

3. Kooperationen werden gepflegt bzw. gesucht.

Viele Kulturinstitutionen, -unternehmen und -vereine haben in der Corona-Pandemie neue Kooperationen geschmiedet. Diese Formen der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung werden aktuell ausgebaut und verstärkt, um u. a. gemeinsame Ressourcen zu nutzen, durch Synergien Energie einzusparen und anderes mehr. Darüber hinaus geht es darum, auch innerhalb des Kulturbereiches die Solidarität untereinander auszubauen.

4. Kulturorte als soziale Orte

Kulturorte entwickeln aktuell Konzepte und Ideen, wie sie sich noch stärker als soziale Orte profilieren, noch stärker öffnen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken können. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, in dem sie persönliche Begegnungen und Diskursräume ermöglichen.

5. Gesellschaftliche Krisenbewältigung mit künstlerischen Mitteln

Die Energiekrise tritt in einer Situation ein, in der, wie eingangs beschrieben, viele nach mehr als zwei Jahren Corona-Pandemie ohnehin verunsichert sind und tiefe Sorgen haben, wie diese erneute Herausforderung gemeistert werden kann. Kunst und Kultur können einen ganz eigenen spezifischen Beitrag zur gesellschaftlichen Krisenbewältigung leisten. Der Rundfunk hat Aufgaben in der Information, Bildung, Kultur, aber auch Unterhaltung. Kulturelle Orte, seien es Einrichtungen oder auch Zusammenkünfte von Amateuren in Vereinen, bieten die Möglichkeiten des Austausches, der Verständigung und der Verarbeitung der aktuellen Situation mit künstlerischen Mitteln.

STELLUNGNAHMEN DES DEUTSCHEN KULTURRATES

Die Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates e.V. werden in den Fachausschüssen der aktuellen Amtszeit erarbeitet. In der Amtszeit 2022 bis 2025 bestehen die Fachausschüsse Arbeit und Soziales, Bildung, Digitalisierung und künstliche Intelligenz, Europa/Internationales, Kulturerbe, Medien, Nachhaltigkeit und Urheberrecht. In diesen arbeiten neben Expertinnen und Experten aus den Sektionen des Deutschen Kulturrates auch Fachleute als Gäste.

In einer Stellungnahme werden kultur- und medienpolitische Problemfelder benannt und relevante Forderungen gestellt. Zudem zeigen Stellungnahmen entsprechende Lösungsansätze und perspektivische Handlungsempfehlungen auf. Nach der Erarbeitung im Fachausschuss entscheidet der Sprecherrat final über eine Stellungnahme. Ist eine Stellungnahme verabschiedet, geht es darum, die Stellungnahme gegenüber Politik und Verwaltung zu vertreten. Dies ist Aufgabe des Geschäftsführers, der auch für Rückfragen zur Verfügung steht. Hier finden Sie alle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates: kulturrat.de/positionen.

ENERGIEKRISE

Die steigenden Energiekosten belasten öffentliche und private Kultureinrichtungen und -institutionen erheblich. Für den Herbst und Winter sind beträchtliche Steigerungen an Kosten für Strom und Wärme zu erwarten, nicht zuletzt aufgrund der steigenden Energiekosten auf dem Weltmarkt.

Der Deutsche Kulturrat bündelt Informationen zur Energiekrise und zu ihren Auswirkungen auf den Kulturbereich. Aktuelle Positionen und Pressemitteilungen des Deutschen Kulturrates zur Energiekrise, Vorschläge zum Energiesparen aus dem Kulturbereich für den Kulturbereich sowie gebündelte weiterere Informationen zur Energiekrise, unter anderem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, finden Sie unter: kulturrat.de/energiekrise

Am 22. Juni hat der Deutsche Kulturrat bereits die Resolution »Energie für Kultur: Unterstützung von Kultureinrichtungen bei Energiekosten« veröffentlicht, in der der Spitzenverband der Bundeskulturverbände Forderungen an Bund, Länder und Kommunen stellt. Lesen Sie die Resolution hier: bit.ly/3fmAtS8

Zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz »Verordnung über ergänzende Bestimmungen zur Nutzung nicht verfügbarer Werke nach dem Urheberrechtsgesetz und dem Verwertungsgesellschaftengesetz«

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates

Berlin, den 21.09.2022. Im Deutschen Kulturrat, dem Spitzenverband der Bundeskulturverbände, haben sich in seinen acht Sektionen Verbände aus verschiedenen künstlerischen Sparten (Musik, Darstellende Kunst und Tanz, Literatur, Bildende Kunst, Baukultur und Denkmalpflege, Design, Film, Rundfunk und audiovisuelle Medien sowie Soziokultur und kulturelle Bildung) zusammengeschlossen. Das Mitgliederspektrum umfasst dabei sowohl Verbände der Urheber und ausübenden Künstler als auch Verbände der Kulturunternehmen sowie Zusammenschlüsse von Bildungs- und Kulturinstitutionen.

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat sich bereits seit Langem dafür ausgesprochen, die Nutzung von vergriffenen Werken durch Kulturerbe-Einrichtungen über kollektive Lizenzen von Verwertungsgesellschaften zu ermöglichen. Mit der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt (DSM-RL) und ihrer Umsetzung in deutsches Recht wurden die einschlägigen Regelungen, die sich bisher auf vergriffene Werke in Schriften bezogen, auf alle Werkkategorien und Leistungsschutzrechte ausgedehnt.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist die Konkretisierung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen durch eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) für die Praxis hilfreich und im Grundsatz zu begrüßen. Der Deutsche Kulturrat betont dabei, dass die vergütungsfreie Schrankenregelung des § 61d UrhG lediglich eine Auffangbestimmung ist, die nach § 61d Abs. 1 S. 2 UrhG nur Anwendung finden darf, wenn keine repräsentative Verwertungsgesellschaft die erforderlichen Nutzungsrechte für nicht verfügbare Werke wahrnimmt.

Im Übrigen äußert sich der Deutsche Kulturrat zu dem Entwurf wie folgt:

1. Allgemeine Bemerkungen

Der Entwurf beschränkt sich auf die neuen Regelungen zu nicht verfügbaren Werken und blendet – jedenfalls vorerst – die Bestimmungen für allgemeine kollektive Lizenzen mit erweiterter Wirkung (vgl. §§ 51 ff. VGG) aus. Der Deutsche Kulturrat bittet das BMJ, die weitere Entwicklung genau zu beobachten und – falls erforderlich – auch insoweit Regelungen im Verordnungswege auf der Grundlage des § 52d VGG vorzuschlagen.

Soweit auch in Bezug auf die Regelungen für nicht verfügbare Werke nur teilweise von der Verordnungsermächtigung nach § 52d VGG Gebrauch gemacht wird, begegnet dies ebenfalls vorerst keinen durchgreifenden Bedenken. Es kann nachvollzogen werden, dass der Begriff der Repräsentativität nach § 52d Nr. 5 VGG zunächst nicht näher konkretisiert werden soll (vgl. Begr. S. 10). Bei dieser Einschätzung spielt aus Sicht des Deutschen Kulturrats eine wichtige Rolle, dass die widerlegliche Vermutungsregelung des § 51b Abs. 2 VGG regelmäßig weiterhelfen wird. Sollte dies in der Praxis nicht der Fall sein, wären Regelungen im Verordnungswege voraussichtlich unabdingbar. Ähnliches gilt für den Fall, dass sich Rechtsinhaber, Verwertungsgesellschaften und Kulturerbe-Einrichtungen nicht auf Kriterien verständigen können, wann die Kulturerbe-Einrichtungen ihrer Prüfpflicht gem. § 52b Abs. 2 VGG, ob Werke nicht verfügbar sind, hinreichend nachgekommen sind.

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

a) § 1 Abs. 1 NvWV-E:
Zu begrüßen ist die Klarstellung, dass die Informationen im Online-Portal des Amtes der Europäischen Union für Geistiges Eigentum (EUIPO) so präzise sein sollen, dass der Rechtsinhaber erkennen kann, ob sein Werk genutzt werden soll. Richtig dürfte es aber auch sein, die Verpflichtung, bestimmte Informationen zu veröffentlichen, unter den Vorbehalt zu stellen, dass diese Informationen auch tatsächlich geliefert werden können. Zumindest die Angaben nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 (Werkart) und Nr. 2 (Werktitel oder Beschreibung) sollten allerdings immer möglich sein, sodass insoweit kein Vorbehalt gelten sollte.

b) Zu § 1 Abs. 2 NvWV-E:
Grundsätzlich erscheint es richtig, dass in bestimmten Sonderfällen zusätzliche – explizite – Erleichterungen im Hinblick auf die erforderlichen Informationen gelten sollten. Es fehlt allerdings an einer klaren Regelung, welche Informationen hier anzugeben sind, um es trotzdem zu ermöglichen, dass Rechtsinhaber ihre Werke identifizieren können. Die Formulierung »Nicht gesondert anzuführen …« lässt offen, was genau in den Sonderfällen im Online-Portal bekannt zu geben ist. Das gilt jedenfalls bei Sammelwerken und mehrbändigen Werken (Nr. 2) sowie bei Archiveinheiten (Nr. 3). Ferner fehlen spezifische Regelungen für Zeitschriften, Presseerzeugnisse oder reine Bildbände, bei denen Abbildungen nicht untergeordneter Bestandteil eines Hauptwerks sind.

c) Zu § 2 NvWV-E:
Der Vorschlag begegnet Bedenken, weil die Rechercheverpflichtung des § 52b Abs. 2 VGG, die konstruktiv auch für Werke gilt, die niemals kommerziell gehandelt wurden (vgl. auch Begr. S. 14), für diese Werke durch eine Rechtsverordnung – im Wege der Fiktion – gänzlich aufgegeben werden soll. Dies hätte ggf. besser im Gesetz klargestellt werden müssen.

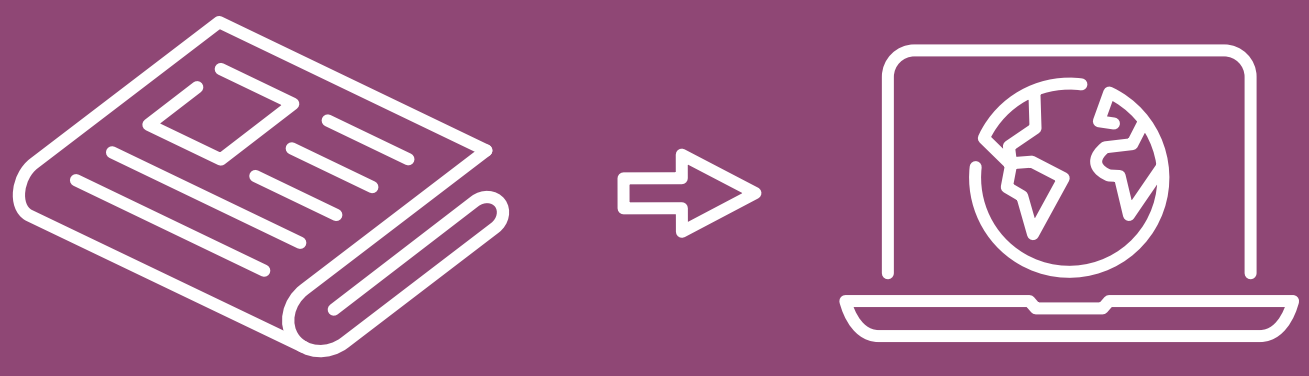
d) Zu § 3 NvWV-E:
Die Frage, inwieweit Werke der Bildenden (und angewandten) Kunst, die als Originale in Museen ausgestellt werden, als nicht verfügbare Werke angesehen werden können, ist nicht leicht zu beantworten. Problematisch erscheint in jedem Fall, dass der Entwurf eine Abgrenzung danach vornehmen will, ob Reproduktionen des Werks zugänglich sind, die seine wesentlichen Gestaltungselemente vermitteln. Dies dürfte in der Praxis nur schwer festzustellen sein und zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit führen. Es spricht deshalb viel dafür, die Vorschrift zu streichen und die Frage (zunächst) der Praxis zur weiteren Klärung zu überlassen.

e) Zu § 4 NvWV-E:
Hier erscheint es vorzugswürdig, bei unveröffentlichten Werken eine Nutzung stets nur dann zuzulassen, wenn eine konkrete Abwägung zu dem Ergebnis geführt hat, dass das Informationsinteresse der Allgemeinheit tatsächlich überwiegt. Letztlich ist auch nach dem Vorschlag eine Einzelfallprüfung immer erforderlich, weil nur so festgestellt werden kann, ob konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Urheber das Werk nicht veröffentlichen wollte. Vor dem Hintergrund, dass das Veröffentlichungsrecht eine besonders wichtige urheberpersönlichkeitsrechtliche Befugnis ist, sollte die Anknüpfung an die Fristen des Archivgesetzes dagegen besser entfallen. Sie könnte dahingehend missverstanden werden, dass die urheberrechtlichen Schutzfristen de facto in Bezug auf das Veröffentlichungsrecht verkürzt würden.

f) Zu § 5 NvWV-E:
Zu begrüßen ist, dass die Rechtsfolgen des Widerspruchs der Rechtsinhaber in der Verordnung geregelt werden sollen. Allerdings ist die gewählte Konstruktion noch nicht überzeugend. Insbesondere sollte in Abs. 2 klargestellt werden, dass (auch) bei einem berechtigten Widerspruch Nutzungen erst nach einem Monat (und nicht unverzüglich) einzustellen sind. Sinnvoll erscheint es auch, auf die Pflicht der Verwertungsgesellschaft zu einem »Sachstandsbericht« zu verzichten und stattdessen in Abs. 4 vorzusehen, dass nach Ablauf eines Monats die Nutzungen stets vorläufig einzustellen sind. Wichtig wäre es auch, in geeigneter Weise klarzustellen, dass die Verwertungsgesellschaft für das Ergebnis der Prüfung, die sie letztlich im Interesse der Kulturerbe-Einrichtungen vornimmt, nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit haftet. Abs. 3 und Abs. 5 erscheinen dagegen überflüssig und könnten gestrichen werden.

g) Zu § 6 NvWV-E:
Auch hier sollte in Abs. 2 die zu § 5 Abs. 2 NvWV-E vorgeschlagene Formulierung verwendet werden.

Aus der Zeitung ins Netz: Politik & Kultur, die Zeitung des Deutschen Kulturrates, jetzt auch online!



politikkultur.de

Tagesaktuelle Informationen, Interviews, Rezensionen und vieles mehr zur Kulturpolitik.

Kurz-Schluss

Wie ich im ZDF-Schulfernsehen von Jan Böhmermann einmal den optimalen Weg zu demokratischer, allseits befriedigender Kulturförderung gewiesen bekam

THEO GEISSLER

Jetzt ist auch noch mein dereinst geliebter Heimatrundfunk – der Bayerische – materiell mehrfach in die Bredouille geraten: angeblich zwei Riesen-Airbusse A380 für den Transport der relativ normalgewichtigen technischen Direktorin vom Produktionsort München-Freimann zum Verwaltungsresort München-Mitte. War der christlich-soziale Druck auf die Gestaltung von Sendungen aller Art bis hin zum Wetterbericht dank schlichter Durchschaubarkeit gewisser simpler Werbefunk- und Influencer-Methoden noch erträglich – jetzt das, und zwar bundesweit: Schulden in Millionen- oder Milliardenhöhe.

Man kennt sich ja schon gar nicht mehr aus bei der Häufung von angehängten Nullen, verursacht durch die Spitzenetagen unserer ausstrahlenden Häuser des öffentlichen Rechtes. Intendantenhonorare auf Donald-Trump-Anwalts-Niveau. Wanderheuschreckenscharen im Beraterkostüm fressen die eigentlich für die Produktion möglichst qualitätvoller Programme vorgesehenen Hör-und-Sehwert-Steuern weg wie nix. Es ist ein Gier- und Machtgeier-Getöse, das die Hilferufe der verhungernden freien Mitarbeiter und der aussterbenden Spezies festangestellter Redakteure im optischen und akustischen Niemandsland verschwinden lässt. Das führt natürlich zu einer Spaltung der Gesellschaft. Zu Montagsdemonstrationen mit der Forderung »Tod dem Stunk-Funk«, »Lieber mit geiler Layla swingen als Krach hören in Donaueschingen« oder »Kohle fürs Oktoberfest-Bier massig – statt für Bayern-Vier-Klassik«. Und neuerdings klebt sich »Die letzte Generation« an Studiotüren und Übertragungswägen fest, »um energieverschlingende Kack-Produktionen zu verhindern«.

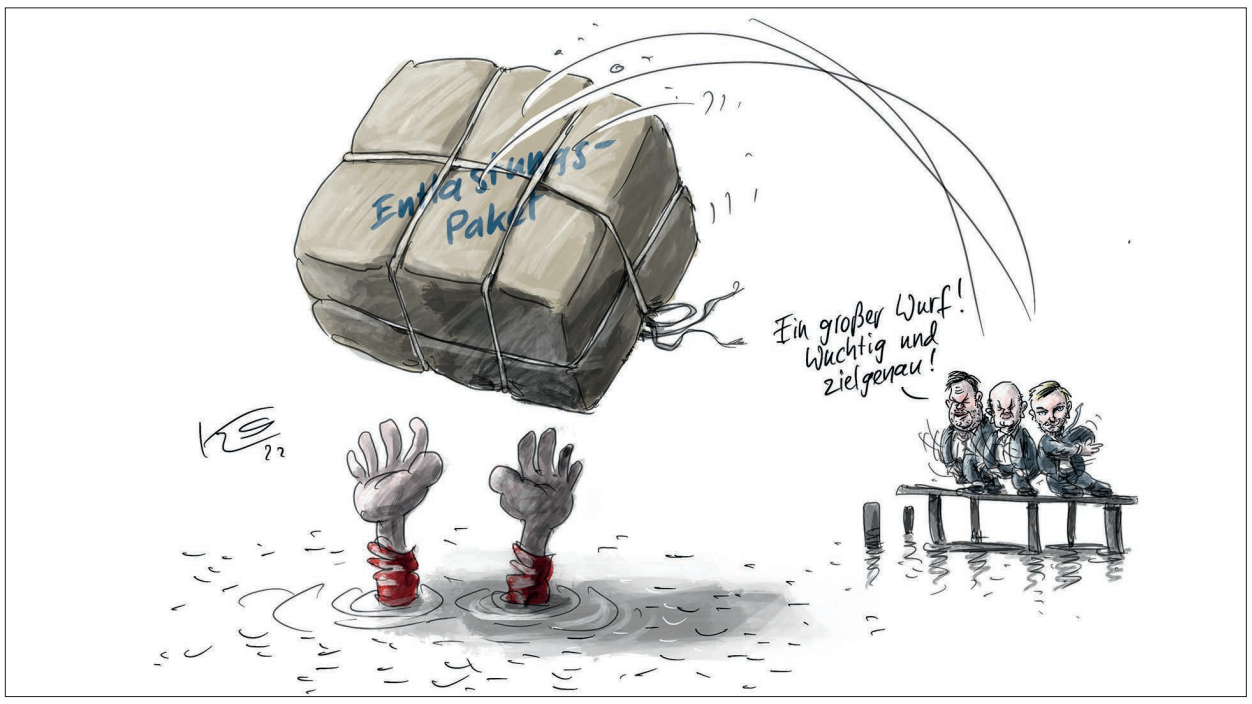
Dabei gibt es immer noch wunderbare Kreativblüten, die sich nur dank der Bestäubung öffentlich rechtlicher Fantasie und Liberalität entwickeln können (oder soll man den Medienpessimisten glauben schenken, die schlicht Desinteresse der Programmchef-Überwachungsinstanzen an allen Programminhalten jenseits von Fußball, Börsenkursen und deutschem Schlager wittern?).

Konstruktiv, wie ich nun mal bin, möchte ich anhand eines einzigen Beispiels zeigen, wie man diese zerstörerische Missstimmung unseres Volkes auf dem Weg zu einer echten, ehrlichen Mitbestimmung befriedigen und somit befrieden könnte. Es geht um eine geniale Idee des Schulfernsehens, die uns leichtverständlich erläutert: Auch von der Wirtschaft kann man lernen, nicht nur trinken. Ein wenig versteckt im Nachtprogramm des Zweiten Deutschen Fernsehens (macht nix, die Kiddies dürfen heutzutage eh bis in die Puppen aufbleiben, damit sie tagsüber matt sind und nicht so nerven) lehrt sogar uns Älteren noch der Diplompädagoge Jan Böhmermann leider nur halbstündig und zu Schulzeiten einmal wöchentlich sehr verständlich den Umgang mit lebensnotwendigen Fakten und Feelings. Das alles in einem kindgerechten Ambiente samt Live-Musik und »Englisch für Starter« in den Songtexten. Vorbildlich für das hohe Aufklärungspotenzial (im Unterschied zu manchem Panorama- oder Kulturzeit-Trockenfutter) und als pars pro toto die Sendung vom 16. September 2022, vielleicht noch auffindbar im Kuddelmuddel der sogenannten öffentlich-rechtlichen Mediatheken.

Davon dass Computerspiele ein Kulturgut sind, überzeugt uns der Deutsche Kulturrat seit Jahren. Beispielsweise indem er den sich für diese Branche zuständig fühlenden Verband zärtlich in den bunten Strauß all seiner sonstigen irgendwie den Künsten verbundenen Organisationen zugefügt hat. Es ist nicht verwerflich, dass diese Branche – wie ich von Böhmermann glaubwürdig erfuhr – hierzulande mittlerweile jährlich rein über den Vertriebsweg mehr als eine Milliarde Umsatz macht – ja, mehr als Musik, Film und Bildende Kunst zusammen. Ferner ist es der begrenzten Auffassungsgabe des ZDF und Böhmermann zu verdanken, dass selbst publizistische Auslaufmodelle wie ich in dieser fein recherchierten Schulfernsehsendung über Liquiditätsbeschaffungsmodelle informiert wurden, die auf einem vom Individuum selbstbestimmten Finanzierungsmodus der Spieleindustrie zusätzlich gut vier Milliarden Euronen in die Geldbeutelchen tropfen ließ: dank sogenannter »InApp«-Einkaufsmöglichkeiten. Fällt der »Supermario« beispielsweise immer wieder in den Sumpf, kann ich entweder eine Woche warten, bis der Sumpf vertrocknet ist oder mir direkt im Spiel für ein wenig Bares, zahlbar mit PayPal oder fast jeder Kreditkarte, ein Fliegerlein »kaufen«, das mich über das Hindernis hinwegbringt. Luscht mein Verein Bayern München beim Fifa-Bundesligaspiel zu oft ab, schaffe ich mir gegen einen Fuffi mittels »InApp« die Spielerüberraschungstüte an. Wird schon ein Superspieler dabei sein usw. Bubi oder Mädeli haben längst die Zugangsdaten zum elterlichen Kreditkartenkonto erforscht – die Käufe unterliegen gesetzlich keinerlei Altersbegrenzung.

Also – dreimal auf die Stirn gekloppt: Warum holen nicht gerade die allseits darbenden Kulturschaffenden dieses Modell aus dem Second- ins First-Live? Gefällt Ihnen der Nachwuchsgitarrist einer Rockgruppe nicht? Kaufen Sie für ein paar Dollar mehr einen von fünf Stars, die schon hinter der Bühne warten. Ähnlich könnte jedes Theater, jedes Opernhaus – am Deal natürlich beteiligt – mit Sängern und Schauspielern verfahren. Digitaltechnik ermöglicht solche kundenorientierten Spielchen vielleicht sogar als »Wer-bietet-mehr, jeder Einsatz verfällt im Fall des Überstimmt-Werdens« im Cinemaxx oder im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. »Ich will Pamela Anderson als ›Heute-Moderatorin‹ – zehn Bitcoin hab ich schon aufs ZDF-Konto übertragen … Pech gehabt – eine ungenannte, aber uns bekannte Politikerin hat für einen gewissen Steinzeitmoderator namens Theo Geißler 20 Bitcoin hinterlegt – die Sendung beginnt in einer Sekunde … Kapiert, ihr inhaltsfernen Intendantinnen und Intendanten aller Sparten???«

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

LAWROWS TRÄUME

München: Der Partysong »Layla« liegt offensichtlich hoch in der Gunst der Oktoberfestbesucher – und könnte zum Wiesnhit 2022 werden. »Nach allem, was man so hört von verschiedenen Quellen, könnte ›Layla‹ schon das Zeug zum Wiesnhit haben – aber die Wiesn ist noch nicht vorbei«, sagte Festleiter Clemens Baumgärtner. Der Song sei oft zu hören. Der absolute Nummer-1-Wiesnhit bleibe aber ›Bier her, Bier her – oder i fall um‹, gefolgt von Karlheinz Stockhausens ›Gesang der Jünglinge im Feuerofen‹ und dem ›Prosit der Gemütlichkeit‹«, betonte Baumgärtner (CSU).

Berlin: Der Tag der offenen Tür der Bundesregierung hat zahlreiche Menschen ins Berliner Regierungsviertel gezogen. Insgesamt verzeichneten die beteiligten Ministerien nach Angaben der Bundesregierung vom Sonntagabend mehr als 115.000 Besuche. Den größten Zuspruch erfuhr Bundeskanzler Scholz, der mit seinem Schweigen praktisch alle Besucher erreichte.

Berlin: Bundesfinanzminister Christian Lindner fordert einen Gehaltsdeckel für das Spitzenpersonal im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. »Ich bin gegen jede Neid-Debatte, aber kein Intendant sollte mehr verdienen als ich, eher deutlich weniger. Hier ist eine Selbstverpflichtung nötig, um mit dem Geld der Gebührenzahler sparsam umzugehen«, sagte der FDP-Chef. Lindner sprach sich außerdem für eine Reform bei der Anzahl von Mitarbeitern in der Leitung und in den Führungsetagen aus. »Insgesamt sollten die Chefetagen und Verwaltungen kompetenter und üppiger besetzt werden, um die linkslastigen Redakteure angemessen kontrollieren zu können.«

Nürnberg: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat die Forderung der Nordländer, die Netzentgelte für die Durchleitung von Strom dort zu senken, wo der Strom produziert werde, im BR24-Interview als »absurd« bezeichnet. Söder sagte, eine Aufteilung der Strompreiszonen sei im Prinzip »das Ende einer einheitlichen Wirtschaftsordnung in Deutschland«. Aus der Sicht von Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern trägt der Norden die Hauptlast der Energiewende. Das müsse sich auch in den Preisen für die Verbraucher niederschlagen. »Niederschlagen müsse man jetzt den heimtückischen Putsch der Saupreißn«, so Söder im Armbrustschützen-Zelt auf dem Münchner Oktoberfest. Er rufe rechtsgültig eine Teilmobilmachung für alle echten Männer aus, die mit wenigstens zwei Promille zur Musterung erschienen.

Donaueschingen: Grünen-Chefin Ricarda Lang hat weitere massive Investitionen der Ampel-Regierung im Kampf gegen die Energie- und Inflationskrise und den Klimaschutz gefordert. »Aus so einer Krise kann man sich nicht raussparen«, sagte Lang beim Parteitag der Südwest-Grünen in Donaueschingen. »Die Antwort auf die Inflatulation darf keine Pression sein. Angesagt sei ein massiver Aufbruch. In Tübingen baue man gerade unter dem Geheimcode ›Luna‹ an der ersten deutschen Mondrakete mit einem echten Bürgermeister als Besatzung. *thg*

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 10
10115 Berlin
Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811
www.politikkultur.de
redaktion@politikkultur.de

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und
Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst),
Barbara Haack,
Maike Karnebogen,
Andreas Kolb

ANZEIGENREDAKTION
ConBrio Verlagsgesellschaft, Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93-35
Fax: 0941 . 945 93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
www.conbrio.de

LAYOUT & SATZ
Birgit A. Rother
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
4S, www.4s-design.de

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Die Zeitung erhalten Sie direkt beim Deutschen Kulturrat oder über info@politikundkultur.net und www.kulturrat-shop.de.

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikkultur.de auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS
Dieser Ausgabe liegt das Dossier »Yes we can! – Frauen in Führung« bei.